

Heft 175

Ausgabe 7 | 2009

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

SPW



Klima, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit

Michael Müller

Last Exit Kopenhagen, doch die Party geht weiter

Jochen Steinhilber

**Der Wald, das Rind, das Zuckerrohr
Brasilien in der Klimapolitik**

Hans-Jürgen Burchardt

**Aufbruch ins 21. Jahrhundert:
Entwicklung neu denken**

Interview mit Joachim Beerhorst

**Die Privatwirtschaft auf gesellschaftliche
Belange verpflichten**

Kurzum | von Felix Welti

Manchmal kommt ein Lied in den Sinn, erst die Melodie, dann ein Text: „In Stadt und Land Ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Parteien“. So drängt ein Problem ins Bewusstsein. Hat das Lied auch hilfreiche Zeilen? „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.“ Diese Absage der Internationalen richtete sich nicht allein gegen etablierte höhere Wesen und Götter. Sie ist vor allem Warnung, selbst neue Götzen und Ideologien an die Stelle der Alten zu setzen.

Kurzum: Kenntnis und Verständnis der sozialen Wirklichkeit sind wichtiger als fester Glaube. Weder Markt noch Staat eignen sich als höhere Wesen anstelle politischer Bewegung.

Auch wenn vor Cäsaren und Tribunen gewarnt wird, sind nicht nur die politischen Führer der Anderen gemeint. Sowenig ein guter Vorsitzender eine schlechte Partei verdecken kann, sowenig kann die Misere der SPD auf ihre Führung reduziert werden. Führungspersonen sind wichtig, um sozialer Bewegung Form und Ausdruck zu geben, können sie aber nicht ersetzen. Wenn die Basislinke noch jeden Vorsitzenden zernörgelt und die Funktionärslinke noch jeden verbubelt hat, sind das zwei Seiten der gleichen Selbsttäuschung.

Kurzum: Die sozialdemokratische Linke sollte die Opposition als Gelegenheit nutzen, sich von positiven und negativen Fixierungen auf Personen zu befreien.

„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selbsterlösen.“ Demokratie ist, wie Marx schrieb, das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen. Das gilt auch für die Verfassung der heutigen Sozialdemokratie. Das Grundgesetz gibt in Artikel 21 den Parteien einen doppelten demokratischen Auftrag: Sie wirken bei der politischen Willensbildung mit. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.



☞ Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

Kurzum: Die soziale Partei muss auf die Gesellschaft bezogen und in ihr verankert sein, die demokratische Partei muss von ihren Mitgliedern bestimmt werden.

Ist eine solche Volkspartei modern? Spott über alte Strukturen wird leiser, je deutlicher wird, dass eine Metaplan- und Mailing-Moderne weder demokratisch noch attraktiv sein muss. Technologie ermöglicht Mitsprache, aber als Instrument der Demokratie muss diese verständlich, verantwortlich und folgenreich sein. Gewerkschaften erleben in der ökonomischen Krise, dass sich auch individualistische Beschäftigte organisieren. Das kann auch Parteien passieren, wenn Mitgliedschaft politisch etwas bewirkt.

Das ist ein Maßstab zur kritischen Revision der SPD. Wirkt sie aus der Gesellschaft in den Staat – oder hat es sich verkehrt, wirkt sie als Interessenvertretung des Staates in der Gesellschaft? Dann wäre Opposition nur noch Mist und keine Chance. Das Konzept einer sozialdemokratischen Partei ist, dass die Mitglieder die Partei bestimmen und dass sie dies mit dem Anspruch tun, zusammen nicht das ständische Interesse einer politischen Dienstklasse, sondern das politische Interesse eines relevanten Teils der Gesellschaft zu vertreten.

Kurzum: Die SPD muss klären, ob sie nach Form und Inhalt sozialdemokratische oder postdemokratische Partei sein will. ■

■ Meinung

Traurige Realität an Europas Grenzen Karl Kopp	4
Frankreichs Linke (wieder-) vereint – Blaupause für SPD und Die Linke? Fabian Löffler	5
Kultur-Flatrate – gerecht und umsetzbar Volker Grassmuck	6
Die Privatwirtschaft auf gesellschaftliche Belange verpflichten Interview mit Joachim Beerhorst	7

■ ■ Im Fokus: Klima, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit

Einleitung zum Schwerpunkt Kai Burmeister, Horst Peter und Stefan Stache	10
Last Exit Kopenhagen, doch die Party geht weiter Michael Müller	14
Der Wald, das Rind, das Zuckerrohr Jochen Steinhilber	20
Für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung Horst Peter	28
Aufbruch ins 21. Jahrhundert: Entwicklung neu denken Hans-Jürgen Burchardt	34
Internationale Politik im Vorfeld von Kopenhagen, Stichwort International Governance Heidemarie Wieczorek-Zeul	40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Rückbau Ost Tom Strohschneider	45
Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Agrarexporte und Entwicklungsländer Arne Heise	46
Betreuungsgeld – die Mär von der Wahlfreiheit Katharina Oerder	48
Renaissance des Reformismus: Pierluigi Bersani und die sozialdemokratische Neuorientierung der Demokratischen Partei Christina Ujma	51
Zur Rückkehr einer alten Frage Günter Bells Untersuchung rückt konkrete Manifestationen der Klassengesellschaft in den Mittelpunkt Alban Werner	56

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Gut aufgestellt! Zur Jubiläumstagung in Hattingen, Ernst Dieter Rossmann als Sprecher der Parlamentarischen Linken bestätigt	58
5 Fragen an...Konrad Gilges	62

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit
sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461 -K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2009.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

www.fotolia; © rgbspace

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Dezember 2009

Traurige Realität an Europas Grenzen

Völkerrechtswidrige Zurückweisungen, willkürliche Inhaftierung und der nasse Tod von Flüchtlingen

von Karl Kopp



☞ Karl Kopp ist Sozialwissenschaftler und Europareferent von PRO ASYL.

Foto: PRO ASYL

Internationale Flüchtlingsschutzstandards werden täglich an den EU-Außengrenzen eklatant verletzt, Schutzsuchende werden in Transitländer wie Libyen, die Türkei, Mauretanien und die Ukraine zurücktransportiert – egal wie es dort um die Menschenrechte bestellt ist. Entlang der europäischen Küsten und Landgrenzen entstehen immer mehr Haftanstalten für die neuankommenden Flüchtlinge. Die Todesrate bei den Einreiseversuchen nach Europa ist unvermindert hoch. 2008 landeten etwa 70.000 Bootsflüchtlinge an den europäischen Küsten. Die verheerende Menschenrechtsbilanz: mehr als 1.500 dokumentierte Tote vor den Toren Europas. Und die Dunkelziffer ist hoch. Über 500 Bootsflüchtlinge sind seit Beginn dieses Jahres allein im Kanal von Sizilien ums Leben gekommen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die über alles Statistik führen, sind bezeichnenderweise nicht bereit, die Opferzahlen der Festung Europa zentral zu dokumentieren, geschweige denn eine humane Antwort zu finden, um dieses Massensterben zu beenden.

Wie die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX am 28. Oktober 2009 mitteilte, sei die Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge in 2009 in Italien, auf Malta und den Kanarischen Inseln um 33 Prozent zurückgegangen. FRONTEX und die EU-Küstenstaaten feiern diesen massiven Rückgang als Erfolg ihrer Abwehrmaßnahmen und der effizienten Einbindung west- und nordafrikanischer Staaten bei der Fluchthinderung. Der menschenrechtliche Preis, um diese Fluchtrouten zu versperren: Unter Bruch

elementarer Flüchtlings- und Menschenrechtsstandards werden Bootsflüchtlinge abgefangen und wie Stückgut zurückverfrachtet.

PRO ASYL fordert bezogen auf das so genannte Stockholmer Programm, welches die flüchtlingspolitische Agenda für die nächsten fünf Jahre festlegt, dass sich die EU auf die Wiederherstellung menschenrechtlicher Prinzipien verpflichtet. Europa muss sich entscheiden: Wer auf der einen Seite die Menschenrechte und den Flüchtlingsschutz stärken will, kann nicht im gleichen Atemzug mit dem libyschen Diktator Ghaddafi Kooperationen im Bereich der Migration- und Fluchtbekämpfung eingehen. Diese doppelzüngige europäische Menschenrechtspolitik ist mitverantwortlich, dass auf Hoher See abgedrängte Bootsflüchtlinge aus Eritrea, dem Sudan und Somalia auf so beschämende Art erneut Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen in Libyen werden. Das Modell Italien – die völkerrechtswidrige Zurückweisung von Bootsflüchtlingen – darf nicht das Modell für die künftige europäische Flüchtlingspolitik werden.

Wenn die EU und ihre Mitgliedstaaten es ernst meinen mit dem „Europa des Asyls“, dann muss allen Kooperationen mit menschenrechtsverletzenden Regierungen eine Absage erteilt werden. Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen oder internationalen Gewässern durch Verbände der europäischen Grenzschutzpolizei FRONTEX oder Mitgliedstaaten sind zu unterbinden. ■

Frankreichs Linke (wie-der-) vereint – Blaupause für SPD und Die Linke?

von Fabian Löffler

In Frankreich gehen die Chefinnen der Parti Socialiste (PS), Martine Aubry, und der Parti Communiste (PCF), mit Marie-George Buffet an der Spitze, auf Kooperationskurs. Zulange währte das Gezänk zwischen den Lagern, die zu einer Marginalisierung der gesellschaftlichen, politischen Linken Frankreichs geführt hatte. Der lachende Dritte dieser Entwicklung war bislang immer das konservative Lager.

Aus der Schwäche der Linken macht die Rechte ihre Stärke und regiert unangefochten. Bei allen inhaltlichen Differenzen, die die Linke in Frankreich voneinander trennen mag, ist das wohl der ausschlaggebende Grund, warum die Linke nicht mehr die Machtfrage stellen kann. Will man Gesellschaft aber gestalten, benötigt man demokratisch legitimierte Macht. Die erreicht man nicht, wenn man gegeneinander in solch einer Leidenschaft ankämpft, als sei die jeweils andere Partei auf der Linken der Hauptgegner. Nicht mehr und nicht weniger haben die beiden Grand-Dames der französischen Linken erkannt und beschlossen, dies nicht weiter hinzunehmen. Es entsteht derzeit ein strategisches Bündnis, das, so lassen die Tendenzen hoffen, über ein reines Wahlbündnis hinausgeht.

Welche Mehrheiten will man als Linke erreichen und mit wem politische Ziele umsetzen? Dieselben Fragen müssen wir uns auch in Deutschland stellen. Der SPD muss klar sein, dass der gesetzliche Mindestlohn, ein gerechtes, umverteilendes Steuersystem, Regeln für Finanzmärkte, die solidarische Bürgerversicherung, uvm. weder in einer Ampelkoalition noch in einer Großen Koalition umzusetzen ist.



➞ Fabian Löffler ist Juso-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz und lebt in Ludwigshafen.

Foto: Jacqueline Diehl

Genau so muss Die Linke erkennen, dass sie in der Opposition diese Gesellschaft nicht progressiv verändern kann – auch wirkt sie nicht richtungsweisend auf die SPD. Im Gegenteil: Der Prozess der Abspaltung hat Die Linke innerhalb der SPD geschwächt. Es bleibt weiterhin richtig: Gesellschaftliche Veränderungen zum Besseren realisiert man in diesem Land nicht ohne die SPD. Linke Positionen werden politisch nur dann mehrheitsfähig, wenn sie es auch in der SPD sind. Marginalisierungsstrategien als Antwort auf die eingeschlagene Entwicklung, wie sie von Teilen beider Parteien gefahren werden, bringen rein gar nichts – sie schaden nur und bewirken letztlich, dass unsere Politikentwürfe für eine bessere Gesellschaft in den Schubladen verharren, anstatt Realität zu werden.

Wenn sie gestalten will, darf sich Die Linke nicht weiter blockieren. Zugegeben die Generation Müntefering und Lafontaine haben wenig mit Aubry und Buffet gemeinsam. Der Konflikt ist hier viel stärker einer in die Jahre gekommener Männer, viel weniger ein inhaltlicher oder programmatischer. Dies macht ihn menschlicher, persönlicher. Das macht ihn nicht weniger tragisch für die politische Linke. In Zukunft stehen aber auf beiden Seiten jüngere Generationen bereit, die mehr Gemeinsamkeiten mit Aubry und Buffet haben. ■

Kultur-Flatrate – gerecht und umsetzbar*

von Volker Grassmuck

Die Kultur-Flatrate (KF) ist alternativlos, weil die vorgebrachten Alternativen keine sind. Extremistische Modelle wie die französische digitale Todesstrafe für Tauschbörsennutzer sind in einer Gesellschaft, die ihre gesamte Informations- und Kommunikationsinfrastruktur auf das Internet abstellt, nicht akzeptabel. Repression läutet nur die nächste Eskalationsrunde ein. Die Kosten trägt die Gesellschaft. Die Urheber gewinnen dabei gar nichts.

Die KF ist umsetzbar. Juristisch, das hat die EMR-Studie aufgezeigt, ist sie „nicht weniger als die logische Konsequenz der technologischen Revolution, die durch das Internet erfolgt ist.“ Praktisch können ISPs die monatliche Pauschalvergütung ohne großen Mehraufwand einsammeln. Getestete Modelle, um datenschutzneutral die Zahl der heruntergeladenen Werke zu erfassen, liegen vor. Anhand dieser Zahlen können Verwertungsgesellschaften das Geld entsprechend der Popularität der Werke ihrer Mitglieder ausschütten. Um dies gerecht zu tun, müssen diese Mitgliedsorganisationen demokratisch, transparent und öffentlich überwacht sein. Der Druck auf die GEMA von allen Seiten, sich zu einer solchen Organisation zu reformieren, wächst. Fehlt also nur der politische Wille, sie umzusetzen. Auch der wächst derzeit allorten. Dass Grüne, SPD und Kulturrat sie auf die Tagesordnung gesetzt haben, zeigt, dass die KF in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Schließlich ist die KF gerecht, weil sie eine strukturelle Ungerechtigkeit des heutigen Systems beseitigt. Da niemand weiß, wessen Musikstücke kopiert werden, verteilt die GEMA die Privatkopievergütungen an diejenigen, deren Werke am häufigsten verkauft und im Radio gespielt werden. Die Indies gehen leer



⇒ Dr. Volker Grassmuck ist Mediensoziologe und Mitglied der Forschungsgruppe zu öffentlicher Politik für Zugang zu Information (GPOPAL) der Universität Sao Paulo.

* Der Bundesverband Musikindustrie wollte sich nicht mit einem Contra-Beitrag positionieren und sagte kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe den zugesagten Artikel wieder ab.

Foto: © Berit Schuck

aus. Durch die Zählung der Downloads sichert ihnen die KF dagegen eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke, wie das Urheberrecht sie seit 2002 vorschreibt - bis tief in den Long Tail hinein. Damit sichert sie zugleich die kulturelle Vielfalt.

Aber ist es nicht ungerecht, dass auch diejenigen zahlen sollen, die keine Musik, Filme, eBooks oder Games herunterladen? Es ist genauso gerecht wie jedes Umverteilungssystem: Steuern, Privatkopievergütung, Rundfunkgebühren oder „Free TV“, bei dem der Waschmittelkäufer für den Film bezahlt, den er gar nicht ansieht. Die Alternative wäre die totale Kontrolle jeder einzelnen Werknutzung, also DRM. Das aber hat die Musikindustrie nach über zehn Jahren Fiaskos und Widerstand der Verbraucher endgültig aufgegeben.

Die Gegner/innen der KF diffamieren sie als „Sozialismus“. Es wäre zu schön, wenn sich durch einen Dreh an einer vergleichsweise kleinen Stellschraube eine neue Gesellschaftsordnung schaffen ließe. Tatsächlich schafft die KF einen Markt, in dem die Kundin und der Kunde durch ihre freien Download-Entscheidungen tatsächlich König/in ist und die Kreativen gerecht bezahlt werden.

Wenn die KF alternativlos, umsetzbar und gerecht ist, warum gibt es sie dann noch nicht? Weil die Verwerter/innen einen Teil ihrer Macht an die Urheber verlieren würden. Deren Interessen zu schützen ist aber das primäre Ziel des Sozialvertrags namens Urheberrecht. ■

⇒ Dr. Joachim Beerhorst ist Leiter des Ressorts Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der IG Metall und Lehrbeauftragter an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main.

Foto: privat



Die Privatwirtschaft auf gesellschaftliche Belange verpflichtet

Interview mit Joachim Beerhorst

spw: Wirtschaftsdemokratie ist ein Bestandteil des aktuellen Diskurses über einen sozial-ökologischen New Deal. Wo muss sie ansetzen, um die Kurzfristorientierung von Unternehmen mit der Fixierung auf die Aktienkursentwicklung zu überwinden und die Mitbestimmung der Beschäftigten sowie demokratische Investitionssteuerung zu stärken?

» **J.B.:** Ich denke, sie muss und kann überall dort ansetzen, wo Arbeit und Wirtschaft organisiert werden:

Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik durch die Ausrichtung auf soziale Wünschbarkeit und ökologische Verträglichkeit, auf der Unternehmensebene durch die Orientierung auf nachhaltige Entwicklung und eine andere Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, die diese Interessen abbildet; auf der betrieblichen Ebene durch eine Haltung und Politik von Betriebsräten und – wo vorhanden Vertrauensleuten, die Arbeitsplatzinteressen und gesellschaftliche Interessen zusammen denkt und in allererster Linie innerbetriebliche, aber auch über- und außerbetriebliche Öffentlichkeit und Beteiligung herstellt; schließlich auf der Ebene des Arbeitsplatzes, wo die Beschäftigten aus der Rolle der Ausführenden und Vertretenen heraustreten und ihre Potenziale an Gestaltungsideen, sozialer Vernunft und Selbstorganisation ange-

sprochen werden können – eine Möglichkeit und Herausforderung zugleich.

Bei all dem muss man nicht auf institutionelle Veränderungen – etwa des Mitbestimmungs-, Gesellschafts- oder Betriebsverfassungsrechts – oder auf die ohnehin schwerer zu beeinflussende Bundespolitik warten. In der Kommunal- und Regionalpolitik lassen sich Interessen organisieren, Bündnisse schließen und politische Räume besetzen, so dass die örtliche Wirtschaftsentwicklung demokratischen Steuerungsleistungen zugänglich wird. Die Gewerkschaften könnten die Arbeit der gewerkschaftlich organisierten inner- und außerbetrieblichen Aufsichtsräte gerade gegenwärtig in dem Sinne politisieren, dass sie sich – gemeinsam und auch öffentlichkeitswirksam – für eine Abkehr von einer rein profitorientierten Unternehmensführung der kurzen Horizonte einsetzen.

Und die im Frühjahr 2010 anstehenden Betriebsratswahlen können durchaus mit inhaltlichen und beteiligungsorientierten Positionen geführt werden, die ein Mehr an innerbetrieblicher Demokratie versprechen und einlösen. Reale Ansatzpunkte und Erfahrungen in der Betriebs- und Tarifpolitik gibt es hier durchaus – bis hin zur Festlegung von Investitionsentscheidungen und damit zur faktischen Ausweitung der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

spw: Müssen wir nach dem Scheitern des „Shareholder Value“-Modells nicht über ganz neue Unternehmens- bzw. Wirtschaftsformen nachdenken? In welchen Branchen in Deutschland wären der Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen oder die Überführung in Gemeineigentum von zentraler Bedeutung und wo besteht darauf eine realistische Aussicht?

» **J.B.:** Mit dem Genossenschaftsgedanken tun wir uns nach dem Niedergang der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftsunternehmen ja schwer – dennoch würde ich ihn nicht aufgeben. In einigen Bereichen gibt es auch bei uns genossenschaftliche Unternehmen und in globaler Perspektive sind sie durchaus verbreitet, nicht nur in Entwicklungs- oder Schwellenländern. Näherliegend für uns finde ich zunächst aber die Frage, wie wir die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen einschränken und umkeh-

ren und wie wir gesellschaftliche Interessen gegenüber Unternehmen und Branchen durchsetzen.

Eine Antwort ist sicher die Rück- oder Überführung von Transportdienstleistungen in öffentliche Verantwortung, weil Mobilität eine öffentliche Angelegenheit ist, ebenso die Ent-Privatisierung der Daseinsvorsorge – gesellschaftliche Themen wie Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Bildung, Altersrenten und Gesundheit sind öffentlich besser zu lösen als privat. Dass auch die Kreditwirtschaft zu diesen gesellschaftlich entscheidenden Bereichen gehört, wird durch die anhaltende und in ihrem weiteren Verlauf noch offene Finanzmarktkrise dramatisch demonstriert – dass sich selbst begrenzende Sparkassen und Genossenschaftsbanken hier stabilisierend wirken spricht dafür, das Bankwesen zumindest streng zu reglementieren (die pleiteträch-



Foto: Christian Kiel

tigen Eskapaden der Landeszentralbanken mit ihrem Verlassen dieses Weges bestätigen ihn eher als ihn zu dementieren).

Entscheidend wird aber sein, wie es gelingt, die Privatwirtschaft durch öffentlichen Einfluss auf gesellschaftliche Belange zu verpflichten und damit gleichsam partiell zu sozialisieren. Zwei Dinge halte ich, neben dem Ausbau sozialer und ökologischer Gesetzgebung, für denkbar:

Zum einen, ähnlich der Bewältigung der Stahlkrise in den 1980er Jahren, den regulierten Abbau von industriellen Überkapazitäten und den ökonomischen Strukturwandel, z.B. in der Automobilindustrie, durch zugeteilte Produktionsquoten für Unternehmen – unter sozial verträglicher Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit. Die Funktion, die damals die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) wahrgenommen hat, müssten heute neue EU-Institutionen und Branchenräte übernehmen. Da der „Leidensdruck“ durch die weltweiten Überkapazitäten doch allgemein zunimmt, offenkundig beim endlosen Opel-Drama, scheinen mir rationalere Wege der Krisenbewältigung nicht aussichtslos. Zum anderen sollten wir die Renditeerwartungen des Kapitals nicht als ökonomisches Gesetz, sondern als sozial formbar begreifen, solange wir uns nicht ganz davon emanzipieren können. Das könnte bedeuten, sich auf sozial akzeptable Renditemargen für privates Kapital zu verständigen und alles darüber hinaus der gesellschaftlichen Verfügung zugänglich zu machen. Eine solche Gemeinwirtschaftsorientierung kann ich mir, da sie europaweit, wenn nicht global durchgesetzt werden müsste, nur als verbindende regulative Idee in jeweiligen – allerdings zu koordinierenden – sozialen Auseinandersetzungen vorstellen.

spw: Welche Mobilisierungskraft besitzen wirtschaftsdemokratische Ziele in der gewerkschaftlichen Arbeit?

» J.B.: Da bin ich mir selbst nicht ganz sicher. Auf der einen Seite sind die Konstruktion und die verbreitete Praxis der dem Repräsentationsprinzip nachgebildeten Betriebs- und Unternehmensmitbestimmung nicht gerade dazu angetan, Demokratie in der Wirtschaft erfahrbar zu machen. Daher ist Wirtschaftsdemokratie – zumindest gegenwärtig – kein Massenthema. Auf der anderen Seite zeigen historische und aktuelle Beispiele, dass Menschen sich in Bewegung setzen, wenn sie spüren, dass sie durch erweiterte Mitbestimmung Einfluss gewinnen auf ihre eigenen Angelegenheiten – gerade in den existenziellen Fragen von Arbeit und Wirtschaft:

Die Auseinandersetzungen um die Montanmitbestimmung in der Bundesrepublik, um die Investitionsfonds in Arbeitnehmerhand in Schweden oder – am radikalsten und unter nichtkapitalistischen Bedingungen – in der Neubestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie im Prager Frühling des Jahres 1968, aktuell die Beteiligung und der Mitgliederzuwachs bei betrieblichen Auseinandersetzungen um die Unternehmensentwicklung und die Mobilisierung der IG Metall für regionalpolitische Konzepte der Krisenbewältigung sprechen für die Attraktivität von politischen Angeboten und Möglichkeiten, aus der Objektkontrolle herauszutreten und Ohnmachtserfahrungen und Ohnmachtskonstruktionen zu überwinden. Gegenüber dem „Terror der Ökonomie“ gibt es für die Umsetzung des politischen Konzepts „Demokratisierung der Wirtschaft“ für mich daher keine Gewissheiten, aber erfahrungsgestützte Potenziale. ■

☞ Das Interview führten Stefan Stache und Till van Treeck

Klima, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Horst Peter und Stefan Stache

Eine zwölf­tägige UN-Konferenz in Kopen­hagen brachte im Dezember 2009 die große Wende: Die weitere Aufheizung der Erde konnte kurz vor dem Point of no Return gestoppt werden. Der Klimaschutz bestimmt seitdem die Politiken in Washington, Berlin und Paris, und auch Beijing und Brazilia ziehen mit. Der Klimakollaps konnte abgewendet werden, weil sich die Weltgemeinschaft unter Führung des in letzter Minute im Kongresszentrum eingeflogenen Barack Obama für das Gute entschieden hat.

Eine solche imaginäre Betrachtung auf die aktuelle UN-Konferenz mag vielleicht für einen Kinofilm taugen, aber in der Realität wird ein solcher Verlauf selbst kühnsten Optimisten als zu schönfärberisch erscheinen. Dennoch spiegelt sich in dieser Beschreibung ein all zu oft anzutreffender Umgang mit internationalen Konflikten wieder – ein weltweiter Gipfel werde schon eine Lösung bringen.

Der Schutz des Klimas lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von nationalen und internationalen Themen, die in diesem Schwerpunkt von spw aufgegriffen und von der sozialdemokratischen Linken bearbeitet werden müssen. Die große Diskrepanz zwischen dem umfangreichen Wissen um den vom Menschen verursachten Klimawandel und dem zögerlichen Handeln verweist auf die Konflikthaftigkeit und die unterschiedlichen Interessenlagen in der internationalen Klimapolitik, die über alte Konfliktstellungen hinaus reichen. So wird beispielsweise auf der Südhalbkugel unter dem Stichwort Öko-Imperialismus auch von fortschrittlicher Seite diskutiert, inwieweit die internationale Umweltpolitik vor allem auf die wirtschafts- und

machtpolitischen Interessen des Nordens ausgerichtet und der Armutsbekämpfung sowie der Entwicklung im Süden hinderlich ist.

Aber zunächst zum Charakter der UN-Konferenz: Der Klimagipfel in Kopenhagen ist in der Reihe der Klimagipfel ein besonderer. Die KlimaexpertInnen sprechen von der letzten Gelegenheit, das 2 Grad-Ziel zu erreichen. Quasi die letzte Ausfahrt vor der Klimakatastrophe! Die nicht neoliberal infizierten ÖkonomInnen sehen in dem Weltklimagipfel auch eine Weltwirtschaftskonferenz. Die KlimaaktivistInnen verbinden Klimaschutz mit Klimagerechtigkeit zur Kampagne *Climate Justice Action* gegen Intensivlandwirtschaft und Landraub und für Reparationszahlungen des Nordens an den Süden, gewissermaßen zur Einführung eines völkerrechtlichen Verursacherprinzips. Die GlobalisierungskritikerInnen und auch die Linke wollen den Glaubwürdigkeitsverlust des neoliberalen Weltmarktmodells als Verursacher dreier Weltkrisen – der Finanzmarkt-, der Umwelt- und der Ernährungs­krise – zur Durchsetzung neuer Spielregeln für die neoliberal dominierten internationalen Institutionen nutzen. Kurz: Unabhängig von den Ergebnissen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe soll der Gipfel insgesamt als Katalysator für eine neue gerechte und der Nachhaltigkeit verpflichtete internationale Politik wirken.

Soll der Gipfel von Kopenhagen, ähnlich wie zum Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle des Jahres 1999, zum Symbol für die Krise der internationalen Gipfeltreffen und die Stärkung des Widerstands von unten werden, so braucht es eine Verständigung über Strategien und Ziele. Hierzu ist die Marx'sche Analyse des realwirtschaftlichen Kerns der ka-



Foto: www.fotolia.com, © rgbSPACE

pitalistischen Produktionsweise aufzugreifen, wonach die Organisation der kapitalistischen Produktion nur für den Preis der Gefährdung der Sprinquellen allen Reichtums zu haben ist: der Erde und des Arbeiters. Da dieser Bezug in der Tradition der Arbeiterbewegung oft übersehen wurde, zitieren wir wörtlich den Schlusssatz des Abschnitts „Große Industrie und Agrikultur“ (Das Kapital, Band 1): „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Sprinquellen allen Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.“ Wie wichtig Marx dieser Bezug auf die Realwirtschaft war, wird auch aus dem ersten Satz seiner Kritik am Gothaer Programm der SPD deutlich: „Die Arbeit ist nicht die Quelle allen Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle des Gebrauchswertes (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur eine Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft“.

Für die politische Praxis der Linken und der Gewerkschaften kann sichere und gute Arbeit nur zugleich ökologisch verträgliche Arbeit sein, wie es bereits im Berliner Programm der SPD von 1989 beschrieben wurde. Es geht daher auch nicht um eine falsche Gegensätzlichkeit, um das Für und Wider des Wirtschaftswachstums. Milliarden von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern werden für eine solche Diskussion nicht zur Verfügung stehen, weshalb vielmehr die Durchsetzung eines ökologisch verträglichen Wachstumsmodells im Mittelpunkt stehen muss. Dringend geboten ist die Wiederbelebung der Debatten um die Qualität des Wachstums, der qualitativen Wachstumsfelder und der ressourcensparamen Lebensstile. Für die Wirtschaftswissenschaft ist es eine lohnende Aufgabe, einen neuen Wachstumsindikator zu entwickeln, der die Zerstörung von Umwelt und Ressourcen eben nicht als Zuwachs an Wohlstand darstellt. Ökologischer Umbau der Industrie heißt, eine weltweite Konversionsdebatte zu begin-

nen. Der Bogen reicht von der Effizienzrevolution in der Produktion, der Umstellung der energetischen Basis auf erneuerbare Energien, über ökologisch angepasste Mobilitätskonzepte – bis hin zur Aufgabe ökologisch nicht verträglicher Produktions- und Konsumptionslinien.

Eine rein defensive Betrachtung ist dabei nicht zielführend. Ökologisches Wachstum bedeutet schließlich auch, dass die Volkswirtschaften, die den ökologischen Umbau der Industrie konsequent und schnell angehen, die Nase vorn haben werden. Dieses Potential ist auch von der Kapitalseite erkannt worden. So formuliert beispielsweise der BDI-Hauptgeschäftsführer: „Klimaschutz: die Industrie hat Lösungen“ (FR vom 22.11.09) und macht deutlich, dass die hiesigen Unternehmen sich bei der Jagd um Anteile auf den grünen Märkten nicht abhängen lassen wollen. Für die fortschrittlichen Kräfte darf es in diesem Zusammenhang jedoch nicht um die bloße Generierung von Extra-Profiten gehen. Vielmehr müssen die Technologien des ökologischen Umbaus als im Kern globales öffentliches Gut über internationale Abkommen auch den Ländern des Südens zur Verfügung gestellt werden. Dieser Aufgabe muss die internationale Entwicklungszusammenarbeit stärker in den Blick nehmen. Auch marktwirtschaftliche Anreizsysteme wie z.B. Ökosteuern, die ökologisch echte Preise im Ferntransport- und Flugverkehr herstellen sowie der faire Emissionshandel, nehmen eine wichtige Funktion ein, auf die sich eine wirtschaftspolitische Umgestaltung jedoch ausdrücklich nicht beschränken darf. So wird eine nachhaltige Konversion nicht ohne Verbote und Ausstiege auskommen, etwa bei der Atomindustrie, die entgegen aller Imagekampagnen eben keine Lösung für die steigende CO₂-Konzentration in der Atmosphäre darstellt. Nötig ist vor allem eine aktive und auf ökologische Verträglichkeit ausgerichtete Industriepolitik, die der ökonomischen Entwicklung die sozial gewünschte Richtung vorgibt. Dieser Aspekt wurde in spw 1/2009 unter dem Stichwort New Deal aufgegriffen und hat seit-

dem zu einigen produktiven Diskussionen in der SPD-Linken und zu einiger Aufmerksamkeit in der kritischen Wissenschaft geführt.

Eine neue Weltordnungsdiskussion muss die strukturellen internationalen Abhängigkeiten aufbrechen. Deshalb ist ein abgestimmtes System der verschiedenen UN-Regime erforderlich, die insgesamt in ihren Handlungskompetenzen gestärkt, mit Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsverletzungen von Mitgliedsstaaten ausgestattet und in den Entscheidungsstrukturen demokratisiert werden müssen. Arbeit, Ökonomie, Umwelt und Nachhaltigkeit müssen zusammen gedacht werden. Unsere AutorInnen decken dabei die meisten der angesprochenen Aspekte mit ihren Beiträgen ab.

Michael Müller hält der Politik und dem finanzgetriebenen Kapitalismus den Spiegel des Versagens vor. Alle Fakten seien seit Jahren bekannt, aber die Politik und Interessenverbände hätten bis heute verharmlost und das, was zu tun sei, verschleppt. Kopenhagen müsse jetzt eine ökologische Revolution einleiten, wenn das 2 Grad- Ziel noch erreicht werden solle. Müller plädiert unter anderem für ein 50-Prozent Minderungsziel, konkrete Zwischenziele auf dem Weg dorthin sowie für einen globalen Finanzausgleich.

Dass die Konflikte um den Klimaschutz zwischen Schwellenländern und Industrieländern nicht festgefügt sein müssen, zeigt Jochen Steinhilber am Beispiel Brasiliens auf. So rückte das Land teilweise von seiner Position ab, bis Mitte des Jahrhunderts seinen Ausstoß von CO₂ nicht reduzieren zu müssen und zunächst die Vorleistung der entwickelten Industrieländer als Hauptverursacher bisheriger Verschmutzungen abzuwarten. Ende 2008 wurde auf der UN-Klimakonferenz in Posen erstmals ein nationaler Klimaplan mit (freiwilligen) fristgebundenen Emissionsminderungszielen vorgelegt. Das brasilianische Konzept setzt vor allem bei der Entwaldung an, die bis 2017 schrittweise um 72 Prozent gesenkt wer-



den soll – wobei die Wirksamkeit der Pläne und Instrumente Gegenstand heftiger Kritik von Nichtregierungsorganisationen sind. Steinhilber beschreibt, wie umstritten die neue politische Linie bis in das Regierungslager hinein ist.

Hans-Jürgen Burchardt geht von einer Welt im Umbruch aus: Die Auslöser zu einem Wandel der internationalen Politik sieht er in der internationalen Finanzkrise, dem Klimawandel und dem internationalen Aufrüsten sowie dem zunehmenden Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd. Dieses werde zur zentralen Konfliktachse des Weltsystems. Entwicklung neu denken hieße deshalb, sich von dem aus der Perspektive des Nordens gedachten Entwicklungsbegriff zu verabschieden, genauso wie von der Illusion des Demokratieexports als Lösungsstrategie.

Heidemarie Wieczorek-Zeul bezieht sich zur Begründung ihrer Vorschläge auf das Hamburger Programm der SPD. Die zentrale aktuelle Herausforderung sei es, den globalen Folgen der Klimakrise zu begegnen. Diese gefährdeten die Millenniumziele der UN zur Bekämpfung der Armut. Die Finanzkrise bezeichnet Wieczorek-Zeul als „Kapitalverbrechen“, das neue Regeln für den Kapitalverkehr erfordere. Die Globalisierung müsse endlich politisch gestaltet werden. Sie fordert einen Wirtschafts- und Sozialrat unter dem Dach der UN. Er solle von einem internationalen Expertenrat unterstützt werden, dem die Aufgabe der umfassenden Ri-

sikoanalyse zukommen sollte. Instrumente wie eine globale Finanztransaktionssteuer oder eine neue globale Reservewährung, wie sie die Stiglitz-Kommission vorgeschlagen habe, könnten Bestandteile einer Regulierung der Finanzmärkte sein.

Horst Peter sieht in der Gleichzeitigkeit der vom Kapitalismus verursachten Krisen die Chance, Nachhaltigkeit sowie ökologische und soziale Gerechtigkeit als Leitbild einer neuen internationalen Politik dem neoliberalen Weltmarktsystem entgegenzusetzen. Er sieht aber auch für die Sozialistische Internationale die Chance, die politisch prägende Kraft dieser Politik zu werden. Nach dem Vorbild der Nord-Süd Kommission von Willy Brandt könnte sie anstreben, in einer Kommission zur „Nachhaltigen, ökologisch und sozial gerechten Weltordnung“ die unterschiedlichen Ansätze zu bündeln.

Auch wenn der Kopenhagener UN-Gipfel in einigen Wochen aus der Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit verschwunden sein wird, die Klimagefährdung wird nicht abgewendet sein. Bestenfalls wird eine Etappe mit konkreten Minderungszielen verabredet werden. Internationaler Klimaschutz bleibt eine Daueraufgabe, die die sozialdemokratische Linke in den nächsten Jahren immer wieder thematisieren muss. Das Kunststück wird darin bestehen, diese zunächst umweltpolitische Frage mit anderen Politikfeldern zu verknüpfen. Klimapolitik muss immer die Kritik kapitalistischer Verhältnisse einbeziehen und in diesem Kontext analysiert werden. Die Umweltfrage beinhaltet immer auch eine soziale und beschäftigungspolitische Dimension! Gerade hier liegt die Aufgabe, die die politische Linke bewältigen muss. Es geht eben um Klima, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Nachhaltigkeit! ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Last Exit Kopenhagen, doch die Party geht weiter

von Michael Müller

Menschheitsherausforderung Klimawandel

Die Erde hat Fieber: Der Mensch ist der Virus, der die Temperaturen in die Höhe treibt. Diese Warnung, mit der die internationale Klimawissenschaft im Februar 2007 die Welt aufschreckte, war eigentlich nicht neu. Seit Mitte der achtziger Jahre mahnt nämlich die Wissenschaft immer lauter, dass die Menschheit handeln muss, um eine Klimakatastrophe noch abzuwenden. Die harten Beweise, dass das Klima aus dem Lot gerät, sind eindeutig, der Weltklimarat spricht von einer Wahrscheinlichkeit oberhalb von 90 Prozent.

Die Krankheit breitet sich immer schneller aus, niemand wird von ihr verschont bleiben, wenn nicht schnell eine wirksame Medizin erreicht wird. Was Ende der 1980er Jahre noch als eine denkbare Bedrohung empfunden wurde, ist eine reale Gefahr geworden. Die Uhr tickt. Zu deutlich sind die Alarmsignale geworden, zu erdrückend die Beweisführungen. Gegenüber 1850 liegen die globalen Temperaturen an der Erdoberfläche bereits um 0,84 Grad Celsius höher. Während sie damals bei 14,5 Grad lagen, erreichen sie heute 15,4 Grad Celsius. Die Ursache liegt in der Anreicherung Wärme stauender Gase in der unteren Lufthülle, der Troposphäre, durch eine unverträgliche Energieversorgung, die industrielle Landwirtschaft,

eine maßlose Mobilität und schädliche Chemikalien. Sie schließen die Atmosphärenfenster.

Die Menschheit führt einen „Atmosphärenkrieg“ (Stephen Schneider). Die Wettermaschine der Erde wird erschüttert durch die Aufladung der Energiebilanz und die Umwälzungen in der Chemie und Dynamik in der Troposphäre. Das hat weitreichende Folgen nicht nur durch die Erwärmung, sondern auch für die Windverhältnisse, die Austrocknung der Erde, die Stabilität der Meeressysteme, das Abschmelzen der Eisschichten, die Niederschlagsverteilung und die Vegetation der Erde.

Dieser Krieg gegen die natürliche Mitwelt wurde nicht nur vom Kapitalismus, sondern auch mit der Tonnenideologie des Kommunismus geführt. Sie waren wie feindliche Zwillinge in dem scheinbar bequemen Weg, die sozialen Konflikte durch die Ausbeutung der Natur zu entschärfen. Das hat sich nach 1989 auch nicht geändert. Im Gegenteil: Der Kapitalismus, der erst einmal übrig geblieben ist, hält auch ohne seinen östlichen Gegenspieler an einer hemmungslosen Externalisierung der sozialen und ökologischen Folgen wirtschaftlicher Entscheidungen zu Lasten Dritter fest, vor allem zu Lasten der Natur, der Dritten Welt und der Zukunft.

Der Klimawandel gefährdet radikal Wohlfahrt, Frieden und Sicherheit auf der Erde. Insgesamt steht nicht weniger auf dem Spiel als das Überleben der Menschheit und die Bewohnbarkeit unseres Planeten. Innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte wird, wenn es nicht zu einer radikalen Kehrtwende kommt, bereits der Punkt überschritten sein, der ein Zurück nicht mehr zulässt. Doch der Widerspruch zwischen dem Wissen über die Gefahren und dem realen Handeln nimmt dagegen weiter zu.



Foto: Christian Kiel



Die Fakten sind lange bekannt

Schon in den siebziger Jahren gab es besorgte Fragen der UN-Weltmeteorologie-Organisation (WMO), welche Folgen der hohe Energieverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgas-Emissionen für das Klima haben. Zusammen mit dem UN-Umweltprogramm (UNEP) gründete die WMO 1988 den Weltklimarat, das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Das IPCC trägt weltweit die Fakten über das Klimageschehen zusammen und prüft naturwissenschaftliche und sozial-ökonomische Daten. Zudem zeigt es die Möglichkeiten von Vermeidung oder Anpassung auf.

Der 4. Sachstandsbericht des Klimarates stellte 2007 mit Hilfe einer umfassenden Ursachenanalyse und komplexer Rechenmodellen über den künftigen Verlauf der Temperaturen eindeutig fest, dass der Mensch die Hauptschuld an der globalen Erwärmung trägt. Es sei „sehr wahrscheinlich, dass der größte Anteil der beobachteten Erwärmung seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts von der vom Menschen ausgelösten Freisetzung von Treibhausgasen verursacht wird“. Die Wahrscheinlichkeit eines massiven anthropogenen Klimawandels wird auf über 90 Prozent veranschlagt.

Diese Feststellung machte die Wissenschaft im Grundsatz bereits Mitte der 80er Jahre. Schon damals, vor allem auf den großen UN-Klimakonferenzen von Belagio und Toronto, warnten die Vereinten Nationen vor einem globalen Temperaturanstieg um 3 Grad Celsius bis zum Jahr 2100. Seitdem sind die wissenschaftlichen Fakten sehr viel fundierter geworden. Während es Anfang des Jahrzehnts beispielsweise erst neun Weltzenarien gab, lagen 2007

dem vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates 23 hochkomplexe wissenschaftliche Computermodelle vor sowie präzise paläoklimatologische Forschungsergebnisse und eine umfassende Auswertung der konkreten Wetterdaten der letzten rund 150 Jahre zugrunde.

Ein Anstieg um drei Grad klingt auf den ersten Blick wenig. Er ist aber ein letztlich selbstzerstörendes Experiment der Menschheit mit der Zerbrechlichkeit der Erde. Zur Einordnung: In den letzten 600.000 Jahren schwankte die globale Temperatur lediglich um rund sechseinhalb Grad Celsius – und das jeweils über einen Zeitraum von rund 100.000 Jahren.

Die Tiefstwerte, bei denen die Alpengletscher bis Ingoldstadt im Norden und bis Mailand im Süden reichten, lagen bei 10°C, das Klimaoptimum, das die Mittelmeerregion zum Garten Eden machte, erreichte rund 16,5°C. Diese Verschiebungen hatten gravierende Folgen für das Leben auf der Erde. So muss die Geschichte von Kriegen, Völkerwanderungen, Not und Elend auch vor dem Hintergrund klimatischer Veränderungen gesehen werden.

Diesmal geht es um viel mehr. Der vom Menschen verursachte zusätzliche Treibhauseffekt droht in nur 200 Jahren die Hälfte des

Foto: www.photocase.de, © Wa/Ci



bekannten Klimawandels auf das natürliche System drauf zu satteln. Damit kommt er schneller und radikaler als alles, was wir kennen. Und dabei geht es nicht nur um eine Erwärmung, denn der Klimawandel verändert gravierend die Lebensbedingungen der Menschen: Orkane und Überflutungen, Ausbreitung der Wüsten und Verschlechterung der Bodenqualität, Abschmelzung der Gletscher und Anstieg des Meeresspiegels. Die Folgen sind Hungersnöte, Migration und unwirtliche Lebensverhältnisse.

Der Wert von $0,84^{\circ}\text{C}$ Erwärmung spiegelt die Dramatik der Veränderungen nur unzureichend wider, denn der Klimawandel hat zwischen der Verursachung und den Wirkungen eine Anpassungsfrist von rund 40 bis 50 Jahren. Anders gesagt: Wir spüren heute erst die Konzentration der Treibhausgase, die bis in die 1960er Jahre angereichert wurden. Ein globaler Anstieg um $1,5^{\circ}\text{C}$ ist nicht mehr zu verhindern, denn in den letzten vier Jahrzehnten hat die troposphärische Anreicherung der wichtigsten Gase Kohlendioxid, Methan, Ozon oder Distickstoffoxid stark zugenommen. Zudem dauert es eine sehr lange Zeit, bis die Treibhausgase wieder abgebaut sind.

Regional sind die Auswirkungen höchst unterschiedlich, am stärksten betroffen ist die Arktis, in der die Erwärmung schon auf deutlich mehr als 3°C angestiegen ist. In den

Eis- und Gletscherregionen sind die Prozesse besonders ausgeprägt. In Deutschland liegt die Erwärmung mit rund einem Grad gegenüber 1850 etwas über dem globalen Durchschnitt, besonders ausgeprägt im Oberrheinbecken, den deutschen Alpen und in der Nordsee.

Das Versagen der Politik

Als Mitte der 80er Jahre die öffentliche Debatte über den Klimawandel begann, wäre es noch möglich gewesen, den Temperaturanstieg bei rund $1,5^{\circ}\text{C}$ zu begrenzen. Dieses Ziel ist heute weit weg von der Realität, denn es würde sofort einen weitgehenden Stopp industrieller Emissionen sowie den umfassenden Schutz von Böden und Wäldern, von Meeren und Mooren notwendig machen.

Heute geht es um eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad Celsius, aber es sieht so aus, dass sich in Kopenhagen die Staatengemeinschaft nicht auf ein konkretes, geschweige denn ehrgeiziges Ziel verständigt. Dabei sind die zwei Grad Celsius bereits Last Exit, das allerdings schon mit schwerwiegenden Folgen verbunden ist: Migration, Armut, Ernährungskrisen und letztlich eine zu befürchtende Zunahme von Gewalt.

- In den Anden haben die Gletscher in den letzten 17 Jahren um 23 Prozent abgenom-

men. Dort sind fast 100 Millionen Menschen in der Wasserversorgung und Energiebereitstellung von den Abflüssen aus den Andengletschern abhängig. Schon heute ist eine Verminderung der Eismassen um Zweidrittel nicht mehr zu stoppen.

- In Asien leben 635 Millionen Menschen in niedrigen Küstenregionen oder Flussdeltas. Durch die veränderten Flussregime und durch den Anstieg des Meeresspiegels sind rund 40 Prozent der dort angesiedelten Menschen existenziell gefährdet.
- Für Afrika, wo fast eine Milliarde Menschen leben, von denen rund 230 Millionen unterernährt sind, wird bei einer Erwärmung um zwei Grad Celsius eine Halbierung der heute schon dürftigen Ernteerträge erwartet.

Wirtschaftliches Profitstreben, altes Denken und politisches Nichtstun sind dafür verantwortlich, dass die Aufheizung weiter zunimmt und viele Menschen die katastrophalen Folgen zu spüren bekommen werden. Und es wird immer schwerer, die Erwärmung auf 2 °C zu begrenzen. Zahlreiche Wissenschaftler zweifeln bereits daran, ob dieses Ziel noch zu erreichen ist.

Obwohl die Konferenz seit zwei Jahren vorbereitet wird, droht Kopenhagen zu einem Desaster zu werden. Eine Einigung ist in weite Ferne gerückt. Es scheint nur noch die Frage zu sein, wer den schwarzen Peter bekommt. Dänemark als Gastland versucht allerdings – wie andere auch, denn auch die deutsche Klimakanzlerin ist in Bredouille geraten - zu retten, was noch zu retten ist, aber er wird immer weniger. Die dänische Regierung schlägt eine „Langzeitberatung“ vor. Die Kopenhagen-Konferenz soll bis ins nächste Jahr gestreckt werden, weil große Länder wie China, Indien oder die USA mehr Zeit zur Entscheidung bräuchten.

Natürlich bewegt sich auch in diesen Ländern etwas. Die Regierung in Peking hat den Ernst der Lage erkannt, weil auch China die Veränderungen zunehmend zu spüren bekommt. Hochwasser und Überflutungen nehmen zu, da die Himalaya-Gletscher, die die großen asiatischen Flüsse speisen, immer schneller abschmelzen. In Brasilien ist die Abholzung der Tropenwälder auf den niedrigsten Stand der letzten 40 Jahren gesunken. Auch in den USA gibt es starke Kräfte, die mehr Klimaschutz wollen. Das ist zu begrüßen, kann einen globalen Klimaschutzvertrag jedoch nicht ersetzen.

Auch in Deutschland und in der EU ist nicht alles Gold, was glänzt. Vor allem die 90er Jahre waren ein verlorenes Jahrzehnt:

- Der Kabinettsbeschluss von 1990, die CO₂-Emissionen in den alten Bundesländern um mindestens 25 Prozent bis 2005 zu verringern, wurde klar verfehlt. Erreicht wurden minus 16 Prozent in Gesamtdeutschland (!).
- In Meseberg wurde eine Reduktion um 40 Prozent bis 2020 beschlossen. In Gesetzen sind bisher erst 32 Prozent festgelegt. Zu den fehlenden acht Prozent gibt es bisher nicht einmal Beschlüsse.
- In der rot-grünen Regierungszeit haben CDU/CSU und FDP gegen alle Gesetze und Programme zum Klimaschutz gestimmt – von der Öko-Steuer bis zum Erneuerbaren Energien Gesetz. Aber auch unter der Regierung Schröder hätte mehr geschehen müssen.
- In dem Programm der Bundesregierung gegen die Wirtschaftskrise von 2009 waren gerade mal 13 Prozent der Mittel für ökologische Investitionen vorgesehen. Dabei ist ein groß dimensioniertes Programm für Arbeit und Umwelt das Beste, der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken und die Infrastruktur der Zukunft zu fördern.

- In Washington plädierte die Bundeskanzlerin für mehr Klimaschutz, gleichzeitig stimmte Deutschland jedoch in Brüssel gegen die Richtlinie für mehr Energieeffizienz in Gebäuden.

Kurzfristigkeit, Egoismus und Profitdenken überwiegen noch immer. Einige Länder tun heute zwar mehr als vor dem IPCC-Bericht, aber sie wollen Klimaschutz ausschließlich nach ihren Gesetzen und Interessen verwirklichen, nicht als große und gemeinschaftliche Anstrengung der Weltgemeinschaft. Abstrakt unterstützen sie zwar die Ziele der UN, verweigern sich aber konkreten Vereinbarungen. Noch immer ist es so: Die Politik bleibt weit hinter den ökologischen Realitäten zurück.

Die Konsequenz dieses Versagens ist ein ökologischer Kolonialismus, der die Zukunft ausplündert. Hauptverantwortlich dafür sind nach wie vor die USA. Dort zeigen konservative Kräfte Präsident Obama die Grenzen auf. In Amerika kommen auf jeden Einwohner im Schnitt 20 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das Land muss, sollen globaler Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zusammenkommen, was untrennbar miteinander verbunden ist, die Emissionen auf ein Zehntel der heutigen Menge reduziert werden.

Auch das Schwellenland China liegt mit durchschnittlich vier Tonnen pro Kopf schon doppelt so hoch wie der global verträgliche Wert von zwei Tonnen. Im Land der Mitte gibt es Wachstumsraten von 10 bis 15 Prozent pro Jahr. Die Stromerzeugung wächst dort um rund 100.000 MW pro Jahr, was fast den Kapazitäten entspricht, die in unserem Land als Kraftwerke stehen.

Selbst wenn das globale Pokerspiel um den Klimaschutz in Kopenhagen aufhören sollte und konkrete Maßnahmen und Ziele beschlossen werden sollten, blieben sie dennoch weit hinter dem Notwendigen zurück. Doch es sieht nicht einmal nach einem Minimalpro-

gramm aus. Nicht bei dem Oberziel bis 2050, schon gar nicht bei konkreten Zwischenzielen für 2020, 2030 und 2040, auch nicht bei einem globalen Finanzmechanismus mit den Entwicklungsländern oder der Anerkennung des Naturschutzes: Nirgendwo sieht es nach einer überzeugenden Einigung aus.

Was ist zu tun - mindestens?

Noch immer scheint die Weltgemeinschaft die Dimension der Herausforderung nicht im vollen Umfang verstanden haben. Viele spielen russisches Roulette in der Hoffnung, dass das eigene Land weniger betroffen sein wird als die Länder der Dritten Welt, die in der Regel in ökologisch sensiblen Regionen liegen. Doch das hat mit den Fakten wenig zu tun. Selbst die EU, die in den vergangenen Jahren ein Motor beim Klimaschutz war, hat sich nicht auf ein 30 Prozent-Reduktionsziel verständigen können.

Die Bewährungsprobe für eine Weltinnenpolitik steht bevor. Aber es sieht so aus, als ob vor allem die Industrieländer, also die Hauptverursacher des Klimawandels, eklatant versagen. Überall müssen die Kräfte der Zivilgesellschaft, vor allem die Umwelt-, Naturschutz- und Sozialverbände, gestärkt werden, um die Lähmung der Politik aufzubrechen. Was ist zu tun? Unsere Zeit braucht eine ökologische Revolution. Um nicht weniger geht es. Kopenhagen wird zu einem Flop, wenn nicht mindestens folgende Ziele durchgesetzt werden:

- Die verbindliche Festlegung eines globalen Minderungsziels bei den Treibhausgasen um 50 Prozent bis zum Jahr 2050, was von den Industriestaaten eine Verringerung gegenüber 1990 um mindestens 85 Prozent erfordert.
- Konkrete Zwischenziele für die Verminderung der Treibhausgase für 2020 und 2030 und 2040 sowie die Sanktionierung der Nichteinhaltung.

- ▶ Einbeziehung der großen Schwellenländer in die Minderungsziele, aber eine Anerkennung der Hauptverantwortung der Industriestaaten.
- ▶ Verständigung auf ein globales Programm mit verbindlichen Schutzziele bei der Sicherung der ökologischen Senken wie Böden, Moore, Wälder und Meere in entsprechenden Protokollen.
- ▶ Ein Finanzierungsmechanismus, der einen globalen Finanzausgleich zwischen Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern vorsieht.
- ▶ Ein Umweltmonitoring unter dem Dach der UN, wozu ein „Sicherheitsrat“ für Umwelt und Entwicklung gehört.

Der Countdown läuft unerbittlich mit der ganzen Härte der Naturgesetze. Unsere Welt ist an einem Scheidepunkt. Entweder kommt es zu einem Jahrhundert der Ökologie oder es kommt zu einem Jahrhundert der Gewalt und des Niedergangs. An diesem Punkt stehen wir heute. Die Landkarte für einen neuen Fortschritt ist schon geschrieben, aber sie ist noch nicht ins Navigationssystem eingespeist. Die Leitidee der Nachhaltigkeit eröffnet Deutschland und der Europäischen Union die Chance für einen neuen Weg. Dafür muss die Politik jetzt die Weichen stellen, statt sich weiter ökonomischen Zwängen anzupassen und unterzuordnen. ■

☞ Michael Müller war MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linke und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zuletzt Parlamentarischer Staatssekretär im Umweltministerium und Vertreter Deutschlands auf den Tagungen der Weltklimakonferenz. Außerdem ist er Bundesvorsitzender der deutschen Naturfreunde und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzbundes.

Aus dem Programm des VS Verlages



2., verb. Aufl. 2008.
298 S. Br. EUR 14,90
ISBN 978-3-531-15809-9



2008. 320 S. Br.
EUR 24,90
ISBN 978-3-531-16085-6

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.
Änderungen vorbehalten. Stand: 9 | 2009.



VS VERLAG

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel: 0611.7878-245
Fax: 0611.7878-420
www.vs-verlag.de

Der Wald, das Rind, das Zuckerrohr

Brasilien in der Klimapolitik

von Jochen Steinhilber

Bisher hatte Brasilien ein gutes Jahr: Das Wachstum zog nach der Delle Anfang 2009 wieder an, die Krise wurde schneller gemeistert als gedacht, in der G-20 konnte Brasilien seinen Anspruch auf globale Mitsprache unterfüttern, und der Zuschlag für die Olympiade 2016 ließ die BrasilianerInnen endgültig glauben, dass Gott Brazilianer sei. Das Land mauserte sich in den vergangenen Krisenmonaten zum *Cover-Girl* internationaler Nachrichtenmagazine. Die *Newsweek* feiert Brasilien als *crafty superpower*, im *Wall Street Journal* wird seine Resistenz gegenüber der Krise gefeiert, und jüngst ließ der *Economist* in seinem Titel das Land abheben – *Brazil takes off*. Während Brasilien schon seit Jahren den viel versprechenden, aber stets auch etwas fragilen Titel der Rising Power trägt, scheint es nun aus Sicht vieler auf dem besten Weg zu sein, diesen Anspruch auch einzulösen. Während bislang auf der globalen Ebene die Integration und die Gestaltung der Handels- und Finanzmärkte sowie auf der regionalen Ebene die Stabilisierung Lateinamerikas als Friedenszone ganz oben auf der brasilianischen außenpolitischen Agenda stehen, will sich Brasilien auch beim Aus- und Aufbau anderer zentraler Bausteine einer neuen *Global Governance* Architektur an die Spitze der Bewegung stellen. Auf der VN-Klimakonferenz in Kopenhagen, bereits vorab mit dem Titel „Jahrhundertkonferenz“ belastet, möchte das Land das Jahr erfolgreich abrunden, seinen globalen Debütantenstatus endgültig abstreifen und eine wichtige Rolle bei der Aushandlung eines möglichen Klimakompromisses zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern spielen. Brasilien hat mit seinen großen Ökosystemen, seiner relativ sauberen Energiematrix, einem auch international sehr populären Präsidenten und nun auch mit einem substanziellen klimapolitischen Vorschlag Einiges in die Waagscha-

le zu werfen – allerdings im Falle einer weiteren Erwärmung auch Vieles zu verlieren.

Das Wetter

Nicht nur mit Blick auf seine globale Führungsrolle, sondern gerade angesichts seiner ökologischen Ressourcen, seiner Energiematrix sowie seiner ökonomischen Struktur ist Brasilien prädestiniert für eine wichtige Rolle in der internationalen Klimapolitik – aber auch darauf angewiesen, dass Fortschritte beim Klimaschutz erzielt werden. Brasilien, das zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt zählt, ist weltweit der fünftgrößte Emittent von Treibhausgasen und nach China und Indien der drittgrößte unter den Entwicklungsländern. Allerdings weist das Land im Vergleich zu den meisten anderen Ländern ein ungewöhnliches Emissionsprofil auf: Während nach Schätzungen von 2007 auf den Bereich Energieerzeugung, Industrie und Abfall sowie auf den Landwirtschaftsbereich je 30% entfallen, ist die Hauptquelle mit einem Anteil von 40% der Treibhausgase in Brasilien nach wie vor die Waldrodung und Landnutzung – im Klimajargon dem sogenannten LULUCF-Sektor (*land use, land use change, and forestry*).

Der relativ geringe Anteil des Energiesektors ist auf die ebenfalls ungewöhnliche Energiematrix des Landes zurück zu führen. Rund 46% des brasilianischen Energieangebots werden aus erneuerbaren Energien bestritten, während es weltweit nur 13% und im OECD-Durchschnitt gerade mal 7% sind. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein markanter Wandel in der Energiematrix in den letzten dreißig Jahren, der am stärksten in der Industrie zu beobachten ist: 1973 machten Ölderivate noch 61% der Energie im industriellen Sektor aus, 2007 waren es nur



noch 15,7%. Biomasse stieg im selben Zeitraum von 10,3% auf 40,1% an. Die beiden energieintensivsten Sektoren in Brasilien – Industrie und Transport – haben radikal auf neue Energieträger umgestellt. Dies wird besonders im Transportsektor deutlich: 78% aller neu zugelassenen PKWs verfügten über flexible Motoren. Die in Brasilien niedergelassenen Automobilkonzerne produzieren über 100 Modelle mit solchen *Flex-Fuel*-Motoren. Im Februar 2008 überstieg der Ethanolverbrauch zum ersten Mal den Konsum von fossilem Benzin. Innerhalb der erneuerbaren Energien fällt in erster Linie die extensive Nutzung von Ethanol aus Zuckerrohr auf. Ethanol und andere Zuckerrohrprodukte machen rund 16% des Energieaufkommens aus. Wasser ist ein weiterer wichtiger Energieträger, dessen Anteil am Energieangebot innerhalb von 30 Jahren von sechs auf 15% (2008) gestiegen ist. Beide Energieträger sind jedoch mit Blick auf ihre ökologischen und sozialen Auswirkungen höchst umstritten.

Dass Brasilien mit dem Amazonas über eine der größten Klimaanlagen der Welt und mit dem Pantanal über ein Sumpfgebiet von der Größe Frankreichs verfügt – beides riesige fragile Ökosysteme, die für Klima, Biodiversität und Wasserhaushalt von globaler und regionaler Bedeutung sind – fehlt in keinem *Fact Sheet* über Brasilien. Für die klimapolitische Sensi-

bilisierung von Politik und Gesellschaft waren in jüngerer Zeit jedoch zwei andere Entwicklungen ausschlaggebend: Das war zum einen die Zunahme von extremen Wettern auch in Brasilien, das lange Zeit davon verschont geblieben war; dazu zählt der atlantische Hurricane, der 2004 zum ersten Mal seit Beginn der Wetteraufzeichnungen über die Küsten Brasiliens fegte, die extreme Trockenheit im Amazonas 2005 sowie die schweren Über-

schwemmungen im Süden Brasiliens in 2008. Zum anderen dringt nun langsam ins Bewusstsein von Wirtschaft und Politik, was veränderte Klimamuster für die Agrarwirtschaft des „globalen Ernährers“ bedeuten könnten. Steigende Temperaturen und wechselnde Jahreszeiten würden in einer der größten Kornkammern der Welt die Produktionsbedingungen drastisch verändern: Umweltminister Carlos Minc prophezeite, dass der ohnehin bereits trockene (und arme) Nordosten ein Drittel seiner Wirtschaftskraft verlieren könnte, wenn nichts geschieht. Nach einer neuen Studie zur Agrarwirtschaft drohen auch die wichtigsten Exportprodukte zu leiden: So wird bis 2020 z.B. die Sojaproduktion um 20%, die von Kaffee um 10% fallen, aber auch Weizen und Orangen sind betroffen. Die einzige Frucht, die von einer Erwärmung profitieren dürfte, ist das Zuckerrohr. Bei wärmeren Temperaturen könnte sich die Anbaufläche für Zuckerrohr in Brasilien verdoppeln.

Der Wald und das Rind

Um den Waldschutz scheint es in Brasilien auf den ersten Blick zur Zeit gar nicht so schlecht bestellt zu sein. Insbesondere eine Nachricht könnte das Vertrauen in die Nachhaltigkeit brasilianischer Klimapolitik stärken: Mitte November konnte die Chefin des Präsidentschaftsamt und Präsidentschaftskandidatin der



Foto: www.fotolia.com, © SDuggan

PT, Dilma Rousseff, verkünden, dass zwischen August 2008 und Juli 2009 die Abholzungsrate im Amazonas um 45,7% zurück ging und damit auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen vor zwanzig Jahren fiel. Der Umweltminister führte prompt den Rückgang auf den 2004 implementierten Aktionsplan zur Kontrolle und Prävention von Abholzung im Amazonas zurück, der eine intensivere Aufklärung durch Polizei und Geheimdienste, eine stärkere Verfolgung der Täter, eine bessere – u.a. satellitengestützte – Kontrolle des Gebietes, die Ausweisung von Schutzgebieten sowie die Förderung von nachhaltigem Wirtschaften in der Amazonasregion vorsieht. Tatsächlich wurden viele Maßnahmen auch umgesetzt, allein im letzten Jahr etwa wurden Geldstrafen in Höhe von 830 Millionen USD verhängt. Da geschätzte 80% der Rodungen illegal sind, kann eine Strategie der Aufklärung und Verurteilung durchaus substanzielle Erfolge zeitigen. Jedoch könnte der Lackmустest erst noch bevor stehen, da ein großer Teil des Rückgangs der Abholzungen, so Kritiker, auch der Krise zuzurechnen sei. In der Krise sei die Nachfrage nach Fleisch und Soja gesunken, und

es habe sich nicht mehr gelohnt, weiteres Land zu erschließen. Der leichte Anstieg der Entwaldung von 2007 auf 2008 aufgrund der hohen Nahrungsmittelpreise zeigte, wie sensibel die Abholzungsrate weiterhin mit ökonomischen Konjunkturen korreliert.

Auch die – nationale wie internationale – Konzentration auf den Amazonas scheint etwas zu kurz gegriffen: Nur 60% der Treibhausgase des LULUCF-Sektors fallen im Amazonas an, der große Rest im atlantischen Regenwald, in den Trockenwäldern (*Caatinga*) und in den Savannen (*Cerrado*), und vor allem letztere sind aktuell stark von der Ausdehnung der Landwirtschaft bedroht.

Zum Waldschutz gibt es zudem bisher weder einen Regierungs- geschweige denn einen gesellschaftlichen Konsens. Auch wenn bei anderen großen Emittenten wie Indonesien der Landdruck aufgrund der demographischen Entwicklung noch größer ist, versucht auch in Brasilien insbesondere die Agrarwirtschaft beständig und mit Teilerfolgen neue Anbauflächen zu erschließen, indem es den Druck auf die

Regierung erhöht, bestehende Schutzmaßnahmen, wie z.B. das Waldschutzgesetz, das unter anderem die Abholzung von Wald auf privaten Grundstücken beschränkt, aufzuweichen.

Doch liegen auch in den anderen Emissionsbereichen noch große Herausforderungen. Ohne Zweifel hat Brasilien von allen Schwellen- und Entwicklungsländern aufgrund seiner Energie- und Emissionsprofile, aber auch aufgrund seines bereits relativ hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens die geringsten Kosten, seine Wirtschaft auf eine low-carbon-Ökonomie umzustellen. Dies zeigt auch die Zunahme der insgesamt Emissionen von geschätzten zehn bis zwanzig Prozent zwischen 1994 und 2007, die die geringste unter den Schwellenländern ist. Allerdings ist dieser relativ verhaltene Anstieg ausschließlich auf den Rückgang der Abholzung zurück zu führen, ansonsten sähe das Bild für Brasilien weniger klimafreundlich aus: Denn während Energie und Industrie 1994 noch einen Anteil von 20% an den gesamten Emissionen hatten, sind es heute bereits 30%, während der Anteil der Abholzung und Landnutzung von 55 auf 40% gefallen ist. In den vergangenen Jahren hat Brasilien 70% mehr Energie produziert, der Ausstoß hat sich aber nahezu verdoppelt. Dies bedeutet, dass Brasilien – wenn auch von einem niedrigen Niveau aus – so doch dabei ist, seine Energiematrix zu verschmutzen. Weitere, mit fossilen Energieträgern betriebene Wärmekraftwerke sind bereits in Planung. Und mit der Ölbonanza vor den Küsten Rios und Sao Paulos vor Augen dürfte die Versuchung groß sein, beim Umbau zu einer postfossilen Energiepolitik etwas die Zügel schleifen zu lassen. Trotz des scheinbaren Überflusses an Energie wird es deshalb nicht einfach sein, einen klimafreundlichen Energiemix zu finden, zumal ausgerechnet die alternativen Energieträger Wasserkraft und Ethanol innergesellschaftlich zu den stärksten Protesten führen. Einen Beitrag zur Lösung könnte sicherlich die bisher sträflich vernachlässigte Frage der Energieeffizienz leisten.

In der Landwirtschaft ist es vor allem die Rinderzucht, die ins Gewicht fällt und deren Methanproduktion hochgerechnet auf CO₂ nur knapp unterhalb des gesamten Ausstoßes des Energiebereiches liegt. 90% des Emissionsvolumens in der Landwirtschaft ist auf Rinder zurückzuführen. Nach Schätzungen von Tasso Azevedo, dem strategischen Berater des brasilianischen Umweltministers, entstehen damit rund 50% der brasilianischen Emissionen in Zusammenhang mit der Rinderzucht, da auch ein großer Teil der Abholzung des Regenwaldes der Erschließung neuer Weideflächen dient. Neben der technologischen Behandlung der Verdauung durch Beimischung von Enzymen dürfte hier der einzig gangbare Weg der einer nachhaltigen Viehzucht zu sein, die aber gegen die Agrarlobby nur schwer durchzusetzen sein dürfte.

Der Vorschlag

Lange Zeit vertrat Brasilien in der internationalen Klimadebatte die Position, dass es bis Mitte des Jahrhunderts seinen Ausstoß nicht reduzieren werde. Der Klimawandel, so die brasilianische(n) Regierung(en), werde stärker durch die Akkumulierung der Gase als durch die jährlichen Emissionen verursacht, da z.B. Kohlendioxid, das wichtigste Treibhausgas, im Schnitt mehr als hundert Jahre in der Atmosphäre bleibt. Die Orientierung am jährlichen Ausstoß würde deshalb generell den Beitrag der Schwellen- und Entwicklungsländer zum Klimawandel über- und den von entwickelten Ländern unterschätzen. Da die insgesamt aufgelaufenen Gase in der Atmosphäre jedoch ganz überwiegend auf das Konto der entwickelten Länder gehen, müssten diese auch für deren Reduzierung aufkommen. Entwicklungsländer sollen so lange keine Klimaschutzverpflichtungen auferlegt bekommen, bis sie den Status eines entwickelten Landes erreicht haben. Weiter hat Brasilien darauf gedrängt, dass die reichen Länder für umwelt- und klimapolitische Maßnahmen in den Entwicklungsländern bezahlen. Und schließlich hat sich das Land lange Zeit geweigert, die Waldfrage in die internationalen

Klimaverhandlungen überhaupt mit aufzunehmen, geschweige denn den Amazonas für den internationalen Emissionshandel zu öffnen. Brasilien fürchtete, dass durch das externe Monitoring, wodurch diese Initiativen normalerweise überprüft werden, und die Erwartungen der Käufer der CO₂-Kredite ihre Souveränität beschränkt werden würde.

In 2007 begann die brasilianische Regierung ihre Klimapolitik jedoch in einigen entscheidenden Punkten zu überdenken und stellte Ende 2008 auf der VN-Klimakonferenz in Posen einen nationalen Klimaplan vor, worin es erstmals auch (freiwillige) fristgebundene Emissionsminderungsziele vorlegte. Das brasilianische Konzept setzt vor allem bei der Entwaldung an, die bis 2017 schrittweise um 72% gesenkt werden soll. Ab 2015 würde dann, so der Plan, durch massive Aufforstungen ein vollständiger Ausgleich der Entwaldung erreicht werden. Zugleich soll der Anteil von Ethanol bei Fahrzeugen jedes Jahr um 11% gesteigert, die Energieeffizienz sowie das Waldmanagement und die Zertifizierung von Holz verbessert werden. Als zentrales Finanzierungsinstrument richtete die Regierung zudem einen Amazonasfonds ein, in den Regierungen und Unternehmen rund 21 Milliarden USD zur Finanzierung der Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung einzahlen sollen. Norwegen und Deutschland gehören zu den ersten Ländern, die in den neuen Fonds einzahlten. Brasilien konnte mit dem Plan international punkten, doch ist er nicht unumstritten. Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Aufforstungspolitik: Der „Nettoverlust an bewaldeter Fläche“ soll vor allem durch den Anbau wirtschaftlich verwertbarer Bäume wie Pinien oder Eukalyptus ausgeglichen werden. Die entstehenden Monokulturen haben mit dem Primärwald jedoch nichts mehr gemein und weisen zudem einen extrem hohen Wasserverbrauch auf.

2009 kündigte Brasilien erstmals an, fristgebundene Ziele für die Treibhausgasreduktion auch auf internationaler Ebene einzubringen.

Bei der VN-Klimakonferenz in Kopenhagen tritt Brasilien nun mit einem Vorschlag an, wonach auf der Basis von *Business-as-usual* Szenarios (mit einem angenommenen Wirtschaftswachstum zwischen 4 und 6%) in 2020 der Ausstoß von Treibhausgasen in Brasilien zwischen 36,1% und 38,9% niedriger liegen soll, als bisher vorgesehen. Der Großteil soll über die im Klimaplan bereits beschlossene Vermeidung von Entwaldung erzielt werden, der Rest muss in den Bereichen Energie, Industrie und Landwirtschaft aufgebracht werden. Indem die brasilianische Regierung in der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer mit der Formulierung von konkreten Zielen vorpreschte – und dies zu einem Zeitpunkt, als sich die USA und die beiden großen Schwellenländer Indien und China gegenseitig blockierten – brachte es sich für die Verhandlungen in Kopenhagen in eine günstige Ausgangsposition und setzte zugleich ein starkes Zeichen, um die Kasse seines Amazonasfonds zu füllen.

Über die Präzision dieser Projektionen muss gestritten werden, und NGOs haben recht, wenn sie fordern, dass die Vorschläge in ein Gesetz gegossen werden müssen, damit die Ziele verbindlich werden. Die Ankündigung von konkreten Zielen stellt jedoch ohne Zweifel einen klaren Wechsel in der brasilianischen Klimapolitik dar. Die brasilianische Regierung verlässt damit teilweise die Linie der Schwellen- und Entwicklungsländer und schlägt sich eher auf die Seite der EU und Japan und versucht damit seine Führungsrolle, sehr zum Missfallen des Außenministeriums, auf Kosten alter Verbündeter, wie der G77, zu stärken.

Allerdings will Brasilien, das unter dem Kyoto-Protokoll nicht dazu verpflichtet ist, verbindliche Reduktionsziele zu erfüllen, seinen Vorschlag in erster Linie als politische Geste an die entwickelten Länder und als Anstoß verstanden wissen und wird weiter auf die Freiwilligkeit der Zielerfüllung beharren. Zu konkreten Zahlen in einer gemeinsamen Vision wird sich Brasilien, wie auch die anderen Schwellenländer, kaum

überreden lassen. Brasilien wird hier bei seinem Standpunkt bleiben, dass die Industrieländer in Vorleistung gehen müssen. Die brasilianische Regierung hatte die Hoffnung, dass die Amazonasstaaten unter ihrer Führung mit einer gemeinsamen Position in Kopenhagen antreten würden und lud Ende November zum Gipfel im Manaus. Neben Brasiliens neu gewonnenem Freund in der Klima- (und Rüstungs-)politik, Nicola Sarkozy, der das Überseedepartement Französisch-Guayana repräsentierte, konnte sich von den neun Staatschefs jedoch nur der Präsident von Guyana, Bharrat Jagdeo, dazu durchringen, die Einladung anzunehmen. Und so verhandelte die „Erklärung von Manaus“, die unter anderem fordert, dass die Industrieländer zwischen 0,5 und einem Prozent ihres BIP für Klimaschutzprogramme aufbringen sollen, relativ ungehört im Dickicht des Regenwaldes.

Nur einen vagen Konsens gibt es bisher über eines der zentralen Verhandlungsthemen in Kopenhagen: Die Ausgestaltung und Einbindung von REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Degradation*) in ein künftiges Klimaregime ist unter den brasilianischen Akteuren höchst umstritten. Die Regierung lehnt im Kern nach wie vor einen marktorientierten Ansatz ab. Neben den Souveränitätsbedenken fürchtet die Regierung auch, dass sie durch einen unbegrenzt anrechenbaren Emissionshandel die reichen Industrieländer vom Haken ließe. Diese könnten sich von ihren Klimaverpflichtungen freikaufen und damit gleichzeitig die Entwicklung in den Ländern des Südens bremsen. Statt dessen sollen die Länder in Fonds, wie den Amazonasfonds, einzahlen, die keine Kompensation vorsehen. Anders sieht dies freilich eine einflussreiche Koalition aus den Gouverneuren der Amazonasstaaten, Unternehmen und einigen NGOs, die von der Regierung fordern, eine möglichst breite Palette an Finanzierungsinstrumenten zu akzeptieren. Letztlich sehen sie in der Einbindung in den internationalen Emissionshandel die einzige Sicherheit, dass auch reichlich Geld in die Amazonasregion fließt. Der Druck blieb nicht ohne

Neuerscheinung:

Niels Annen, Ute Finckh, Tim Rohardt
und Burkhard Zimmermann (Hrsg.)

„Zeit für Frieden“

Sozialdemokratische Beiträge
zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Die SPD-Linke leistet mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

Weitere Informationen und Bestellung:
www.forum-dl21.de

Wirkung. Die brasilianische Regierung betont zwar, dass es eine Anrechnung nur für *zusätzliche* klimapolitische Anstrengungen geben kann, *nachdem* die Industrieländer ihre Hausaufgaben gemacht und sich darüber verständigt haben, wie sie die notwendige Reduktion der Treibhausgase bewerkstelligen wollen. Im Rahmen eines Gesamtpaketes wird sich Brasilien aber einem internationalen Emissionshandel wohl nicht verweigern, aber darauf drängen, dass die abgeschriebene Emissionsmenge auf zehn Prozent des Gesamtausstoßes eines Landes begrenzt bleibt.



Foto: www.photocase.de, © Knase

Die Kandidatinnen

Auch in Brasilien scheint nach dem so oft beschworenen Ende der heftigen ideologischen Debatten ein Bereich übrig geblieben zu sein, der nach wie vor zu leidenschaftlicher Diskussion und Lagerbildung taugt: Klima und Umwelt. So war es im Vorfeld der Konferenz keinesfalls ausgemacht, dass die brasilianische Regierung mit einem substanziellen und konkreten Vorschlag im Gepäck nach Kopenhagen reisen würde. Denn die schärfsten Streits wurden zwischen den Ministern der Regierung ausgetragen. Aber wie so oft bei internem Zwist ist es dann ein „externer Förderator“, hier in Person von Lulas ehemaliger Umweltministerin Marina Silva, der – wenigstens für eine kurze Zeit – einen fragilen Kompromiss befördert.

Im Vorfeld der Konferenz zirkulierten wenigstens sieben Vorschläge unterschiedlichster Ministerien. Der Umweltminister Carlos Minc plädierte bereits früh dafür, in Kopenhagen konkrete Ziele auf den Tisch zu legen. Das *Itamaraty*, das brasilianische Außenministerium, wiederum ist ein erbitterter Gegner von konkreten Zielvereinbarungen. Der brasilianische Vorschlag sollte sich aus dessen Sicht auf einen Aktionsplan ohne konkrete Ziele beschränken,

mehr würde von Brasilien nicht erwartet und alles, was darüber hinausgehe, würde mögliche Verbündete wie China, Indien und die G77 kompromittieren. Fast schon legendär sind wiederum die Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidialamt (*Casa Civil*) und dem Umweltministerium, die mit schöner Regelmäßigkeit stellvertretend den Konflikt zwischen ökonomischem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit im brasilianischen Entwicklungsmodell austragen. Mit Blick auf Kopenhagen ging dieser Streit in eine neue Runde. Grundsätzlich ablehnend gegenüber konkreten Klimaschutzzielen, stellte die Chefin des *Casa Civil*, Dilma Rousseff, die Grundlagen der Kalkulationen des Umweltministeriums in Frage. Minc ging für seine Berechnungen von einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich vier Prozent in den kommenden zehn Jahren aus. Das war Rousseff zu wenig, Mincs Plan würde Wachstum verhindern, sie selbst rechnete mit sechs Prozent – angesichts der knapp vier Prozent, die in dem bereits außergewöhnlichen Wachstumszyklus der vergangenen Jahre erreicht wurden, eine kühne Prognose. Unterstützt wurden die Gegner von konkreten Zielen vom Ministerium für Wissenschaft und Technik, das in Brasilien die nationale Klimadebatte koordiniert, und auch Lulas eigene Vorstellungen über die Entwicklung in Brasilien dürften mit den Erfordernissen einer *low-carbon-Ökonomie* nicht immer übereinstimmen.

Es sah nicht gut aus. Dass der Streit dennoch mit einem deutlichen Punktsieg für das Um-

weltministerium ausging – das Abstriche von seiner ursprünglichen Forderung nach einem Rückgang der Treibhausgase um 45% machen sowie einen Zielkorridor zulassen musste – lässt sich auf eine Reihe von Faktoren zurück führen. Dazu zählt sicher die zunehmende gesellschaftliche Mobilisierung. Neuesten Umfragen zufolge rangiert die Frage des Umweltschutzes auf der Prioritätenliste der rasch wachsenden Mittelklasse mittlerweile nach Bildung und Sicherheit auf Platz drei. Zum Stimmungswandel dürfte auch beigetragen haben, dass eine Gruppe von großen brasilianischen Unternehmen in erster Linie aus dem Industrie- und Bergbausektor (nicht jedoch aus der Agrarwirtschaft) in einem offenen Brief die brasilianische Regierung aufgefordert haben, die Schwellenländergruppe anzuführen und sich für ein ambitioniertes Abkommen in Kopenhagen einzusetzen. Die Unternehmen verteidigen zwingende Klimaschutzziele auch für Schwellenländer, fordern, die Abholzungsrate auf Null zu reduzieren und den internationalen Emissionshandel in ein globales Klimaabkommen mit einzubeziehen. Auch dürfte der Regierung klar geworden sein, dass man in Kopenhagen nur etwas bewegen kann, wenn man selbst einen Trumpf im Ärmel hat. Dass sich der Umweltminister gegenüber dem Beharren des Itamaratys auf traditionellen Positionen und der Wachstumslogik des Präsidialamtes durchsetzen konnte, hat jedoch auch viel damit zu tun, dass der Präsidentschaftswahlkampf 2010 seine Schatten vorauswirft.

Mit dem Eintritt Marina Silvas, die kürzlich aus der Arbeiterpartei PT ausgetreten ist und nun für die Grüne Partei antritt, in den Präsidentschaftswahlkampf ist auch das Umweltthema auf der Wahlkampfabenda weiter nach oben gerückt. Die Regierung und mit ihr die Präsidentschaftskandidatin Rousseff sehen sich nun in der politischen Klemme zwischen zwei Favoriten der öffentlichen Meinung: Wachstum und Umwelt. Und bei Rousseff klafft bei letzterem eine große grüne Lücke. Beide Frauen sind in der Vergangenheit in der

Regierung bereits hart aneinander geraten, insbesondere als Rousseff noch Ministerin für Bergbau und Energie war und Silva die notwendigen Umweltlizenzen für neue Kraftwerke verweigerte. Für Rousseff ist Silva ein Hindernis beim Wachstum des Landes, für Silva ist Rousseff die Inkarnation einer kurzsichtigen, auf Kosten der Umwelt umgesetzten Wachstums-ideologie. Das Umfeld von Rousseff befürchtet, dass eine weitere Polarisierung der beiden ihrer Kandidatin schaden könnte: Hier die „Mutter“ des PAC, des Wachstumsbeschleunigungspaktes, in dessen Rahmen enorme Infrastrukturprojekte mit zum Teil erheblichen ökologischen Kosten umgesetzt werden. Dort eine Ikone des Waldschutzes und fast unangreifbare Bannerträgerin der brasilianischen Umweltbewegung. Lula und Dilma schienen in der letzten Zeit bemüht zu sein, das Bild der umweltpolitisch Unsensiblen zu zerstreuen. So durfte Dilma und nicht der Umweltminister die jüngsten Erfolge bei der Reduzierung der Abholzung verkünden, und beim PAC werden nun die unbestreitbar auch vorhandenen ökologischen Komponenten, wie Abwasserprojekte, stärker hervorgehoben. Kopenhagen, wo Rousseff nun die brasilianische Delegation anführt, ist deshalb eine willkommene Gelegenheit, die Kandidatin noch ein bisschen ins richtige – grüne – Licht zu rücken. So ist Brasiliens Vorschlag in der Klimapolitik nicht nur ein Vorstoß am Vorabend der Konferenz in Kopenhagen, sondern auch am Vorabend des Wahlkampfes.

Der brasilianische Vorschlag könnte dazu beitragen, dass sich der Ton in Kopenhagen ändert. Bleibt zu hoffen, dass er tatsächlich Ausdruck eines Umdenkens in der brasilianischen Umweltpolitik und nicht einem flüchtigen opportunistischen Moment geschuldet ist. ■

☞ Jochen Steinhilber ist Politikwissenschaftler und einer der beiden Leiter des Büros Brasilien der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung

von Horst Peter

Wer das Hauptdefizit der gegenwärtigen Weltordnung benennen sollte, findet schnell eine Antwort: das Prinzip der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit und das Demokratieprinzip spielen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Selbst das offensichtlich ungerechte Verhältnis zwischen Industrieländern, unterentwickelten Ländern und Schwellenländern wird im wissenschaftlichen und politischen Schönsprech verharmlosend als asymmetrisch bezeichnet. Der for-

Beispiel ist der Weltgipfel zur Ernährungssicherheit in Rom Mitte November: Eine Milliarde Menschen hungert. Was tut die Weltgemeinschaft, Deutschland mittendrin? Sie liberalisiert den Handel, öffnet die Märkte, untersagt Zollschränken. Wohl wissend, dass offene Handelsströme und subventionierte Nahrungsmittelimporte, forciert von einem global agierenden Agrobusiness, armen Ländern die Chancen entziehen, ihre eigene Landwirtschaft zu entwickeln und ihre Ernährung selbstbewusst zu organisieren. Das ist inzwischen selbst in einer Studie der Deutschen Bank angekommen und die versammelten Agrarminister wissen das auch. Der Weltgipfel zur Ernährungssicherheit gebär nicht mal eine Maus. Es hätte auch um Klimaschutz gehen müssen, denn Dürre hat etwas mit verschlechterten Chancen der Landwirtschaft zu tun, ge-

nauso sauberes Wasser und Biodiversität. Doch nicht mit Agrartechnik und Gentechnik für eine industrielle Landwirtschaft lässt sich die Welt umweltschonend ernähren sondern nur mit einer ökologisierten Landwirtschaft, wie es der Weltagrartrat 2008 festgestellt hat. Das Beispiel zeigt: Ökologische und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Ungerechtigkeitsfälle für die armen Länder verschärft sich noch, bezieht

man die Politik der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ein, die sich noch nicht vom neoliberalen Glaubenssatz des Washington Konsens gelöst haben, welcher vorgibt, der freie Kapitalverkehr und diesen sichernden Entwicklungsprogramme seien die Voraussetzung für die Überwindung der Armut in den unterentwickelten Ländern (vgl. Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, 2002). Man kann zu der Einsicht kommen, dass die Grund-



Foto: www.photocase.de, © designritter

mal dem Weltsicherheitsrat gleichgestellte Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) führt ein Mauerblümchendasein. Selbst die internationalen Organisationen und Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltagrar- und Ernährungsorganisation (FAO), sogar die Weltentwicklungsorganisation haben es schwer, die Gerechtigkeitsfrage zu thematisieren, wenn sie sich mit den Interessen der Industrieländer stößt. Jüngstes

formel der Dependenztheorie immer noch gilt, trotz der Interventionen der globalisierungskritischen Bewegung: Es gibt eine Interessensidentität zwischen den ökonomischen Eliten der Industrieländer und den unterentwickelten Ländern bei gleichzeitiger Interessendisparität der Bevölkerungsmehrheiten, da unser Wohlstand auf der Ausbeutung der Völker des Südens beruht (vgl. Dieter Senghaas, *Peripherer Kapitalismus*, 1974).

Ökologische und soziale, der Nachhaltigkeit verpflichtete Gerechtigkeit als eine die internationale Politik integrierende Strategie

Ökologische und soziale Gerechtigkeit kann nur weltweit zwischen den Völkern und auf die Zukunft bezogen, zwischen den jetzt lebenden und künftig lebenden Menschen begriffen, werden. Die Sicherung der Grundversorgung der Menschen mit Nahrung, Trinkwasser, sauberer Luft und gesunder Umwelt ist die Basis der physischen Existenz, sich den Lebensunterhalt selbst durch Arbeit verdienen zu können und die Basis der materiellen Existenz. Nachhaltigkeit als Politikprinzip hat das Ziel, dass unsere Kinder und Kindeskiner auch morgen noch etwas auf dem Teller haben und dass überhaupt erstmals alle Kinder dieser Welt etwas auf dem Teller haben können. So verstanden gibt ökologische und soziale Gerechtigkeit einer Politik für nachhaltige Entwicklung die Richtung vor. Statt des langläufigen Verständnisses einer ausgewogenen Verfolgung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele – „von jedem ein bisschen“ wie es Siegmair Gabriel auf dem Dresdener Parteitag der SPD kritisiert hat – also der ökologischen und sozialen Regulierung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses, geht es um eine dauerhafte und lebenswerte Welt, in der die Menschen anders und besser leben können. Dann ist die Interessendisparität der Menschen in armen und reichen Ländern aufhebbar. Ein wirksamer Lebensgrundlagenschutz bedarf weniger Ressourcen intensiver Lebensstile, da diese den Menschen in den armen Ländern

den Zugang zu den Grundbedürfnissen des Lebens schwerer machen.

Will man wirtschaftliche Stabilität bei wesentlich reduziertem Ressourcenverbrauch erreichen, muss sich sowohl der Norden als auch der Süden ändern, um die zentralen Nachhaltigkeitsregeln einzuhalten. Sie bedeuten im Lichte ökologischer und sozialer Gerechtigkeit, dass

- ▶ erneuerbare Rohstoffe nur unter Beachtung der Nachwachsrates genutzt werden (Regenerativenregel)
- ▶ nicht erneuerbare Rohstoffe sparsam bzw. unter Berücksichtigung ihrer Substituierbarkeit genutzt werden (Sparsamkeitsregel)
- ▶ die Assimilationsgrenzen des Naturhaushalts beachtet und Schädigungen des Klimas und der Biodiversität präventiv vermieden werden (Anpassungsregel)
- ▶ Gefahren und Risiken des Einsatzes von Großtechniken weitgehend vermieden werden (Vorsorgeregulierung)
- ▶ Eine elementare Existenzsicherung für alle einschließlich des Schutzes vor den großen Lebensrisiken und der Zugang zu elementarer Bildung erreicht wird (Reproduktionsregel)

Diese komplexen Zielsetzungen sind Herausforderungen für die internationale Politik. Sie bilden eine globale und zukunftsfähige Alternative zum krisenhaften, neoliberalen Weltmarktmodell (vgl. Felix Ekardt, *Das Prinzip Nachhaltigkeit*, München, 2005).

Lösungsansätze zu einer gerechten Weltordnung

Der Weg zu einer gerechten Weltordnung ist ein langer Weg, dem letztlich nur von der UN ein Schlusspunkt gesetzt werden kann.

Der Weg muss bereitet werden vom Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und den Menschen, deren alternativer Sachverstand einbezogen werden muss. Wir haben in den siebziger und achtziger Jahren mit der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt, der Palme- und der Brundtlandkommission historische Vorbilder.

Für die deutsche Diskussion nenne ich im Folgenden drei Denkanstöße:

Erstens hat der Leiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Harald Müller, unter dem Titel „Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? -Wege in eine nachhaltige Politik“ eine Analyse der Akteure und Institutionen im „nachhaltigen Weltregieren“ vorgenommen mit dem Ziel, Möglichkeiten der Kooperation zu finden. Er konzentriert sich auf die Kooperation der verschiedenen UN-Regime, nachdem er den Weg zu einer Weltregierung als unrealistisch und Global Governance als einen Weg unterstützende, aber nicht ersetzende Strategie abgehandelt hat. Es geht ihm um die UN selbst und ihre Teilorgane, die rechtlich genormten Programme und Konventionen und die formal selbstständigen Institutionen wie die Weltarbeitsorganisation (ILO), die Welthandelsorganisation (WTO) und die sogenannten Bretton Woods Organisationen Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank sowie die Vertragsregime ohne eigene Organisationsstruktur wie die Konvention zum Schutz des Klimas und die Konvention zum Schutz der Biodiversität und die Agenda 21 als Kinder der Weltum-

weltkonferenz von Rio de Janeiro. Die Herausforderung lautet: Wie können diese Regime zu einem Handeln in Richtung auf Nachhaltigkeit gebracht werden? Das heißt: Aufgaben und Arbeit aufeinander zu beziehen und die Struktur so anzulegen, dass die Menschen sich mit ihren Interessen wiederfinden und zugleich die drängenden Aufgaben erfüllt werden. Die Tagungen der G8- und G20-Regierungen sind dazu offensichtlich nicht in der Lage, aber auch die Globalisierungskritiker verharren meist in den Protesten zu den internationalen Politevents, weil ihr alternativer Sachverstand keinen Zugang zu den Entscheidungen findet. Es kommt Müller darauf an, die Institutionen der UN als Kern eines anzustrebenden inter-

nationalen Regimes zusammenzuführen, in dem völkerrechtliche, politische und organisatorische Aspekte integriert werden können. Sie bilden ein Geflecht von Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren zur Durchsetzung eines Mindestmaßes an Koordination und Kooperation und beziehen dabei nichtstaatliche Akteure wie Verbände der Arbeitnehmer und der Unterneh-

men und Nichtregierungsorganisationen ein. Die Schwierigkeiten dieses Weges liegen in den oft kontraproduktiven Wechselwirkungen zwischen der Erfüllung der Ziele des jeweiligen Regimes: Wie passt das Gerechtigkeitsziel der Entwicklungsorganisation und das Klimaschutzziel des Kyotoprotokolls zusammen? Wie wirkt das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels auf die armen Länder? Ist das Nachhaltigkeitsziel mit der von den Industrieländern dominierten Freihandels- und wachstumsorientierten Pra-



Foto: www.fotolia.com, © Alx

xis der WTO und des IWF vereinbar. Sind Forderungen des UN-Umweltprogramms nach ökologischen Mindeststandards oder der ILO nach sozialen Mindeststandard in Strukturprogramme der Weltbank integrierbar oder gilt immer noch die Logik des in Seattle am Widerstand der Betroffenen gescheiterten Multilateralen Abkommens über Investitionen, das vorsah, soziale und ökologische Normen der Länder zugunsten der Investitionen von Konzernen außer Kraft zu setzen? Da die Lösung solcher Widersprüche stets komplex ist, empfiehlt sich der Aufbau einer Infrastruktur, der es obliegt eine Risikofolgenabschätzung der jeweiligen Strategien auf die Ziele anderer UN-Organisationen vorzunehmen. Müller zielt auf Interessenausgleich zwischen den Institutionen ab und schlägt als höchste Instanz den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) vor. Die formal dem Weltsicherheitsrat gleichgestellte Institution könnte beim Aufbau einer gerechten Weltordnung als völkerrechtlich legitimierte Letztentscheidungsinstanz der Völker bei nicht ausgleichbaren Konflikten zwischen Wirtschafts- und Gerechtigkeitsinteressen führen.

Zweitens wurde bei einem Vortrag von Udo Ernst Simonis (Simonis, U.E: Warten auf Kopenhagen – Wie weiter mit der Klimapolitik?, 4.11.2009, Universität Kassel) im Rahmen einer Vortragsreihe zur Fortentwicklung internationaler Klimapolitik die Position diskutiert, zunächst die Integration sich berührender UN-Regime voranzutreiben. So stünden die UN-Konventionen zum Klimaschutz, zum Schutz der Biodiversität und zum Schutz vor schädlichen Stoffen und Chemikalien nebeneinander – in Beziehung zu diesem Auftrag stünden aber auch die Welternährungsorganisation und Entwicklungsorganisation. Es gelte, mögliche Synergieeffekte und mögliche negative Wechselwirkungen zu ermitteln und zu nutzen bzw. zu vermeiden. So müsse der Weltklimaschutzprozess die UN-Boden-, Wald- und Wasservertragswerke sowie den Aufbau einer Internationalen Erneuerbare Energienagentur (IRENA)

PapyRossa Verlag



Hermannus Pfeiffer (Hg.): Land in Sicht?

Die Krise, die Aussichten und die Linke; 217 Seiten; EUR 14,90

Georg Fülberth, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Herbert Schui, Manfred Sohn, Sahra Wagenknecht, Winfried Wolf, Karl Georg Zinn u.a. über Krisenursachen, konkrete Alternativen und weit über die Krise hinausweisende Perspektiven.



Werner Biermann / Arno Klönne: Ein Spiel ohne Grenzen

– Deutsche Wirtschaft, Politik und Weltmachtambitionen von 1871 bis heute; 293 S.; EUR 17,90

Nach zweifachem Scheitern schien in Deutschland der imperiale Traum ausgeträumt. Die Eliten schienen sich mit der Rolle einer Mittelmacht zu begnügen. Als sich 1990 neue Chancen auftaten, griffen sie jedoch dankbar zu.

Tel.: (02 21) 44 85 45; mail@papyrossa.de;
www.papyrossa.de

und einer Europäischen Erneuerbare Energien Gemeinschaft (ERENU) nach dem Vorbild der EURATOM einbeziehen. Ein wichtiger Entwicklungsschritt zu Klima- und Umweltgerechtigkeit könnte sein, das Weltumweltprogramm (UNEP) und das Weltentwicklungsprogramm zu einer Weltumwelt- und Entwicklungsorganisation zu integrieren und mit Handlungskompetenzen und Sanktionskompetenzen zu versehen. Hier müsste formal die WTO als Vorbild dienen.

Die ILO könnte Vorbild für die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure und Mobilisierung der Mitgliedsstaaten sein. Die inhaltliche Festlegung der Übereinkommen erfolgt in einem Dreibänkeverfahren: eine Gewerkschaftsbank, eine Wirtschaftsbank, eine staatliche Bank. Die Übereinkommen selbst bedürfen der Umsetzung in nationales Recht. Hier verbinden sich Denkweisen von Global Governance, Agenda 21 mit dem Prinzip der Legitimation durch Einzelstaaten. Es wird mehr Demokratie gewagt.

Drittens beziehe ich den Ansatz der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ zu einer der Nachhaltigkeit verpflichteten internationalen Politik ein. Die Studie wurde vom Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag des BUND, des Evangelischen Entwicklungsdienstes und Brot für die Welt formuliert (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Brot für die Welt/Evang. Entwicklungsdienst (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Bonn 2009). Sie setzt für die internationale Politik beim Kern des Problems an. Kapitel 18 lautet „Regeln ändern: Fairness im Welthandel“. Die Unterabschnitte lauten „Die Welthandelsorganisation neu erfinden“, „Bilaterale Abkommen partnerschaftlich aushandeln“, „Die Handelspolitik demokratisieren“. Insgesamt stellt das Wuppertalinstitut ein Konzept vor, das ein Gegenbild zu der immer noch vom radikalen Marktdenken durchdrungenen internationalen Handels- und Ent-

wicklungspolitik darstellt. Kerngedanke ist es, die ideologisch auf den Washington Konsens fixierte WTO-, IWF- und Weltbankpraxis durch ein der Nachhaltigkeit verpflichtetes Selbstverständnis abzulösen und alle Politikebenen sowie die Nichtregierungsorganisationen einzubinden. Der WTO-Ansatz ist strategisch begründet, da die WTO die stärkste Institution der globalen Politik ist. Sie hat eine starke demokratische Legitimation, da sie nach dem Prinzip „one country one vote“ organisiert ist. Sie ist mit Sanktionsmacht ausgestattet, da vor einem Schiedsgericht Verfahren gegen einzelne Mitgliedstaaten wegen Vertragsverletzungen geführt werden, die zu erheblichen Geldstrafen auch gegen Unternehmen führen können. Ihre Aufgabe ist es, den Ordnungsrahmen für die transnationale Ökonomie festzulegen. Allerdings steckt die WTO in einem krisenhaften Reformstau, seit sie 1999 auf der Tagung von Seattle gescheitert ist, mit dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) das Herzstück einer neoliberalen Weltordnung durchzusetzen: die internationale Investitionsfreiheit von Unternehmen unter massiver Einschränkung der Hoheitsrechte der „Gastgeber“staaten in ihrer Gesetzgebungskompetenz.

Seitdem sind die Tagungen der WTO vom Protest der Globalisierungskritiker begleitet und die ärmeren Mitgliedstaaten sind weniger erpressbar geworden. Die WTO selbst hat einen erheblichen Vertrauensverlust erlitten, insbesondere die Führungstriade USA, EU und Japan, die seit jeher den Welthandel mit zweierlei Maß bewerten: Sie fordern Freihandel mit den Ländern des Südens und beharren gleichzeitig auf Protektionismus und Subventionierung des eigenen Agrarbereichs. Das alles vor dem Hintergrund des neoliberalen Versprechens, durch Freihandel und Wirtschaftswachstum Armut zu verhindern sowie Entwicklungschancen und Wohlstand für alle zu fördern. Spätestens seit Seattle wissen die Menschen, dass mit der Strategie der Industriestaaten immense soziale und ökologische

Probleme verbunden sind. Die Ausbeutung lokaler Gemeinschaften und der natürlichen Umwelt wird in Kauf genommen.

Erst wenn die WTO diese Probleme lösen will und nachprüfbar aufhört, einer starren Freihandelsideologie zu folgen, könne sie wieder einen Konsens über ihren Nutzen für die Staatengemeinschaft erreichen und auf multilateraler Ebene Probleme lösen, die die Staaten nicht allein lösen können. Vor diesem Hintergrund schlägt das Wuppertalinstitut Prinzipien zur Reform der WTO vor:

- ▶ Menschenrechte vor Marktzugang
- ▶ Den Wettbewerb qualifizieren, indem Übereinkommen anderer UN-Regime in die Praxis der WTO einbezogen werden
- ▶ Den Ausgleich der Handelsbilanzen fördern und den Kapitalverkehr spekulationsunsicherer machen
- ▶ Schwache Staaten beim Aufbau ihrer Infrastruktur begünstigen (positive Diskriminierung)
- ▶ Monopol- und Kartellbildung verhindern
- ▶ Unterstützung bei der Aushandlung partnerschaftlicher bilateraler Abkommen, beispielsweise zur Nutzung erneuerbarer Energien oder zu fairem Handel

Kurzum: Es geht darum, Wirtschaft, Gerechtigkeit und Umwelt zusammenzudenken und die Handelspolitik zu demokratisieren. Die Folgelosigkeit unzähliger Initiativen aus Nord und Süd für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit als Grundlage für fairen Handel gründet in der Aussperrung der Betroffenen bei den Entscheidungsprozessen. Es fehlt bei der Handelspolitik in allen Ländern an Transparenz und an der Mitsprache der Parlamente und der Betroffenen.

Wie weiter?

Der Zeitpunkt zur Diskussion über eine grundsätzliche Reform der internationalen Politik ist günstig. Die Gleichzeitigkeit der von der verschwenderischen und zerstörerischen Wirtschaftsweise des globalisierten Kapitalismus verursachten Weltkrisen, der Klimakrise, der Umweltkrise, der Rohstoffkrise, der Hungerkrise, der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat dem neoliberalen Weltmarktmodell seine Glaubwürdigkeit der Wohlstandsmehrung genommen und seine Ideologie in die Defensive gedrängt. Den G8- und G20-Staaten wird die Lösung der Krisen nicht zugetraut, von Vielen sogar das Wollen abgesprochen. Viele sprechen gerade in Bezug auf die Kopenhagener Konferenz von der Gerechtigkeitslücke der Klima- und Umweltpolitik auch der UN. Gleichzeitig hat Obama bei vielen die Hoffnung auf eine neue Politik der USA geweckt und die UN aufgewertet. Viele Wissenschaftler, gerade der jungen Generation, entwickeln Zukunftsperspektiven. Es gibt offizielle Institutionen im UN- Zusammenhang, die die Welt neu denken: den IPCC und die Stiglitz-Kommission, um nur zwei zu nennen. Der Druck der GlobalisierungskritikerInnen, die inzwischen auch konkrete Alternativen formulieren, findet breitere Zustimmung. Eigentlich wäre die Zeit reif, nach einer Kommission für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung nach dem Vorbild der Nord-Südkommission Willy Brandts zu rufen, paritätisch vom Norden und Süden besetzt, unter Einbeziehung alternativen Sachverständigen und der Nichtregierungsorganisationen. Wieso nicht eine Al Gore-Kommission? ■

☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.

Aufbruch ins 21. Jahrhundert: Entwicklung neu denken

von Hans-Jürgen Burchardt

Die Welt ist im Umbruch. Dynamiken wie die internationale Finanzkrise, der globale Klimawandel oder das weltweite Aufrüsten stellen die Politik vor neue Aufgaben. Die Nord-Süd-Beziehungen gewinnen dabei an Bedeutung. Die globalen Ungleichheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern fordern den Norden zwar schon seit einiger Zeit über Bumerang-Effekte wie ökonomischer Wettbewerbsdruck, Migration, Lohndumping, die Bedrohung durch zerfallende Staaten oder Terrorismus heraus. Zusätzlich erweitern aufstrebende Staaten wie China, Indien oder Brasilien ihren ökonomischen und politischen Einfluss. Das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd wird gleichzeitig immer steiler: Heute hungern mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt – hauptsächlich handelt es sich hierbei um Kinder. All dies geschieht, obwohl die Weltbevölkerung immer reicher wird und seit langem genug Nahrung für alle vorhanden ist. Diese Entwicklungsasymmetrien – die lange im Schatten des Kalten Krieges standen – können bald zu einer zentralen Konfliktachse im Weltsystem zu werden.

Von der Trickle-down Wirtschaftsförderung zur Nachhaltigkeitsstrategie

An Bemühungen, in den letzten 60 Jahren Hunger und Armut weltweit zu bekämpfen, hat es nicht gefehlt. Dazu zählte ab den 1960er Jahren die internationale Wirtschaftsförderung, bei der im Sinne der Trickle-down-Theorie der wachsende Wohlstand der Reichen langsam nach unten durchtröpfeln sollte. Diese Strategie war wenig erfolgreich: sie begünstigte die Wohlhabenden, nicht aber die Habenichtse. Dann folgte die Grundbedürfnisstrategie, die die Ärmsten der Armen direkt erreichen sollte. Einer ihrer wichtigsten Protagonisten, der damalige Weltbankpräsi-

dent Robert McNamara soll rückblickend einmal gesagt haben, dass jene Politik mehr Opfer forderte als der Vietnamkrieg, den er vorher als US-Verteidigungsminister mit zu verantworten hatte. In den 1980er Jahren schließlich wandte man sich unter dem Paradigma des Neoliberalismus marktradikalen Ansätzen zu, die in vielen Ländern zu einem sozialen Kahlschlag führten und als verlorene Entwicklungsdekade in die Geschichte eingingen.

Schließlich folgten das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die vor allem die extreme Armut bis zum Jahr 2015 halbieren wollen. Zwar sind seither auch in einigen Bereichen Fortschritte zu verzeichnen, doch eins ist mittlerweile klar: Die Millenniumsziele werden bis 2015 nicht umgesetzt! Der aktuelle Umgang mit der globalen Finanzkrise demonstriert dies deutlich: Die Krise hat eine historische Chance geboten, eine entwicklungsfördernde Weltfinanzarchitektur einzurichten und damit das Millenniumsziel Acht, den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, auf den Weg zu bringen. Stattdessen wurde aus Krise kaum gelernt und die Kräfte, die selbst die Industrienationen an den Rand der Katastrophe brachten, sind bereits wieder ohne hinreichende Einhegung am Wirken. Auch das kaum vorhandene Interesse der politischen Eliten des Nordens am letzten Welternährungsgipfel in Rom im November 2009 unterstreicht, dass dem Ziel einer globalen Reduzierung von Hunger und Armut in der Weltpolitik keine vorrangige Bedeutung mehr eingeräumt wird.

Scheinbar ist in der Entwicklungszusammenarbeit eine deutliche Neuorientierung nötig. Als erstes sollte dazu der Begriff, der bis heute die Nord-Süd-Beziehungen am stärk-

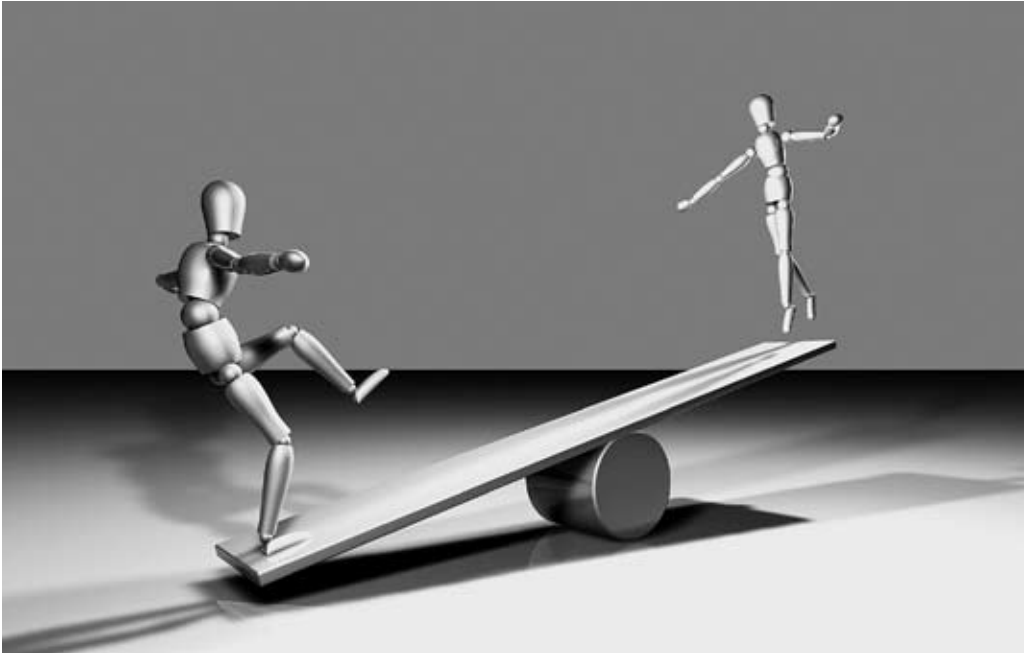


Foto: www.fotolia.com, © Spectral-Design

ten prägt, selbst einer kritischen Prüfung unterzogen werden: Es geht um Entwicklung. Was wird darunter verstanden? Entwicklung wird meistens als ein individualtheoretisch fundiertes und als universell angenommenes Verständnis von gesellschaftlichem Wandel als lineare Evolution eingesetzt, welche primär am Erreichen eines abstrakten, in die Zukunft projizierten und an europäischen Erfahrungen gemessenen Telos interessiert ist. Der Begriff Entwicklung zeichnet sich somit durch zwei Dimensionen aus.

Die erste Dimension ist ein Verständnis von Entwicklung als evolutionärer linearer Prozess, bei der gesellschaftlicher Wandel immer als zeitliche Abfolge des Vergangenen, des Gegenwärtigen und des Zukünftigen begriffen wird und der nur zu dem Endziel der westlichen Moderne führen kann. Es gibt kein simultanes Nebeneinander, sondern nur ein striktes Nacheinander.

Alle Phänomene der so genannten „Dritten Welt“ werden dann auf einer Zeitachse immer

als Mangel, Fortschritt oder Rückschritt klassifiziert, bzw. als Tradition, Vormoderne oder Moderne verstanden. Dass der alles dominierende Bezugs- und Endpunkt unsere westliche Moderne ist, führt schon die Semantik vor: Die Referenz von Dritter ist die Erste Welt, die der Peripherie das Zentrum und die der Unterentwicklung die Entwicklung. Entwicklung steht darum für den Universalismus einer sich in Facetten abweichenden, aber doch regelmäßig wiederholenden Menschheitsgeschichte. Eine unendliche, aber immer gleich endende Geschichte – bisher ohne happy end.

Die zweite Dimension ist ein aus der europäischen Aufklärung erwachsendes und vom Liberalismus tief durchdrungenes Menschenbild, welches den Einzelnen hauptsächlich als rational agierenden Nutzen-, beziehungsweise Freiheitsmaximierer versteht. Der Westen hat dafür den Kulturbegriff des Individuums gefunden. Wissenschaft und Politik freut dieser Begriff, deshalb pflegen und hätscheln sie ihn, denn er verspricht Berechenbarkeit und Verlässlichkeit des eigentlich Unberechen-

baren, des Menschen. Es sind in diesem Verständnis dann immer Individuen, die primär Institutionen als auch Entwicklung prägen. Für den „entwickelten“ Einzelnen sind Affekte für seine Handlungen sowie soziale Kollektive wie Schicht oder Ethnie zur Identitätssuche und -findung nachrangig. Margaret Thatchers Postulat „Eine Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur Individuen“, illustriert dieses Bild anschaulich. Und falls die Affektkontrolle doch versagt, wird der Einzelne nicht als anders, sondern als „unzivilisiert“ oder „unterentwickelt“ klassifiziert.

Grenzen des westlichen Demokratiexports

Ein solches spezifisches Verständnis von Entwicklung hatte und hat bis heute konkrete und drastische Auswirkungen auf die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Dies lässt sich exemplarisch anhand der weltweiten Entwicklung von Demokratie darstellen: Hier hat es seit drei Dekaden – unter anderem beschleunigt durch den Mauerfall – weltweit eine deutliche Zunahme demokratischer Regime gegeben, eine Entwicklung, die gelegentlich auch als „dritte Welle der Demokratisierung“ beschrieben wird. Das gültige Leitbild ist hierbei das der liberal-repräsentativen Demokratie, die auf dem Primat der Freiheit des rational-utilitaristisch handelnden Individuums sowie der politisch-rechtlichen Gleichheit beruht, wonach dann das Freiheitsstreben des Einzelnen die Freiheit aller befördert.

Zusätzlich gehört es mittlerweile zum entwicklungspolitischen Allgemeinut, dass Armut nicht nur oder sogar weniger über Ressourcenmangel zu begründen ist, sondern vielmehr im direkten Zusammenhang mit der Gewährung und Verweigerung von Partizipation steht. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurden und werden bis heute weltweit beachtliche Ressourcen bereitgestellt und Bemühungen unternommen, um über internationale Politiktransfers wie Good Governance die Demokratie außerhalb der Industrienationen zu befördern. Die eingesetzten Instrumente

und Kenntnisse verfeinerten sich hierbei beachtlich: So kann uns die US Agency for International Development heute z.B. vorrechnen, dass man mit vierzig Millionen US-Dollar pro Land Freiheit und Demokratie im Durchschnitt um einen Prozentpunkt verbessern kann.

Bekanntermaßen stoßen die Ziele des Demokratieexports in einigen Ländern nicht nur auf Zustimmung. Auch prinzipiell sind diese Politiktransfers mit Skepsis zu bewerten: Die vor kurzem stattgefundene Wahlfarce in Afghanistan demonstrierte die doppelte Ohnmacht der Wähler und der internationalen Förderer. Nach verschiedenen Indizes befindet sich die Demokratie seit 2005 auch weltweit wieder auf dem Rückzug. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass gerade Länder, die bereits über entfaltete Demokratien verfügten, wie z.B. Venezuela oder Bolivien, jetzt andere Wege der politischen Repräsentation verfolgen.

Hier scheint das Entwicklungsverständnis einer linearen Evolution nicht mehr zu greifen. Auch Begriffe wie Defekte oder roll back sind im Grunde hilflos, da die genannten Regime zentrale Spielregeln wie z.B. Wahlen nicht aus Kraft gesetzt haben.

Insofern scheint sich nicht die Demokratie als solches, sondern vielmehr unser westliches Leitbild von Demokratie in der Krise zu befinden. In Lateinamerika wird dies sehr offensichtlich: Die liberale Demokratie scheint dort Mitbestimmung eher zu behindern als zu befördern, denn trotz politischer Freiheit und Gleichheit hat sich das Versprechen auf mehr gesellschaftliche Teilhabe für alle nicht erfüllt. Auch nach drei Dekaden stabiler Demokratie ist nicht die soziale Gerechtigkeit, sondern vielmehr die soziale Ungleichheit gewachsen; die soziale Frage wurde zunehmend virulent und führte zu politischen Erdrutschen. Auf der Grundlage solcher Befunde scheint es durchaus legitim, über andere Formen der Demokratie nachzudenken – und mit diesen zu experimentieren.

Den Entwicklungsbegriff neu denken: Freiheit durch Gleichheit

So wäre ein Verständnis von Demokratie als eine politische Verfassung möglich, die ihren Bürgerinnen und Bürgern zusammen mit politisch-legaler Gleichheit auch sozialen Einschluss zu gewährleisten hat, um neben der Formalgeltung der freiheitssichernden Grundrechte auch das Recht auf deren Realwirkung für alle Menschen zu garantieren. Nicht Freiheit gewährt dann Gleichheit, wie es die liberale Theorie verspricht, sondern Gleichheit garantiert Freiheit. Konkrete Umsetzungsformen wären hier die materielle Förderung und intellektuelle Stärkung von Milieus und Gemeinschaften schwacher Interessen – die in den Ländern des Südens bekanntermaßen sehr breit gestreut sind – wie z.B. von Gewerkschaften, Bauernverbände, ethnischen Gruppen, Frauenorganisationen etc.

Um Missverständnisse zu vermeiden: es geht um mehr Respekt gegenüber lokalen Partizipationsformen von z.B. indigenen oder religiösen Bewegungen, aber nicht um ihre Verklärung. Gerade Erfahrungen mit Ideen der partizipativen oder direkten Demokratie oder von Governance im Süden zeigen, dass ressourcenintensivere Partizipationsformen besonders schwächere Beteiligte überfordern oder gar benachteiligen und das vermeintliche Mehr an Demokratie nur zu einem Mehr an exklusiven Privilegien führen kann. Statt also Gefahr zu laufen, über die Akzeptanz von lokalen Partikularismen – die nicht selten selbst unter dem Label der Demokratie laufen – antidemokratische Herrschaftsmuster zu akzeptieren, sind gewisse Errungenschaften der liberalen Demokratie zu verteidigen. Ebenso sind auch antiliberalen Versuche zurückzuweisen, die die gezogenen Grenzen zwischen dem Öffentlichen und Privaten völlig auflösen wollen. Denn diese Grenzen sind mit Blick auf die autoritären Erfahrungen des Nationalsozialismus, dem osteuropäischen

Staatssozialismus, aber auch vieler Militärdiktaturen in der Dritten Welt als unbedingt unterstützenswert.

Den Entwicklungsbegriff von Demokratie neu denken heißt stattdessen, die von der liberalen Theorie getroffenen Demarkationslinien nicht als universell anzusehen, sondern sie regelmäßig und kontextuell neu zu bestimmen. Die Formel Freiheit durch Gleichheit tut genau dies: Es fordert zum Beispiel eine Ausweitung der Partizipation auf die wirtschaftliche bzw. auf die betriebliche Sphäre, da private unternehmerische Entscheidungen immer auch gesellschaftliche Auswirkungen haben. Diese Ausdehnung ist auch auf andere Teilbereiche übertragbar; sie kann Frauenrechte ebenso umfassen wie die von indigenen Bevölkerungsteilen.

Allein an diesem Beispiel wird deutlich, dass wir ein neues Entwicklungsverständnis brauchen, wenn wir das Entwicklungsgefälle der Nord-Süd-Beziehungen abbauen wollen. Das Habermas'sche Postulat, dass am europäischen Wesen die Welt genesen wird, ist ebenso aufzugeben wie die Erklärungen des Funktionalismus oder des Strukturalismus, die uns erklären, dass die Gesellschaften im Süden entweder primär an fehlender Differenzierung oder an der Abhängigkeit vom Weltmarkt leiden. Nötig sind vielmehr stärkere empirische Annäherung an den Süden. Denn über zahlreiche Phänomene der Nicht-OECD liegt bis heute nur begrenztes Wissen vor.

Für nicht wenige Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind bereits aufgrund der mangelnden Datenlage generelle Aussagen über gesellschaftliche Entwicklungen oder politischen Wandel nur partiell möglich. Dies beginnt schon bei der Kennzeichnung dieser Länder: Peripherie: Was ist randständig – die Slums von Washington und Paris oder die Zentren von Mexiko City und Johannesburg? Dritte Welt: Wo ist die Zweite geblieben? Länder des Südens: Liegt Tschetschenien nicht im Osten? Es gilt also, neue Zugänge zu den Ländern

Sammelband erschienen:

Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft

– Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III

2009 jährt sich zum 40. Mal die Einführung aktiver Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes. Mit der Einführung des AFG 1969 wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland nicht nur als Instrument des Marktausgleichs kodifiziert, sondern diese als ein „emanzipatorisches Projekt“ in den sozialpolitischen Kontext der Bundesrepublik eingeführt. Seitdem hat sie – in mehreren Etappen – einen tief greifenden Gestaltwandel erfahren. Nicht zuletzt mit der Neuordnung von Sozialgesetzbuch II und III (Hartz-Reformen) haben sich dabei nicht nur Maßnahmen, sondern auch Ansprüche und Ziele der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland gewandelt.

Ziel des Bandes ist es, diesen Wandel aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten: Welche Rolle hat die Arbeitsförderung in der sozialen Marktwirtschaft? Und welche sollte sie zukünftig haben? In 24 Kapiteln bietet dieser Band eine Analyse der Grundprinzipien der deutschen Arbeitsmarktpolitik, analysiert die einzelnen Teilbereiche unter dem Aspekt einer veränderten Grundlogik, hinterfragt die veränderten Steuerungslogiken und die Rolle der beteiligten Akteure und thematisiert Herausforderungen, auf die die Arbeitsmarktpolitik zukünftig reagieren muss. Dabei leistet der Band einen interdisziplinären Überblick über die bundesdeutsche (aktive) Arbeitsmarktpolitik, der bislang in der deutschen arbeitsmarktpolitischen Literatur fehlt. Adressat dieses Bandes ist daher vor allem ein breites interessiertes Publikum (Studierende, Lehrende, WissenschaftlerInnen aber auch arbeitsmarktpolitisch Interessierte).

Bothfeld, Silke/Sesselmeier, Werner/Bogedan, Claudia (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft - Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III, VS-Verlag, Wiesbaden 2009.

des Südens und den Nord-Süd-Beziehungen zu entwickeln. Denn statt die Welt neu zu erklären, muss sie erst einmal neu verstanden werden.

Akzeptieren des Andersseins

– vom Universalismus zum Pluriversum

Dazu sind als erstes die beiden vorgestellten Dimensionen des bisherigen Entwicklungsverständnisses aufzubrechen. Der linearen Zeitachse des evolutionären Universalismus ist eine geografische und soziokulturelle Ortsbestimmung hinzuzufügen, und zwar als relationaler Bezug, der Zeit und Ort verknüpft und den Blick auf parallel existierende Partikularismen und deren Beziehungen freimacht. Statt Universalismus sollte der pluralistische Charakter der Welt ernst genommen werden. Ein Aufbruch ins Pluriversum ist das Gebot der Stunde, der Unterschiede nicht als Abweichung und Defizit bewertet, sondern als Andersheit respektiert. Eine erste Übung in diese Richtung ist die seit längerem bekannte Forderung, „Europa zu provinzialisieren“, also mit der teleologischen Interpretation zu brechen, die das Auftreten des europäischen Staates als einen ununterbrochenen Prozess der Modernisierung begreift, der über Säkularisierung und Rationalisierung einer Art natürlichem Impetus gehorcht.

Der zweiten Dimension, dem Konzept des aufgeklärten Individuums, ist die Erkenntnis hinzuzufügen, dass der Einzelne – übrigens auch im Westen - dazu neigt, sich über Kollektive zu identifizieren, sich in diesen zu organisieren und sein Handeln an ihnen zu orientieren. Anders formuliert: Die Konstituierung des politischen Handelns sollte nicht nur über einen auf Nutzen- oder Freiheitsmaximierung ausgelegten Individualismus verstanden werden, sondern gleichzeitig als Form der auch affektgeleiteten Identitätssuche, bei der Individuen sich in einer kollektiven Identität wieder erkennen wollen, die ihnen eine aufwertende Vorstellung von sich selbst anbietet. Um dies an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen:

Die in Ländern des Südens auftretenden populistischen Massenbewegungen wie Nationalismus oder religiöser Fundamentalismus sind aus westlicher Sicht nur als archaisch oder vor-modern zu verstehen, als ein temporäres Erstarken der Tradition gegenüber der Moderne. Aus der Perspektive eines anderen Akteursverständnisses handelt es sich hingegen um sehr zeitgemäße Ausdrucksformen der Identitätsfindung in einer mit universellem Anspruch angetretenen Moderne, die andersartige Identitäten in ihrer Entfaltung behindert beziehungsweise blockiert. Aus einem solchen Blickwinkel ergeben sich für die Zusammenarbeit mit dem Süden ganz neue Optionen.

Ein Königsweg zu mehr Verständigung zwischen Nord und Süd ist auch hier mehr direkte Kommunikation. Dies betrifft nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft. So wird Forschung meistens nur über, aber kaum mit der Dritten Welt betrieben: Drei Viertel der weltweiten Forschung findet heute in den OECD-Kernländer statt, auch die wenigen gemeinsamen Forschungsprojekte werden fast immer vom Norden initiiert und geleitet; den Sütteilnehmer/innen kommt dabei oft nur die Aufgabe der empirischen Erhebung zu. Zusätzlich kontrolliert der Norden über 90 Prozent der globalen Internetnutzung sowie die Mehrzahl der wissenschaftlichen Zeitschriften- und Buchproduktionen. Die Forscher aus dem Süden sehen sich somit einer doppelten Benachteiligung ausgesetzt: Zum einen durch die Kontrolle der wissenschaftlichen Produktion durch den Norden. Und zum anderen durch erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen aufgrund eines nicht selten erschwerten Lebensalltags. Eine Neujustierung der internationalen Wissensproduktion, die auf einer Forschung mit den Ländern des Südens basiert, gehört damit zu den zentralen Aufgaben für einen Abbau der Nord-Süd-Gefälle.

Aber eine intensivere Beschäftigung mit den Ländern des Südens bringt uns nicht nur diesen selbst näher; gleichzeitig können auch

für uns neue Kenntnisse gewonnen werden. Anstatt sich also weiter im eurozentristischen Koordinatenkreuz zu bewegen, lohnt es sich für die Gesellschaftswissenschaften, die sich mehrenden Signale auf eine für Methoden und Theorien heranreifende Zäsur zu erkennen und diese produktiv zu nutzen. Die neue Welt darf nicht mehr wie bisher nach bewährten Mustern pedantisch vermessen und beflissen in alte Schubladen eingeordnet werden, um weiter der Illusion einer Domestizierung des Unbekannten aufzusitzen. Statt die multipolare Weltordnung argwöhnisch zu beäugen, sollte ihr mit mehr Empathie und Neugier begegnet werden. Die europäischen Gesellschaftswissenschaften könnten sich beim neuen Entdecken der Welt auch selbst neu erfinden – und der Gefahr enttrinnen, sich schon bald zu verlieren. ■



Foto: www.fotolia.com, © JNTVisual

☞ Dr. Hans-Jürgen Burchardt ist Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel. Der Beitrag stellt einige Thesen aus dem von ihm neu herausgegebenen Buch „Die Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik“, Campus-Verlag, 2009, vor. Kontakt: www.international.uni-kassel.de

Internationale Politik im Vorfeld von Kopenhagen, Stichwort International Governance

von Heidemarie Wieczorek-Zeul

1. Die Herausforderung

Im Grundsatzprogramm der SPD – dem Hamburger Programm von 2007 – haben wir festgehalten, dass wir für eine Politik kämpfen, die im eigenen Land, in Europa und weltweit eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert. Wir haben auch dort formuliert, was inzwischen mehr gilt als je zuvor und immer wieder betont werden muss: „Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte die existenziellen Probleme nur noch gemeinsam lösen. Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen.“ Die große historische Aufgabe ist: Den globalen Kapitalismus zu bändigen, sozial, ökologisch und politisch. Sonst setzen sich ungesteuerte Marktkräfte über die Interessen von Menschen und die Demokratie hinweg.

Entfesselte Finanzmärkte widersprechen jeder Vorstellung von nachhaltiger und langfristig ausgerichteter Wirtschaft. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern wird größer, wie es dramatische Zahlen illustrieren. 40 Prozent der Menschheit leben in armen Ländern, ihr Anteil am Welthandel beträgt aber nur ein Prozent. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verdient ebensoviel wie die ärmsten 57 Prozent. Manche Menschen sind heute reicher als manche Staaten: Der Besitz der 15 reichsten Menschen der Welt ist höher als das Bruttoinlandsprodukt aller afrikanischen Staaten südlich der Sahara, außer Südafrika.

Spätestens jetzt gilt es, Wege zu finden, die tatsächliche Lösungen sind, es geht um gemeinsame Lösungen, um globale Regeln und weltweite Übereinkommen. Finanzkrise, Klimakrise und Hungerkrisen können nur durch

global gerechte Übereinkommen überwunden werden. Wir brauchen neue Regeln für die Weltfinanzmärkte, die einen verlässlichen Ordnungsrahmen für die weltweiten Märkte sichern und mit globalen Regeln dem Kasino-Kapitalismus entgegenwirken. Nur, wenn wir Steueroasen austrocknen, Kapitalflucht verhindern und Transparenz auf den Finanzmärkten schaffen, können wir Globalisierung gerecht gestalten. Es ist die Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass der ungezügelte Markt nicht die Handlungsfähigkeit der Politik gefährdet und dass die Umwelt nicht länger ausgebeutet wird. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Löhne und Arbeitsbedingungen nicht hier bei uns schlechter, sondern weltweit besser werden. Es liegt in unserer Verantwortung, dass Not und Hunger nicht weiter zunehmen und dass Globalisierungsgewinne nicht bei kleinen reichen Minderheiten hängen bleiben.

Globalisierung ist erst dann gerecht, wenn sie armen Menschen hilft, sich aus ihrem Elend zu befreien.

2. Globale Folgen der Finanzkrise

Die Krise trifft Menschen, die mit Worten wie Wall Street, Neoliberalismus, zweitklassigen Hypothekenkrediten oder Subprime Crisis nichts verbinden. Die Krise trifft Menschen, die viel eher „Leistungsträger“ zu nennen sind, als Aufsichtsratsvorsitzende und Banker, weil sie – insbesondere die Frauen – Unglaubliches leisten, um ihre Kinder auch nur zu ernähren, gesund zu halten und auszubilden.

Es ist und bleibt der große Skandal des Jahrhunderts: was die reiche Minderheit der Welt im Sinne des Marktradikalismus eingebracht



hat, muss von den Millionen hungrigen Menschen ausgebadet werden! Die Ernährungs-, Finanz-, und Wirtschaftskrisen gefährden die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und drohen bereits mehr als 100 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut zurückzuwerfen. Darum wiederhole ich bewusst: Die Finanzmarktkrise ist ein Kapitalverbrechen!

Ohne, dass die Entwicklungsländer diese Krise verursacht haben, sind sie also unmittelbar und existentiell von ihr bedroht. Die Langzeitfolgen dieses Systemversagens sind dabei genauso empörend. Für Kinder steht kein Schulgeld mehr zur Verfügung – und ohne Bildung droht auch der nächsten Generation Armut.

3. Für eine globale Gestaltung und Neuordnung

Neu ist es nicht, aber die Gefahr ist so groß, dass sie immer wieder betont werden muss. Die extremen sozialen Ungleichgewichte bedrohen den Frieden. Es ist daher die dringliche Aufgabe der Politik, die Kräfte des Marktes gerade auch in den Dienst der armen Menschen zu stellen. Entwicklungspolitik muss weiter als Politik für gerechte, globale Strukturen stark gemacht

werden. Ohne, dass arme Menschen weltweit mehr Rechte und mehr Chancen für ein Leben in Würde erhalten, wird es keine friedliche Globalisierung geben – auch nicht in den reichen Ländern. Die 8 Millenniumsentwicklungsziele sind die Orientierungsmaßstäbe zur gerechten Gestaltung der Globalisierung. Sie sollen bis 2015 verwirklicht sein. Schon heute muss aber die globale Diskussion über die globalen Entwicklungsziele nach 2015 bereits beginnen. Zur globalen Gestaltung braucht es die Zusammenar-

beit aller, die der Demokratie verpflichtet sind: Fortschrittliche Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, soziale und wirtschaftliche Unternehmen.

Ein Beispiel für massiv aggressives Verhalten der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern sind die Agrar-Exportsubventionen. Diese Agrarexportsubventionen der Industrieländer untergraben Lebensgrundlagen in Entwicklungsländern. So sind die Baumwollbauern in Westafrika in ihrer Existenz bedroht, weil die Subventionierung US-amerikanischer Bauern den Weltmarkt ruiniert.

4. Globalisierung politisch gestalten

Wir brauchen einen Weltwirtschafts- und Sozialrat unter dem Dach der UN. Dieser muss repräsentativ und handlungsfähig sein und Weltbank, IWF und WTO einschließen. Ein „Global Economic Coordinating Council“ soll Lösungen für globale wirtschaftliche Probleme auch mit Blick auf soziale und ökologische Dimensionen beraten. Dieser Council sollte von einem Expertenteam – einem „Panel of Experts“ – unterstützt werden, welches die systemischen kurz- und langfristigen Risiken der globalen Wirtschaft analysieren soll.

Die SPD hat auch dazu in ihrem Hamburger Programm bereits eindeutige Forderungen aufgestellt, so heißt es dort: „Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen. Alle Regionen und die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat hochrangig vertreten sein.“

Es ist wichtig, dass die Vereinten Nationen auch weiterhin gestärkt werden. Die G20 sind nur ein erster Schritt, denn ganz Afrika ist mit seiner einen Milliarde Menschen darin nicht vertreten! Ein Ansatz, der 172 Länder außen vor lässt, ist in einer globalisierten Welt gelinde gesagt ungenügend. Die internationalen Finanzinstitutionen können ihre Legitimität langfristig nur dann wahren, wenn Entwicklungsländer besser repräsentiert sind. Die Teilhabe der Entwicklungsländer ist vor allem in der Bereitstellung von global public goods wie im Kernbereich des Klimaschutzes und auch der Stabilität der Finanzmärkte unverzichtbar! Zukünftig sollte die Weltbank im Bereich der Entwicklungsfinanzierung die globale Rolle spielen; der IWF sollte die Kontrolle der Einhaltung global vereinbarter Finanzregeln erhalten, aber dabei auch „große“ Mitgliedsländer rügen können. Bisher hatte er sich zumindest gegenüber den USA zurückgehalten. Insgesamt gilt also, dass wir internationale Organisationen für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen stärken und ihre Vernetzung unterstützen müssen.

Eine der Hauptaufgaben für einen solchen Weltwirtschaftsrat ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die Regeln der Welthandelsorganisation Sozialstandards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen müssen. Wie eine aktuelle Studie der ILO und der Welthandelsorganisation zeigt, steigt der Anteil der

Niedriglohnjobs ohne soziale Absicherung weiter. Heute liegt er in Asien bei 30 Prozent und in Afrika teilweise bei 80 Prozent. Bemühungen um menschenwürdige Arbeit wie die ILO-Kernarbeitsnormen und „decent work worldwide“ dürfen nicht nachlassen, dafür muss ein globaler Weltwirtschaftsrat eintreten.

Weiterhin leben vier von fünf Menschen auf dieser Welt ohne jegliche soziale Sicherung. Mehr als 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Wir brauchen also dringend einen Ausbau sozialer Sicherungssysteme wie beispielsweise durch einen Aufbau von Krankenversicherungssystemen. Das kann funktionieren: In Ruanda war noch vor wenigen Jahren niemand gegen Krankheit versichert. Heute haben 70 Prozent der Bevölkerung eine Krankenversicherung. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt zur Armutsbekämpfung sind auch Mikrokredite. Mikrokredite geben sozial Schwachen Lebensperspektiven – ganz besonders den Frauen.

Soziale Regeln in der Globalisierung – das ist es, was gerade nach der Finanzkrise in den Entwicklungsländern am meisten nachgefragt wird. Dabei beziehen sie sich immer wieder auf die sozial-staatlichen Errungenschaften der europäischen Länder. Dass der kalte US-Marktradikalismus vor Obama nicht zukunftsfähig ist, leuchtet jedem in den Entwicklungsländern ein. Die Stiglitz-Kommission, der ich angehört habe, hatte vor einigen Monaten einen „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“ gefordert, der ähnlich dem Weltklimarat die Welt aufrütteln sollte. Er könnte eine Vorstufe zu einem UN-Weltwirtschaftsrat sein, er könnte aber auch Zuarbeit für diesen leisten. Der Bericht der Stiglitz-Kommission wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. Juni 2009 in New York in vielen Punkten aufgenommen, unter anderem auch die Forderung nach einem „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“. Dieses Gremium soll systemische Fehlentwicklungen erkennen und

künftige Krisen verhindern helfen. Es hat sich gezeigt, dass eine falsche makroökonomische Politik zum Ausbruch der Krise beigetragen hat. In einem solchen Panel, das Experten aus den verschiedensten Regionen und Fachbereichen der Welt vereint und aus dieser Vielseitigkeit seine Stärke gewinnt, muss der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft gefördert werden.

5. Wir brauchen neue Regeln für die Finanzmärkte!

Wir brauchen neue Regeln, die für nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften sorgen, mehr Transparenz, eine neue Balance von Markt und Staat und eine starke Finanzaufsicht.

Und vor allem: wir brauchen eine Besteuerung der Finanztransaktionen – eine Internationale Finanztransaktionssteuer. Ihre Finanzmittel sollten zum Ausgleich für die entstandenen schweren Schäden durch die Finanzmarktkrise eingesetzt werden.

Es ist gut, dass die SPD beschlossen hat, für den Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission zu den Ursachen und Folgen der Finanzkrise zu fordern. Diese soll auch die Auswirkungen der sinkenden Lohnquote sowie der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf das Entstehen der Finanzkrise untersuchen und Gegenstrategien entwickeln.

Die Stiglitz-Kommission, in der ich engagiert mitgearbeitet habe, hat den Vorschlag gemacht, eine neue globale Reservewährung ins Auge zu fassen, als Konsequenz aus der Dominanz des US-Dollars und seinen dramatischen Krisenauswirkungen auf die Weltwirtschaftsentwicklungen. Der Vorschlag einer solchen globalen Reservewährung wurde bereits 1944 bei der Entstehung des Bretton-Woods-Instituts von John Maynard Keynes gemacht, fand aber keine politische Mehrheit. Er gewinnt heute an besonderer Bedeutung, da die Schwellenländer daran ein höheres Interesse gewonnen haben. Die neue globale Reservewährung

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €

Jahresabo: 45,00 €

Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

Frauensachen

Alle sind dafür! Wo liegt also das Problem? – Alice Schwarzer und der Gender Gap **Susanne Bauermann** | Frauenerwerbsarbeit und kommunistische Frauenpolitik | **Raja Bernard** | Erfahrungen aus der Frauenpolitik der DKP **Marianne Konze** | Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus **Gisela Notz** | Und es gibt ihn doch! Erklärungen zum marxistischen Feminismus **Heike Friauf** | Klasse und Geschlecht als Dimensionen kapitalistischer Herrschaft **Thomas Lühr** | Weibliche Kultur? **Jane Zahn** | Die Scheinheiligen und der unheilige Frauenstolz derer aus der DDR **Maxi Wartelsteiner** | Frauen und Mädchen in faschistischen Organisationen **Bettina Jürgensen**

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

könnte auf einem ausgeweiteten Ansatz der Sonderziehungsrechte aufbauen.

6. Globalisierung ökologisch gestalten

Im Zuge der Finanzkrise und der Weltwirtschaftskrise ist – gerade unter der neuen schwarz-gelben Regierung – die Gefahr, dass eine andere Krise unterschätzt wird, groß. Die Klimakrise rückt in den Schlagzeilen in den Hintergrund, während Auswirkungen und Gefahren weiter zunehmen. Klima und Entwicklung gehören weltweit unmittelbar zusammen.

Der weltweite Energiebedarf wird bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent steigen – über 70 Prozent dieses Zuwachses wird in den Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Es wäre für das Weltklima fatal, wenn dieser zusätzliche Bedarf über Öl, Gas und Kohle gedeckt würde – ein Klimakollaps wäre über kurz oder lang die logische Folge. Wir brauchen dringend eine Energiewende. Insbesondere die ärmsten Länder müssen endlich einen Zugang zu nachhaltiger Energie bekommen. Bis heute fehlt mehr als zwei Milliarden Menschen der Zugang zu sauberer, moderner Energie.

Wir wissen, dass die Entwicklungsländer am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und doch werden sie am meisten davon betroffen sein. 2000 bis 2004 waren rund 262 Millionen Menschen von klimabedingten Katastrophen betroffen. Von ihnen leben über 98 Prozent in Entwicklungsländern. Deshalb sind völkerrechtlich bindende Vereinbarungen zur CO₂-Reduktion zwingend notwendig. Deshalb müssen die Entwicklungsländer massive finanzielle Unterstützung beim Zugang zu erneuerbarer Energie und bei Anpassungsmaßnahmen erhalten.

Was können wir tun? Wir können die Verstärkung von CO₂-Verschmutzungsrechten weiter für Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz einsetzen. Mit dem Instrument des Emissionshandels ist Deutsch-

land weltweit Vorreiter. Gerade mit Blick auf Kopenhagen sage ich: Wir müssen dieses Instrument weiter ausbauen!

Außerdem: Atomenergie ist keine Option für die Zukunft! Atomenergie produziert hochgiftigen Nuklearabfall, der eine permanente Gefährdung für Menschen, Umwelt und Sicherheit über einen Zeitraum von vielen tausend Jahren darstellt. Wenn die Energiearmut von 2 Milliarden Menschen weltweit beseitigt werden soll, dann wäre die Förderung von Atomenergie mit weltweit zusätzlichen 800 Atomkraftwerken notwendig. Daraus wird schon der fatale Irrweg deutlich: Massive Proliferationsgefahr ist dabei nur ein Beispiel!

Klimaschutz geht nicht ohne Entwicklung – und Entwicklung ist nicht ohne Klimaschutz möglich – denn nur, wenn wir diese Abhängigkeit verstehen, können wir eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Dabei müssen wir die ärmsten Länder weiter darin unterstützen, den Ausbau ihrer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien zu leisten!

Nicht trotz, sondern wegen der Finanzkrise erweist sich Armutsbekämpfung als günstigste und sicherste Investition in unsere Zukunft. Die Wahrscheinlichkeit einer globalen Unordnung ist größer denn je. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, global gerechte Strukturen zu schaffen – wann wird es uns dann jemals gelingen? Zurecht hat Willy Brandt schon gesagt: „Auch wir können nicht in Frieden leben, wenn es Regionen in der Welt gibt, die in tiefster Armut leben.“

Ich will nicht, dass unsere Generation in die Geschichte eingeht als eine Generation, die zwar den Finanzsektor retten konnte, aber nicht die Kraft und den Willen aufbrachte, die Welt vor Hunger, Armut, Klimawandel und massenhaftem Sterben zu retten. ■

☞ Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Mitglied des Deutschen Bundestages und war 1998-2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Kinderspiel Kapitalismus: Rückbau Ost

von Tom Strohschneider

Liebe Brüder und Schwestern, bald haben wir es überstanden. 20 Jahre sind genug. Ehrlich gesagt fühlten wir uns ja schon die ganze Zeit wie ein heillos zerstrittenes Ehepaar, das auf Familienfesten immer so tun musste, als hänge der Haussegen noch im Lot. Von wegen zusammengehören! Diese überheizten Plattenbauten. Dieses ständige Besserwissen. Und dann wurde die Sache auch noch viel teurer als gedacht.

Inzwischen haben viele den historischen Irrtum natürlich erkannt. Im Prenzlauer Berg hängt die ganze Wahrheit seit Wochen an den Hauswänden: „Wir sind ein Volk. Und ihr seid ein anderes.“ Auch die Regierung bereitet sich auf die endgültige Teilung Deutschlands vor. Vorsichtshalber wurden keine Minister aus dem Osten berufen. Vorausschauende Kaderarbeit nennt man das. Falls es schon früher als geplant zur Wiederzertrennung kommen sollte, müssen dann nicht erst umständlich die Posten neu besetzt werden. Und im Verkehrsministerium gilt schon heute die Parole „Aufbau West“.

Nun hat allerdings die jugoslawische Erfahrung gelehrt, dass der sicherste Weg der Staatenzerteilung über die politische Zoologie verläuft. Das Stichwort lautet: die Ostdeutschen als „eigene Ethnie“.

Vor allem Jörg Schönbohm hat sich mit seinen Feldstudien in Brandenburg Verdienste erworben. Die Entdeckung des CDU-Altstars: Die Menschen in den „fünf neuen Ländern“ lassen sich an „weit verbreiteter Stillosigkeit - im Umgang wie in der Kleidung“ erkennen. Dass der Ex-Innenminister der „kleinen DDR“ damit unverbesserliche Nostalgiker auf den Plan gerufen hat, die die vergangenen 20 Jahre verklären, muss nicht weiter beunruhigen. Schönbohms deutsch-deutsche Ethnologie wirkt sicher nach-



Foto: www.photocase.de, © mathias the dread

haltiger als der dröge Charme jeder staatsbürgerkundlichen Jubiläumsfeier.

Man kann die Erfolge schon sehen. Einer der Adepten des Generals heißt Ulrich Clauß und verbreitet sich in der Welt. Der Homo ossiensis, erfährt man dort, steht am liebsten in „Menschentrauben rund um die Trinkhallen“. Und hat sich trotz all der schönen Transferzahlungen und politischen Bildungsanstrengungen als „eine ganze deformierte Generation“ entpuppt.

Was tun? Eine freiheitlich demokratische Grundordnung ist mit solchen Gestalten nicht zu haben. Der „Geist der DDR“ — für Clauß ist das eine Art Massendefekt, der an das „Stockholm-Syndrom bei Geiselnahmen erinnert“. Nun weiß man zwar nicht mehr ganz genau, wer im Herbst 1989 wen in seine Gewalt gebracht hat. Aber eines kann man doch ausschließen: dass es seitdem übermäßige Probleme mit allzu großer Solidarität der einen mit der anderen Seite gegeben hat.

Wie man es auch wendet: Der Rückbau Ost ist nur noch eine Frage der Zeit. Und wer daran zweifelt, der soll an Merkels Wahlkampf erinnert werden. Die Hamburgerin (!) ist bestimmt nicht ohne Grund in Adenauers Rheingold-Express durch die nur notdürftig vereinte Republik gezuckelt. Hatte „der Alte“ damals nicht sehr erfolgreich nach dem Motto gehandelt, lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb? Na also. Wahnsinn! ■

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Wochenzeitung Der Freitag.

Agrarexporte und Entwicklungsländer

von Arne Heise

Im Jahre 1996 fand ein UN-Welternährungsgipfel in Rom statt, in dessen Schlussresolution die Teilnehmer-Staaten sich zum Ziel setzten, die Anzahl der hungernden Menschen – damals etwa 800 Mio. – bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Dieses Ziel ist später als Bestandteil der „Millenniums- Entwicklungsziele“ der UNO auf der Generalversammlung am 18. September 2000 noch einmal bekräftigt worden. Die jüngste Neuauflage des Welternährungsgipfels im November 2009 hat nicht viel mehr gebracht, als die 1996 beschlossenen Ziele ein weiteres Mal zu bestärken. Allerdings ist vor dem Hintergrund eines massiven Anstiegs der Unterernährung auf mittlerweile etwa 1 Mrd. Menschen (vgl. Tab. 1) die Zielerreichung fast illusorisch geworden. Besonders betroffen sind natürlich die Entwicklungsländer, in denen – wie in der Demokratischen Republik Kongo – der Anteil der unterernährten Bevölkerung auf bis zu 75 Prozent angestiegen ist. Aber auch in Transformationsländern wie Usbekistan schnellte der Anteil der hungernden Menschen dramatisch empor (vgl. Tab.1).

Die Hintergründe dieser besorgniserregenden Entwicklung sind selbstverständlich vielfältig. Insbesondere die unzureichende wirtschaftliche Entwicklung in vielen Entwicklungsländern und deren hohe und zunehmende Einkommensungleichheit führen zu Armut und Unterernährung. Neben zahlreichen hausgemachten Problemen spielt aber auch die unzureichende Integration vieler Entwicklungsländer in die globalisierte Weltwirtschaft eine Rolle: Aufgrund fehlender technologischer Potentiale, Qualifikationen und mangelnder Infrastruktur, aber auch durchaus im Einklang mit der herrschenden Außenwirtschaftstheorie produzieren viele Entwicklungsländer bis heute überwiegend arbeitsintensiv Agrarprodukte

und exportieren auch vornehmlich landwirtschaftliche Güter und Rohstoffe. Damit werden sie in starkem Maße abhängig von der Aufnahmebereitschaft (Marktzugang) der entwickelten Länder, der Entwicklung der relativen Preise agrarischer Produkte zu industriellen Produkten („Terms-of-Trade“) und der Preisentwicklung von Agrarprodukten auf den Weltmärkten.

Der Preisanstieg von Agrarprodukten in der letzten Dekade (vgl. Tab. 3) scheint damit zwar den Entwicklungsländern grundsätzlich zugute zu kommen, doch sind vor allem die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries; LDC) nicht nur Ex-, sondern sogar insgesamt Netto-Importeure von Agrarprodukten (Tab. 2) – d.h. sie importieren gar mehr landwirtschaftliche Produkte als sie exportieren können. Damit kommen zwei Entwicklungen zusammen, die die Ernährungslage in vielen Entwicklungsländern während des teilweise spekulativ bedingten Anstiegs der Weltlebensmittelpreise verschlechtert, nicht verbessert haben: Der Anstieg der Weltmarktpreise führte zu einer Konzentration auf die Förderung jener Agrarprodukte, die nicht für den heimischen Markt, sondern für den Export produziert werden. Gleichzeitig haben sich die Preise der benötigten Agrarimporte und damit das Handelsdefizit (Agrarexporte minus Agrarimporte) erhöht.

Die Lage der Entwicklungsländer hat sich noch dadurch verschlechtert, dass dem Anstieg der Weltmarktpreise der eigenen Exportgüter ein noch höherer Preisanstieg der Importgüter (Industriegüter plus Rohstoffe) gegenüberstand, sich also die Terms-of-Trade verschlechterten (vgl. Tab. 3).

Schließlich muss noch erwähnt werden, dass der Handel mit Agrarprodukten – insbesondere nach dem bisherigen Scheitern der Doha-Verhandlungsrunde der World Trade Organisation (WTO) – weiterhin die höchsten tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse aller Gütergruppen aufweist: Vor allem die mächtige Landwirtschafts- und Farmlobby der USA, aber

Tabelle 1: Entwicklung des Hungers (Anzahl der unterernährten Menschen in Mio.)

	1990/92	1995/97	2000/02	2004/06	2009
Entwickelte Länder	19,1	21,4	18,7	15,2	15,0
Entwicklungsländer	826,2	803,5	838,1	857,7	1.005,0
Weltweit	845,3	824,9	856,8	872,9	1.020,0
Ausgewählte Länder – Anteil der unterernährten Menschen an der Gesamtbevölkerung in Prozent					
Nord Korea	21	31	34	32	1,5*
Usbekistan	5	5	17	13	2,8*
Demo. Rep. Kongo	29	57	70	75	2,6*

Quelle: FAO – The State of Food Insecurity in the World 2009, Rome 2009; * Faktor des Anstiegs 1990/92 – 2004/06

Tabelle 2: Brutto-Exporte, Brutto-Importe und Netto-Importüberschüsse an Agrargütern als Prozent des BIP (im Jahre 2007)

	Brutto-Exporte	Brutto-Importe	Netto-Import-überschüsse
Entwickelte Länder	1,1	1,2	0,1
Entwicklungsländer	1,6	1,5	-0,1
LDC	1,5	3,7	2,2
Sub-Sahara Afrika ohne Südafrika	1,4	3,3	1,9

Quelle: UNCTAD – Trade and Development Report 2008, Genf 2008

Tabelle 3: Weltmarktpreise für verschiedene Warengruppen; Veränderungen in Prozent

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2002 – 2008
Alle Güter	0,8	8,1	19,9	11,7	30,4	12,9	23,8	164,0
Agrargüter	2,9	4,1	13,2	6,3	16,3	13,3	39,2	129,8
Ölprodukte	2,0	15,8	30,7	41,3	20,4	10,7	36,4	288,9
Mineralien, Metalle	-2,7	12,4	40,7	26,2	60,3	12,8	6,2	283,0

Quelle: UNCTAD – Trade and Development Report 2009, Genf 2009

auch Frankreichs haben bisher eine effektive Liberalisierung der Agrarmärkte – und das impliziert in erster Linie einen freieren Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten des entwickelten Nordens – verhindert.

Vor diesem Hintergrund muss die Enttäuschung über das Schluss-Communiqué des Welternährungsgipfels verstanden werden: Es werden keinerlei konkreten Wege aufgezeigt, wie die – vornehmlichen – Agrarexporte der Entwicklungsländer in die entwickelten Länder erhöht oder die Importe aus den entwickelten Ländern – z.B. durch Aufgabe der Agrarexportsubventionierung – und damit das Handelsdefizit der Entwicklungsländer reduziert werden könnte. Es sind auch keine Zusagen für konkrete, kurzfristige Hilfsmaßnahmen für den

hungernden Teil der Bevölkerung gemacht worden. Und das grundsätzlich begrüßungswerte Bekenntnis zu investiven „Vor Ort-Hilfen“ in den Ausbau und die Effizienzsteigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsländern statt der allgemeinen Finanzhilfen oder direkten Nahrungsmittelspenden aus den entwickelten Ländern wird ohne konkrete Zusagen wertlos bleiben. Selbst die Inaussichtstellung solcher Mittel in Höhe von 20 Mrd. Dollar pro Jahr durch die G-8-Staaten Mitte des Jahres wurde nicht mehr erneuert. Der Generalsekretär der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) Jacques Diouf hält hingegen einen definitiven Betrag von mindestens 40 Mrd. Dollar für notwendig. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Betreuungsgeld – die Mär von der Wahlfreiheit

von Katharina Oerder

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sieht vor, Eltern, die ihre Kinder nicht in staatlich geförderte Kindereinrichtungen geben und somit die öffentlichen Kassen schonen, ein Betreuungsgeld von 150 Euro monatlich auszuzahlen.

Kritik hagelt es dabei nicht nur von SPD, Grünen und Teilen der Linkspartei, sondern auch aus den eigenen Reihen. Die Berliner CDU zum Beispiel warnt vor einer pauschalen Einführung des Betreuungsgeldes. Die Situation von großen Städten sei mit der auf dem Lande nicht zu vergleichen, lässt sich Fraktionssprecher Michael Thiedemann im Berliner Tagesspiegel zitieren. Letztlich solle es Ländersache sein, auf welche Form der Unterstützung man sich einigt. Die stellvertretende FDP-Vorsitzende Cornelia Pieper nannte das Betreuungsgeld sogar einen „bildungspolitischen Rückschritt“. Auch Familienministerin Ursula von der Leyen hält die so genannte „Herdprämie“ noch nicht für rund. Kein Wunder, konterkariert das Betreuungsgeld doch zahlreiche ihrer bisher recht fortschrittlichen eingeführten Maßnahmen innerhalb der Familienpolitik.

Aber nicht nur heute, bereits 2007, als das Thema „Betreuungsgeld“ erstmals aufkam, waren CDU und CSU nicht gleich einer Meinung. Zunächst waren es vor allem Männer in der CSU, die das Betreuungsgeld auch gegen den Willen des eigenen Frauenverbandes durchsetzen wollten. Erst nach kontroverser Debatte nahm die CDU das Betreuungsgeld Ende 2007 in ihr Grundsatzprogramm auf.

„Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro [...] eingeführt werden.“ heißt es auf Seite 68 des Koalitionsvertrags

von CDU, CSU und FDP, der passenderweise „Wachstum – Bildung – Zusammenhalt“ heißt. Von einer bildungspolitischen Maßnahme ist das umstrittene Betreuungsgeld jedoch weit entfernt. „Wahlfreiheit“ ist auch hier wieder das Stichwort. Die „Wahlfreiheit“, Kinder zu Hause zu erziehen oder arbeiten zu gehen.

Wer hierbei jedoch von Wahlfreiheit spricht übersieht zwei gewichtige Punkte, die für das Erreichen von echter Wahlfreiheit entscheidend sind.

Erstens ist von echter Wahlfreiheit nur zu sprechen, wenn beide Alternativen auch in gleichem Maße zur Verfügung stehen. Das ist im Falle von externer versus häuslicher Betreuung mit Nichten der Fall. Nur für jedes fünfte Kind steht ein Betreuungsplatz zur Verfügung, im Westen Deutschlands sind es im Durchschnitt sogar noch weniger. Eltern können sich auf lange Wartelisten einrichten und selbst wenn der für 2013 geplante Ausbau der „Unter Drei Betreuung“ auf 35 Prozent abgeschlossen werden konnte, wird nur für jedes Dritte Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Eine echte Alternative steht für junge Väter oder Mütter jedoch erst zur Verfügung, wenn die Betreuungsmöglichkeiten eines Kindes unter drei Jahren weder von der Region, noch vom Geldbeutel der Eltern oder von Hilfe durch Verwandte abhängen.

Als zweiter wichtiger Punkt ist die Gleichheit der beiden zu wählenden Alternativen zu nennen. Von Wahlfreiheit zwischen zwei Möglichkeiten kann erst dann gesprochen werden, wenn die Folgen beider zur Verfügung stehender Möglichkeiten weitestgehend gleich sind. Im Falle des Betreuungsgeldes lassen sich für Väter, Mütter und Kinder jedoch sehr unterschiedliche Auswirkungen benennen.

Frauen bietet das gebotene Betreuungsgeld einen (kleinen) Anreiz, die häusliche Pflege ihrer Kinder zu übernehmen, und nicht auf Kita oder Tagesmütter zurück zugreifen. Damit unterstützt das Elterngeld tradierte Rollenbilder und das Alleinverdienermodell. Vor den Folgen einer solchen Entscheidung, nicht ins Erwerbsleben zurückzukehren, warnen Experten seit Jahren. Sie führen zu geringeren finanziellen Möglichkeiten, Abhängigkeit von der Unterhaltszahlung des Vaters sowie drohender Armut im Alter. Die Erwerbstätigkeit von Frauen, gerade den gut ausgebildeten jungen Frauen, zu erhöhen, ist jedoch ein Ziel, dass sich auch die Kanzlerin auf die Fahnen geschrieben hat. International lassen sich überall dieselben Effekte feststellen: sobald vermehrt Kindertagesstätten und Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen, lässt sich auch eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen verzeichnen.

Die Entscheidung für eine Erwerbstätigkeit bringt für die Mütter eine eigene, bessere finanzielle Absicherung und eine Chance zur Selbstverwirklichung (Stiegler & Oerder, 2007). Denn nicht nur die üblichen Risiken wie Altersarmut und Abhängigkeit vom Partner steht Frauen be-

vor, die sich von der Erwerbsarbeit verabschieden. Die große Koalition hat mittels der Veränderungen im Unterhaltsrecht ein weiteres, schwerwiegendes Argument für die Erwerbstätigkeit von Frauen hinzugefügt. Die durch Brigitte Zypries angestoßenen Veränderungen sehen vor, dass nach einer Scheidung jeder Partner für sich selbst zu sorgen hat. Nur Kinder werden weiterhin mit Unterhaltszahlungen bedacht. Der geschiedene Partner, der bislang zu Hause blieb, in den meisten Fällen die Frau, kann nicht mehr mit Unterstützung rechnen, sondern soll wieder einen Beruf ausüben.

Wer nun gerade unter diesen Veränderten Bedingungen von einer freien Wahl zwischen zwei völlig gleichwertigen Alternativen spricht, verhöhnt die Realität und mindert die Zukunftschancen von Frauen und Kindern.

Auch für Väter eines kleinen Kindes ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten. Sie können das Kind in eine Krippe geben, es selbst zu Hause betreuen oder von der Mutter des Kindes betreuen lassen. Die Betreuung eines Kindes selbst zu übernehmen und die eigene Erwerbsbiographie zu unterbrechen ist für Männer nur in den seltensten Fällen

eine Option, da Männer heutzutage immer noch im Schnitt 23 Prozent mehr verdienen als Frauen. Ein Kind jedoch von seiner Partnerin zu Hause betreuen zu lassen hat für einen Mann durchaus Vorteile. Die Hausfrau und Mutter wird ganz selbstverständlich die notwendigen „Reproduktionsarbeiten“ wie einkaufen und Wäsche waschen nicht nur für sich und das Kind sondern für ihren Partner mit erledigen.



Foto: Christian Kiel

Die „patriarchale Dividende“, nach Connell der Vorteil, den Männer alleine aufgrund der Tatsache dass sie Männer sind haben, erhöht sich dadurch. Des Weiteren ist zu bedenken, dass Männer mit Hilfe des Betreuungsgeldes die Unterhaltspflicht für Mutter und Kind staatlich verringern können.

Für die Kinder selbst ergeben sich ebenfalls unterschiedlichste Auswirkungen, je nach dem, ob sie zu Hause, oder mit anderen Kindern in einer Tageseinrichtung betreut werden. In Kinderkrippen können Kleinkinder optimal gefördert werden. Bildungsangebote in der Vorschulzeit entscheiden weitgehend über den späteren Schulabschluss eines jungen Menschen (Büchel, 1997). Förderung ist besonders für Kinder aus bildungsfernen Schichten und für Kinder mit Migrationshintergrund wichtig. Bei ihnen gibt es den größten Zusammenhang zwischen Frühförderung und späterer Schullaufbahn (Becker, 2006). Bereits mit wenigen Monaten zeigen Kinder das Bedürfnis nach sozialen Kontakten, das in einer Kita erfüllt werden kann. Auch die finanzielle Lage von Kindern ist von Bedeutung. Kinderarmut ist immer wieder und vor allem in größeren Städten ein wichtiges Thema. Kinder sind jedoch vor allem dann arm, wenn ihre Eltern es sind. Das Betreuungsgeld erhöht zwar kurzfristig den finanziellen Spielraum einer Familie, langfristig wird dieser jedoch durch fehlende Erwerbstätigkeit und fehlende Förderung immer geringer. Die finanzielle Lage wirkt sich jedoch auch in einem weiteren Sinne auf die Kinder aus. Ist eine Familie materiell abgesichert, ist auch eine emotionale Stabilität aller Familienangehörigen leichter zu erreichen. Die Bindung zwischen Kind und Eltern wird vor allem über ihre Stabilität, nicht über die Länge der im gleichen Raum verbrachten Zeit definiert.

Das Betreuungsgeld soll die Attraktivität der privaten Fürsorge- und Pflegearbeit erhöhen und diese Leistungen wertschätzen und würdigen. Dabei ist dies keine wirkliche Bezahlung der Arbeit, denn diese wird weder geregelt

noch gemessen. Diese vermeintliche Aufwertung der privaten Betreuungsarbeit durch ein „Taschengeld“ von 150 Euro monatlich für einen „Arbeitstag“ von nicht selten 20 Stunden käme also eher einer Abwertung der geleisteten Arbeit nahe. Anstatt eines dürftigen Taschengeldes um tradierte Rollenverhältnisse festzuzurren, ist das Primat der Erwerbsarbeit für Frauen wie für Männer entscheidend, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Dabei ist es wichtig klar zu stellen, dass bestimmte Teile der Hausarbeit immer in privater Hand bleiben werden (müssen). Diese sind jedoch weder geschlechtsspezifisch zuzuweisen noch als solche zu bezahlen.

Bei dem Versuch „Elternarbeit“ zu würdigen wird des Weiteren übersehen, dass der Staat die familiäre Erziehungsarbeit mit Instrumenten wie dem Ehegattensplitting oder kostenloser Mitversicherung von Ehegatten längst in Milliardenhöhe jährlich finanziert.

Die Einführung eines Betreuungsgeldes alimientiert tradierte Rollen- und Geschlechterverhältnisse, anstatt sie zu überwinden. Diese tradierten Rollenverhältnisse müssen aufgebrochen werden. Objektförderung statt Subjektförderung ist hier das Stichwort. Nur eine entsprechende soziale Infrastruktur kann allen Beteiligten gerecht werden. Den Müttern, den Vätern und den Kindern. ■

☞ Katharina Oerder ist Psychologin und arbeitet an der Universität Bonn sowie in einer Betriebsräte-Beratung. Sie ist Vorsitzende der Jusos Bonn und Mitglied des Juso-Landesvorstandes NRW.

Literatur:

- Stiegler, B., Oerder, K. (2007): Taschengeld für Mutter oder Krippenplatz fürs Kind? Eine Genderanalyse zum Betreuungsgeld. WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05040.pdf>
- Dassler, S. (27. 10. 2009): Scharfe Kritik am Betreuungsgeld. Berliner Tagesspiegel. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Landespolitik-Betreuungsgeld;art124,2933731>
- Büchel, F., Spielf, K. & Wagner, G. (1997): Bildungseffekte Vorschulischer Kinderbetreuung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, 3, 528-539.
- Becker, R., Trempel, P. (2006): Auswirkungen vorschulischer Kinderbetreuung auf die Bildungschancen von Migrantenkindern. Soziale Welt, 57, 4, 397-418.
- Connell, R. (1999): Der gemachte Mann. Opladen: Leske und Buderich.

Renaissance des Reformismus

Pierluigi Bersani und die sozialdemokratische Neuorientierung der Demokratischen Partei

von Christina Ujma

Während europaweit Sozialdemokratie und progressive Kräfte schwächeln, zeigen die verschiedenen Bestandteile der italienische Linken ihre Stärke auf den Piazzas und Straßen des Landes. Mit der Mobilisierungsfähigkeit und der Vielfältigkeit der italienischen Linken kann in Westeuropa gegenwärtig keiner mithalten. Das hat sich auch im heißen Herbst 2009 gezeigt, in dem kaum eine Woche ohne Großdemonstration gegen die Regierung Berlusconi verging. Die Protestintensität war so stark, dass es schwer fiel, noch freie Wochenenden für die verschiedenen Proteste zu finden, denn seit Anfang Oktober haben jedes Wochenende Hunderttausende für die Pressefreiheit, gegen Ausländerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Bildungsabbau, gegen die Verarmung des Südens und Sozialabbau demonstriert. Die Linksgewerkschaft CGIL, die die meisten dieser Kundgebungen mitorganisierte, hat daneben auch noch zahlreiche Streiks und Kundgebungen gegen die Aushöhlung gewerkschaftlicher Rechte und den Abbau des Flächentarifvertrages organisiert.

Pierluigi Bersanis Rückkehr zur Sozialdemokratie

Das wichtigste parteipolitische Ereignis dieses Herbstes war aber unbestreitbar die Wahl des neuen PD Vorsitzenden Pierluigi Bersani. Auch hier spielte die Piazza eine wichtige Rolle, denn am 25. Oktober standen über 3 Millionen ItalienerInnen auf italienischen Plätzen Schlange, um ihre Stimme in den Primaries der PD abzugeben. Diese Vorwahlen, bei denen alle wahlberechtigt waren, die sich als UnterstützerInnen der Demokratischen Partei betrachteten, gewann Bersani eben so eindeutig, wie die Urwahl der Mitglieder der Partei. Es ging bei

diesem langwierigen Prozess nicht nur um Personen, sondern mindestens genauso stark um Inhalte. Alle drei Kandidaten, der Interimsvorsitzende Dario Franceschini, der Außenseiter Ignazio Marino, und eben Bersani selber, kandidierten mit wohlausgearbeiteten inhaltlichen Plattformen, die monatelang Gegenstand der Diskussionen der PD und ihres Umfelds waren. Auch hier zeigte sich noch einmal, dass die Kommunikation der Partei mit ihren UnterstützerInnen funktioniert, denn Hunderttausende beteiligten sich an den Wahlkampfveranstaltungen in ganz Italien und am Ende gab es sogar noch ein Fernsehduell der drei Kandi-



Foto: www.fotolia.com, © daniel mauch

daten. Bersani konnte landesweit mit seiner dezidierten Rückkehr zu traditionellen sozialdemokratischen Themen überzeugen. Für ihn steht das Thema Arbeit im Mittelpunkt, hier vor allem der Kampf gegen die vielen prekären und unterbezahlten Arbeitsverhältnisse. Bersani plädiert leidenschaftlich dagegen, Italien vor allem als Wirtschaftsstandort zu begreifen, in dem es um Profitmaximierung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen geht, wobei er besonders auf die niedrigen Frauenlöhne und die prekären Arbeitsverhältnisse der jungen ArbeitnehmerInnen abzielt. „Wenn die Arbeit ihre Würde verliert, dann wird auch die Demokratie geschwächt.“, sagt er. Dagegen setzt Bersani ein klar reformistisches Programm, das sich gegen die Marktgläubigkeit in Stellung bringt und auf die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte setzt. Sowohl bei Bersani als auch bei seinem Kontrahenten Franceschini findet sich eine Renaissance der alten sozialdemokratischen Forderung nach Gleichheit. Dies bezieht sich nicht nur aufs Arbeitsleben, sondern auch auf gleiche Rechte für Männer und Frauen. Zusätzlich wird noch eine umfassende soziale Absicherung für ArbeitnehmerInnen und besonders für Frauen propagiert, um sie aus der Abhängigkeit vom männlichen Ernährer zu befreien. Diese Maßnahmen, die gar nicht bescheiden als Kopernikanische Wende in der Arbeits- und Sozialpolitik beschrieben werden, beinhalten natürlich die mittlerweile in Europa üblichen Forderungen nach einem Mindestlohn und einer Reform des Bildungswesens. Besonderes Augenmerk liegt auch auf der Verbesserung der staatlichen Infrastruktur in Süditalien, die bewirken soll, dass der Süden nicht weiter verarmt und abgehängt wird. Der Kampf gegen Korruption und Mafia spielen ebenso eine Rolle wie ein kräftiges Bekenntnis zu einer ökologischen Politik.

Auf dem Weg zur Kopernikanischen Wende

In Europa ziemlich einmalig ist die Rolle, die die Themen Gleichheit und Arbeit in Bersanis Programm spielen. Bei dieser program-

matischen Wende kann er sich durchaus auf prominente Gewährsleute berufen, nicht zuletzt der Philosoph und Micro Mega Herausgeber hat in einem vieldiskutierten Aufsatz mit dem Titel „Die DNA der Sozialdemokratie“ festgestellt, dass die große Schwäche der Schröder-Blair Strömung der europäischen Sozialdemokratie die Vernachlässigung des Themas Gleichheit gewesen sei, das elementare Bestandteil der DNA der Sozialdemokratie ist (Il Manifesto, 28.10.2009). Mit Blick auf die deutschen und die englischen Genossen stellt der Vordenker der linksbürgerlichen Opposition Italiens fest, dass Hilfskonstruktionen wie Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit oder Zugangsgerechtigkeit, die an die Stelle des alten sozialdemokratischen Kernbegriffs traten, wenig Überzeugungskraft erlangten und an ihrer Umsetzung auch nicht wirklich gearbeitet wurde. Aber ohne Gleichheits- und Gerechtigkeitsforderungen würde die Sozialdemokratie teilweise ihre Existenzberechtigung verlieren, so D’Arcais weiter.

Zumindest programmatisch hat Pierluigi Bersani eindeutige Konsequenzen aus dem Debakel der europäischen Sozialdemokratie gezogen. Weniger deutlich als mit diesem Programm kann man sich wohl nicht von der Schröder-Blair Linie verabschieden, der Bersani im Februar 2009 zurückgetretener Vorgänger Walter Veltroni bedingt zuneigte. Dies ist immerhin ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Kopernikanischen Wende. Mit seinem reformistischen Programm, das die PD quasi in eine Partei der Arbeit verwandelt, hat er für einige innerparteiliche Unruhen gesorgt, denn damit hat er den Charakter der Partei nicht unwesentlich verändert. Die wurde nämlich im Oktober 2007 als Fusion aus der postkommunistische DS und der linkskatholischen Margherita gegründet. Dieser Zusammenschluss, der auch der von Giddens stammenden Maxime folgte, dass die alten arbeiterbewegten Politikformen und die traditionellen Milieus obsolet seien, sollte nun alle progressiven Kräfte in einer Art postsozialdemokratischen Partei

vereinen, die zumindest in der Vorstellung des Gründungsvorsitzenden Walter Veltroni eher den amerikanischen Demokraten als der alten PCI oder den sozialistischen Parteien Europas ähneln sollte. Das hat der starke sozialdemokratische Flügel um Ex-Parteichef Massimo D'Alema von Anfang an zu verhindern gewusst, aber das Resultat dieser Fusion war bestenfalls eine ziemlich entsozialdemokratisierte Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen zusammen mit ihren kleinen Partnern 37 Prozent erreichte, was als gravierende Niederlage betrachtet wurde. In dieser Wahl, wie auch in den folgenden regionalen Wahlen wurde deutlich, dass genau jene, von denen man meinte, es gebe sie nicht mehr oder sie würden keine Rolle mehr spielen, der PD in Scharen davon liefen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind vielfach zu den Parteien aus Berlusconi's Bündnis übergegangen, die jungen Arbeitslo-

sen und die Prekären gehen teilweise gar nicht mehr wählen. Insofern hat Bersani mit seiner programmatischen Wende auch die Notbremse gezogen, was ihm der christdemokratische Parteiflügel nach einigem Grummeln mehrheitlich verziehen hat, zumal er mit der christdemokratischen Sozialpolitikerin Rosy Bindi als Präsidentin der Partei und Bersanis unterlegenem Kontrahenten Dario Franceschini an der Spitze der Fraktion personell großzügig entschädigt wurde.

Von Facebook auf die Piazza

Die Ernennung Franceschinis zum Fraktionsvorsitzenden zeigt bereits, dass Bersanis Prioritäten nicht in der parlamentarischen Politik liegen. Sein Ziel ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, dabei hat er nicht nur die anderen progressiven Parteien im Visier, sondern auch

Der Durchblick im Dschungel der Sicherheitspolitik



„... eine Gesamtschau auf den sicherheitspolitischen Aktivismus der letzten Jahre, die beklemmend ist.“ (dpa)

„Ein wertvoller, ja beinahe unentbehrlicher Beitrag zur Diskussion um Sicherheit und Freiheit.“ (Dr. Jürgen Kübling, Bundesverfassungsrichter a.D.)

Gustav Heinemann-Initiative & Humanistische Union (Hrsg.):
Graubuch Innere Sicherheit. Die schleichende Demontage des Rechtsstaates nach dem 11. September 2001. Norderstedt/Berlin 2009, Books on Demand, 240 S., 14 €. ISBN-13: 978 3 83709 003 1.

Zu beziehen über den Buchhandel oder Online unter:
www.humanistische-union.de/shop/buecher/.

Aus dem Inhalt: Antiterrordatei, Befugnisse der Geheimdienste, Aus- und Einreiseverbote, Bankdatentransfer, Biometrische Daten, Datenbanken, Demonstrationsverbote, Europäische Zusammenarbeit, Geldwäsche, IMSI-Catcher, Kontenabfragen, Luftsicherheit, Passagierdatentransfer, Rasterfahndung, Sicherheitsüberprüfungen, Steueridentifikationsnummer, Terrorismusbekämpfungsgesetze, Terrorlisten, Telekommunikationsüberwachung, Vereinsverbote, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, Zuwanderung.

Humanistische Union e.V. • Greifswalder Straße 4 • 10405 Berlin
E-Mail: info@humanistische-union.de • www.humanistische-union.de

die zahlreichen sozialen Bewegungen und Initiativen. Zusammen mit der Gewerkschaft CGIL haben diese mit ihren Demonstrationen und Aktionen in den vergangenen Monaten die eigentliche Opposition gegen Berlusconi gebildet, denn die Piazza ist der einzige Raum, der der Linken geblieben ist, sagte unlängst der Krimiautor Andrea Camilleri, der sich seit langem links engagiert (L'Unita, 3.12.2009). Die dialektische Beziehung von parlamentarischer Parteipolitik und der zivilgesellschaftlichen Politik der sozialen Bewegungen, die Bersani in seiner großen Rede auf dem Parteitag der PD beschwor, soll die Partei in der Zivilgesellschaft voranbringen. Diese Strategie bietet aber nicht nur Chancen, sondern auch Fallstricke, denn die PD und die Bewegungen haben sich in den zwei Jahren, in denen Veltroni und Franceschini den Vorsitz innehatten, sehr voneinander entfernt und die Bewegungen haben nicht auf Bersani gewartet oder sind bereit ihre Politik wegen des neuen PD Vorsitzenden zu ändern. Der mag noch sehr die Autonomie der neueren und älteren sozialen Bewegungen beschwören, am Ende hat er doch ein Politikverständnis, das von der alten PCI, der legendären eurokommunistischen Partei Italiens geprägt wurde, in deren Kontext Bewegungen außerhalb der Arbeiterbewegung immer mit Misstrauen betrachtet wurden.

Das Fremdeln zwischen PD und den neuesten sozialen Bewegungen wurde am 5. Dezember, am internationalen *No Berlusconi Day* deutlich, mit dem die Partei wenig anfangen konnte. Der Protesttag war ein echter Event der Zivilgesellschaft, der von Initiativen und Bewegungen basisdemokratisch organisiert wurde. Die Mobilisierung lief weniger über die üblichen Kanäle, sondern vor allem über Facebook, Twitter und YouTube, die die Zielgruppe jener Kommunikationskanäle, d.h. ein vorwiegend junges Publikum ansprachen. Die etablierten außerparlamentarischen und parteipolitisch angebundenen Bewegungen staunten nicht schlecht über die plötzliche Politisierung einer Generation, der man nicht zugetraut hat-

te, dass sie sich jemals für etwas anderes als ihre Klamotten, ihr Styling oder ihre eigenen Zukunftsperspektiven einsetzen würden. Man war schon froh, dass sie sich im letzten Jahr in den zahlreichen Protesten gegen einschneidende Bildungskürzungen und die Hochschulmisere auffraffen konnte. Entsprechend unbedarft waren dann auch die politischen Statements, No Berlusconi bzw. weg mit Berlusconi war der kleinste gemeinsame Nenner und mehr als die Forderung nach Berlusconis Rücktritt stand nicht auf der politischen Agenda. Dafür war der Protesttag ausgesprochen gut gelaunt, die Farbe der Bewegung war lila



und die Kostüme phantasievoll. Was den politischen Statements an Tiefe und inhaltlicher Differenzierung fehlte, dass machten engagierte Songs und künstlerische Darbietungen wett, kurz: allen Beteiligten machte der No Berlusconi Tag sichtlich Spaß. Die überwiegend jungen Leute mochten politisch unbedarft sein, die Tatsache, dass die Lieder, die auf der Piazza angestimmt wurden, die Hymnen der italienischen Linken, wie *Bella Cioa* oder *Cento Passi* waren, zeigt, dass die DemonstrantInnen zumindest vom Selbstgefühl her linker waren, als ihnen die etablierte Linke abnehmen wollte. Es mögen 350.000, 500.000 oder eine Million DemonstrantInnen gewesen sein, wie die VeranstalterInnen behaupten, es war jedenfalls beeindruckend, dass sie einen drei Kilometer langen Demonstrationzug weitgehend ohne parteipolitische Unterstützung oder Hilfe von

Großorganisationen auf die Straße gebracht haben. Überraschend war auch die Tatsache, dass junge Italiener und ihre einheimischen Freunde in der ganzen Welt protestierten: in London, Paris, Madrid, München oder Schottland fanden Kundgebungen statt. Natürlich auch in Berlin, am Brandenburger Tor, wo einige hundert junge ItalienerInnen ihrem Unmut über ihren Premierminister Luft machten, trug die Veranstaltung den Charme des Aufbruchs und politischen Neubeginns.

Bürgerliche und sozialdemokratische Linke

Es scheint fast so, als sei der italienischen Linken ohne eigenes Zutun eine Jugendbewegung zugelaufen. Wie in Italien nicht unüblich, bewog der unerwartete Erfolg, den die InitiatorInnen mit ihrem Aufruf hatten, viele progressive Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mitzumachen. Die ehemaligen Christdemokraten innerhalb der PD und viele Linksintellektuelle waren ebenfalls mit Begeisterung dabei. Der sozialdemokratische Mehrheitsflügel der PD und Bersani mochten sich nicht anschließen, ihnen war das Ganze zu unpolitisch und unausgereift. Womit sie sicherlich recht hatten, aber der Populismusvorwurf gegen die Jugendinitiative ist nur bedingt tragfähig. Denn die ist anders als der gegen Berlusconi engagierte Showmaster Beppe Grillo oder der ehemalige Anti-Mafia Staatsanwalt Antonio di Pietro und seine Partei Italia dei Valori nicht populistisch aus PR Kalkül, sondern weil ihnen bislang wirklich wenig mehr als die Formel: Berlusconi muss weg, einfällt. Bersani sagt dagegen, dass er Personalisierungen, Schlammschlachten und populistische Politikformen ablehnt und durch inhaltliche Fundiertheit und nachhaltige Politisierung gegen die Rechte gewinnen will. Von der Forderung nach Berlusconi Rücktritt sind zahlreiche Linke auch deshalb nicht begeistert, weil Nachfolger im Amt des Premierministers vermutlich Gianfranco Fini werden wird. Der zum christsozialen Politiker geläuterte ehemalige Vorsitzende der postfaschistischen Partei agiert um

einiges rationaler und seriöser als der jetzige Premierminister und wäre für die von Bersani geplante Wahlallianz der Parteien links von Berlusconi sicherlich der schwierigeren Gegner.

Am 11.12, d.h. eine Woche nach dem Anti Berlusconi Tag, war der linke Gewerkschaftsdachverband CGIL unter Beifall der PD mit Generalstreik und Großdemonstrationen an der Reihe. Ihr Ansinnen war der Erhalt von sozialen und gewerkschaftlichen Rechten, sowie der Protest gegen die nach Auslaufen der italienischen Kurzarbeiterregelung rasant angestiegene Arbeitslosigkeit. Auch die CGIL schaffte es Hunderttausende zu mobilisieren, sowie die Unterstützung zahlreicher Künstler, Intellektueller und Geistschaffenden zu gewinnen. Abgesehen von kleineren Linksparteien wie Sinistra e Libertà, die sich für beide Aktionstage engagierten, spiegelten die getrennten Großproteste aber eine klare Spaltung zwischen linksbürgerlicher und linkssozialdemokratischer Bewegung wieder. Solange beide Strömungen dermaßen mobilisierungsfähig sind, erscheint diese Spaltung tendenziell als ein Luxusproblem; vor allem im Vergleich mit der Situation nördlich der Alpen, wo es allen drei Linksparteien und den Gewerkschaften zusammen schwer fallen dürfte, auch nur eine solche Aktion auf die Beine zu stellen. Um aber einen Erfolg des von Bersani, wie von CGIL Chef Epifani, angestrebten sozialen Blockes der progressiven Kräfte zu ermöglichen und bei den nächsten Wahlen nicht nur Berlusconi sondern die Rechten insgesamt abzulösen, können es sich die Kräfte der inner- und außerparlamentarischen Opposition aber nicht wirklich leisten, getrennt zu marschieren und nur gelegentlich gemeinsam zu agieren, sonst gibt es eine wiederholte Wiederholung der alten Querelen und Konflikte, die die linke und progressive Basis bei den letzten Wahlen in massenhafte Wahlenthaltung oder in die Arme der rechten Parteien getrieben hat. ■

☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

Zur Rückkehr einer alten Frage

Günter Bells Untersuchung rückt konkrete Manifestationen der Klassengesellschaft in den Mittelpunkt

von Alban Werner

Die Auswirkungen von Sozialstaatsumbau, Prekarisierung sozialer Polarisierung haben dazu beigetragen, dass der Begriff der *sozialen Klasse* wieder attraktiver wird, wenn es um die Beschreibung auch der bundesdeutschen Realität geht. Genau an diesen Tendenzen setzt die Dissertation des Kölner Sozialwissenschaftlers und Stadtplaners Hans Günter Bell an. Er folgt dabei der Fragestellung des britischen Sozialhistorikers E.P. Thompson nach den konkreten Formen von Klassensolidarität.

Die Hinwendung ist zu begrüßen, weil sie doch in etlichen thematischen Untersuchungen vernachlässigt wird. So muss Stefano Bartolini gleich zu Beginn seiner ansonsten brillanten, breit angelegten Studie *“The Mobilization of the European Left”* konzedieren, der Aspekt der Klassensolidarität „will not be included in this study because I have been unable to conceptualize it, let alone measure it, in any way“. Günter Bell geht das Problem methodisch von der umgekehrten Seite an, indem er keinen Vergleich mit großer Reichweite versucht, sondern eine Fallstudie eines eng umschriebenen Gebiets anbietet: Er untersucht den stark proletarisch und migrantisch geprägten Stadtteil Köln-Kalk. Zunächst entwickelt Bell anhand eines – allerdings sehr kurzweilig ausfallenden – Durchgangs durch das Repertoire der marxischen und marxistischen Klassentheorie den Klassenbegriff. Er hält dabei an Marxens Unterscheidung von „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ fest. Sowohl die sozialstrukturelle Erfassung eines latenten Kollektivs von Lohnabhängigen, als auch der mobilisierten Gruppe der „Arbeiterklasse“ stehen

im Mittelpunkt (vgl. S. 24ff). Lobenswert ist, dass in der Untersuchung eine Integration der „horizontalen“ Ungleichheiten mit der Achse Kapital-Arbeit versucht wird. Frauen werden demnach als „Quasi-Klassenfraktion“ kategorisiert, was ihre subalterne Position innerhalb unterschiedlicher Klassen deutlich macht (32f). Im Zusammenhang mit der Rolle von MigrantInnen in der Klassenstruktur weist Bell neben der sozialstruktureller Relevanz auf wichtige Aspekte der Erfahrungswirklichkeit hin. Nicht nur bleiben MigrantInnen oft subaltern, weil die Folgen industriellen Strukturwandels und konjunktureller Schwankungen auf sie abgewälzt werden (S. 35). Gerade die Art und Weise, in der MigrantInnen in die deutsche Gesellschaft (nicht) integriert worden sind, schuf eine Grundlage für wachsenden Rassismus: „Die sozialen Folgen der Migration werden vor allem den gesellschaftlichen Gruppen aufgebürdet, die bereits großen Belastungen ausgesetzt sind: den Un- und Angelernten und einfachen ArbeiterInnen, deklassierten Schichten, ausgegrenzten Gruppen (Dauerarbeitslose etc.) und den MigrantInnen selbst“ (37).

Die wichtigste Innovation von Bells Herangehensweise ist die Verknüpfung der Klassentheorie mit raumsoziologischen Kategorien. Der sozial produzierte Raum wird als in mehrfachem Sinne für die Klassenstruktur der Gesellschaft mitkonstituierend begriffen: Die Verbindung von Raum und sozialer Ungleichheit, die die Studie systematisch erhellt (vgl. v.a. S. 62f), erweist sich als geeigneter Anschlusspunkt, um die sozialstrukturell betrachtete „Klasse an sich“ mit den erfahrungsweltlichen Handlungsbedingungen des Kollektivs Arbeiterklasse zu verknüpfen. Die Einbeziehung des an räumliche Bilder gebundenen kollektiven Gedächtnisses füllt einen blinden Fleck nicht nur der Klassen-, sondern auch der Ideologie- und Hegemonietheorie (S. 72f).

Methodisch angreifbar bleibt hingegen das Konzept des Klassenhandelns: Obwohl der Autor das „solidarische Alltagshandeln“ anspricht,

Günter Bell

„Ein Stadtteil, in dem die Arbeiterklasse zu Hause ist“?

Klassenbewusstsein und Klassensolidarität in sozialräumlichen Milieus



208 Seiten

EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-351-9

VSA-Verlag Hamburg, 2009

werden de facto nur Aktionen (Arbeitskämpfe, Demonstrationen) untersucht, die mit mehr oder minder mobilisierungsfähigen Großorganisationen zusammenhängen: Im Wesentlichen aus den DGB-Gewerkschaften und die „Arbeiterparteien“ SPD und WASG bzw. DIE LINKE rekrutieren sich die Personen aus der Gruppendiskussion und der teilnehmenden Beobachtung. Zur politischen Repräsentation von Klassen durch Parteien gibt es ein breites Repertoire soziologischer Literatur, das unberücksichtigt bleibt. Zudem fehlt die in der bundesdeutschen Geschichte wichtige katholische Arbeiterbewegung.

Überraschend und für Linke ernüchternd fördern die Interviews mit Aktiven aus den o.g. Or-

ganisationen zutage, wie stark die arbeitenden Klassen selbst in einem deutlich proletarischen Stadtteil wie Köln-Kalk gleich mehrfach gespalten sind. Nicht nur zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Lohnabhängigen, sondern auch zwischen den MigrantInnen unterschiedlicher Herkunft bestehen Ressentiments (S. 111). Interessant dabei: Die Spaltung der Lohnarbeitenden entlang verschiedener Nationalitäten ist den Befragten dabei durchaus bewusst (S. 127), eine politische Priorität für die Aufhebung der Spaltung ergibt sich daraus aber noch nicht – nach Betriebsschluss bleiben Deutsche und MigrantInnen jeweils unter sich (S. 131).

Exemplarisch werden mehrere Stationen kollektiven Protests, etwa gegen Standortverlagerungen, Betriebsschließungen oder zur Verhinderung eines Neonazi-Aufmarsches betrachtet, die Aufschluss über soziale und politische Prozesse im Stadtteil Köln-Kalk geben, aber trotzdem kein klares Urteil zum Solidaritätspotential außerhalb der institutionellen Politik von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden erlauben.

Die politisch zu ziehende Schlussfolgerung aus dem Fazit kann nur lauten, dass mit der Auflösung des räumlichen Zusammenhangs durch die Schließung großer Arbeitsstätten auch die Grundlage gleicher Alltagserfahrungen schwindet. Deswegen könne Köln-Kalk, wenn überhaupt, nur noch eingeschränkt als „Arbeiterstadtteil“ betrachtet werden (166f). Perspektiven solidarischen Handelns auf Grundlage von gemeinsamen Klassenmerkmalen werden durch die Spaltung in „MigrantInnen“ und „Deutsche“ erheblich belastet (S. 163). Insofern belegt Günter Bells Studie nicht weniger, als dass der Schlussappell im kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ auch die Voraussetzung für erfolgreiche soziale Kämpfe auf der lokalen und nationalen Ebene ist. ■

⇒ Alban Werner, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist Stipendiat der RWTH Aachen im Fach Politikwissenschaft mit dem Dissertationsthema „Strukturwandel der Opposition“.

Gut aufgestellt?!

Zur Jubiläumstagung in Hattingen

„Ich habe die Chancen nie hastig vergeben. Ich habe sie lieber gemächlich vertändelt.“ So lautet eine berühmte Selbsteinschätzung des Fußballidols Willi „Ente“ Lippens. Es ist nicht überliefert ob auch nur einer oder eine der über fünfzig Genossinnen und Genossen, die sich Ende November zum 20jährigen Jubiläum des spw-Fördervereins in Hattingen trafen, diese Selbsteinschätzung kannten oder gar für die Geschichte der spw teilten. Nun ist es in der Sphäre der Politik auch ungleich schwieriger, Chancen als solche genau zu identifizieren und zu benennen als im Fußball. Aber unterschwellig schwang diese Frage auch an diesem historischen Treffen immer mit. Friedliche Revolution, Mauerfall, Zusammenbruch der Sowjetunion, das Ende des historischen Zyklus 1919-1989 und der bipolaren Welt. Kriege am Golf, Aufstieg des Islamismus zur neuen Feindfigur und -kultur, die die westliche Welt, trotz heftiger ökonomischer Kriege zwischen den Zentren, zusammenschweißte. Schließlich die Abwahl von Kohl und der kurze aber wirkungsmächtige Siegeszug der Schröderpolitik, verbunden mit dem Beginn vom Ende der Volkspartei SPD.

Nicht eben sonderlich gute Ausgangsbedingungen für Chancen oder gar Siege einer marxistisch geprägten Ideen- und Politikschmiede wie der spw. Unsere eigentlichen Chancen in dieser Zeit bestanden wohl eher darin, im Spiel zu bleiben, sich selbst zu erneuern und neue politische wie theoretische Anfänge zu finden. Kurzum: Lebendigkeit in der Interpretation und Veränderung der realen

gesellschaftlichen Verhältnisse zu zeigen und nicht zum Gichtonkel zu werden, der sich vor jeder Zugluft fürchtet.

Die Hattinger Tage haben gezeigt, die spw ist höchst lebendig! In erstaunlicher Art und Weise hat sich in Hattingen eröffnet, dass die mittlerweile existierenden vier Generationen der spw miteinander verständigungsfähig, offen und neugierig aufeinander sind und die eigenen ideengeschichtlichen Linien und Diskurse gesellschaftlich „andockfähig“ an die aktuellen Ereignisse machen und neue Orientierung verleihen können. Das Erbe von 1978 ist also keinesfalls gemächlich vertändelt worden.

Beispielhaft für diese Orientierungsleistung stehen die programmatischen Meilensteine der spw. Von den Herforder Thesen, über die 53 Thesen, die Crossover-Thesen bis zu den Netzwerk-Thesen von 2001 zieht sich bei aller Unterschiedlichkeit in der Tonalität, in der Schwerpunktsetzung und Einordnung – die immer

aus der konkreten historischen Situation heraus verstanden werden muss – eine stabile Linie des Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses: Es gibt keinen allgemeingültigen, uniformen Kapitalismus, der unabhängig von Zeit, Raum und Kultur immer auf den gleichen ehernen Gesetzen der Kapitalakkumulation fußt und diesen Gesetzen permanent alles andere unterwirft. Die Geschichte der Gesellschaft, der Welt ist eine Geschichte von Klassenkämpfen und eine Geschichte von Aufstieg und Fall sehr unterschiedlicher Produktionsverhältnisse (neudeutsch: Akkumulationsregime). Das Wesen der Entwicklung beruht auf dem Drang, die Fesseln der herrschenden Produktionsverhältnisse zu sprengen. Insoweit ist



es die Linie der spw, die jeweils historisch entstandene oder auch entstehende Konfiguration von Produktivkraftentwicklung mit den technischen, rechtlichen, politischen, kulturellen und auch psychosozialen hegemonialen (Produktions-)Verhältnissen analytisch zu präzisieren, politisch zuzuspitzen und mobilisierend aufzuladen. Das wäre die richtige und produktive Lesart der Kette unterschiedlicher Akkumulations-Konfigurationen, die wir in unserer Ideen-Geschichte vorzuweisen haben: Vom staatsmonopolistischen Kapitalismus der späten 1970er Jahre, über den Fordismus der späten 1980er Jahre, dem Suchen im Post-Fordismus der 1990er Jahre und dem Netzwerk-Kapitalismus des 21. Jahrhunderts.

Auch der Einstieg auf der Hattinger Tagung in die historischen Dokumente durch einen diskursiven Überblick von Uwe Kremer, durch Einordnungen von Dieter Scholz, Andreas Bach, Horst Peter und Joachim Schuster ist deutlich geworden: Bei der Erarbeitung und Analyse dieser historischen Konfigurationen ist es wichtig, gegen dogmatische Verengung zu kämpfen. Theoretisch abstrakte Figuren wie der Fordismus oder der staatsmonopolistische Kapitalismus sind notwendiger Weise tiefenunscharf, haben blinde Flecken und überbetonen insbesondere in der politischen Zuspitzung möglicherweise einen Aspekt (Staatsfunktion, Produktionsformen) und lassen andere Aspekte (etwa das Geschlechterverhältnis oder den Rassismus) zu schwach erscheinen. Entscheidend ist, dass die „Ideentanker“ der theoretischen Großfiguren Phantasien freisetzen für weitere Analysen, Interpretationen und Einordnungen. Das ist es, was wir mit Orientierung meinen. Denkfiguren sind nicht dazu da, um ideologische Zäune zu ziehen, Demarkationslinien zu beschreiben oder andere auszuschließen, sondern um Quelle für weitere Ideen und theoretische Beiboote zu sein. Nur so wird Theorie handlungsmächtig.

Beispiele wie die New Deal-Debatte der 1990er Jahre, die Identitätsdebatte im auf-

keimenden Antisemitismus, die Diskussion um die Zukunft der Arbeit und die neuen Geschlechterverhältnisse, der Diskurs der Solarwirtschaft und der Zukunft des europäischen Kontinents (Europathesen) sowie die Debatte um den Arbeitskraftunternehmer und die neuen Zeiten zeigen, was mit dieser Art der Lebendigkeit gemeint ist.

Die Hattinger Diskussion um die aktuelle Lage der SPD, um die Perspektiven einer Mosaik-Linken aus den drei Parteien links von der Union, um das Phänomen der Piratenpartei und den Wandel in den tragenden Milieus und Gesellschaftslagern sowie der neuen Landnahmetheorie und dem Finanzmarktkapitalismus von Klaus Dörre u.a. erzeugen für die spw neue Anschlussstücke an die sich verändernde politische und gesellschaftliche Realität. Dazu an dieser Stelle nur soviel: Es scheint, als häute sich der Kapitalismus erneut. Grundlegende Transformationsbewegungen wie die steigende Produktivkraft vernetzter Produktion, wie die zentrale Rolle der Wissensarbeit und die technologische Revolution durch das Internet wirken erst jetzt verstärkter nach als wir es zu Beginn des Jahres 2000 dachten. Die Dimension der nachhaltigen Dominanz des Finanzkapitals (Episode oder Epoche?) bleibt dabei umstritten. Möglicherweise hat das Modell Wall Street den Durchbruch der Produktivkraft Wissen nur aufgehalten und für seine Zwecke pervertiert, aber es hat sie nicht vernichtet.

Den Diskurs um die aktuelle Häutung des Kapitalismus weiter fortzuführen, zu verdichten und neue politische Konsequenzen für eine offensive Strategien des sozialen Fortschritts daraus abzuleiten, ist das Versprechen von Hattingen. Tägliche Gelegenheit gibt dazu auch der Blog Newspw [C. Drautz, L. Neumann, T. Westphal].

► **Der spw-Blog:**
<http://spwblog.wordpress.com/>

DL21-Blog „Für eine Zeitenwende“ gestartet

Die Aufarbeitung des Wahlergebnisses wird in der SPD auf unterschiedlichen Ebenen geführt und ist nach dem Parteitag in Dresden nicht beendet. Das Forum DL21 hat im Oktober den Internet-Blog „Für eine Zeitenwende“ eingerichtet, in dem bereits zahlreiche Kommentare eingestellt wurden. Ziel sei „vor dem aktuellen Hintergrund, aber jenseits ausschließlich tagespolitischer Überlegungen, eine zeitgemäße Debatte über den „roten Faden“ unserer Politik zu führen“. Dabei bedienen sich die Initiatoren der Methode des „Mikro-Artikels“. Ausgehend von einer Standortbeschreibung sollen hier „Einsichten“ und „Folgerungen“ sowie „Anschlussfragen“ formuliert werden, um eine Debatte zu ermöglichen, in der die gegenseitige Bezugnahme transparent gemacht wird. Zu den AutorInnen gehören bisher u.a. Claudia Bogedan, Michael Vester, Franziska Drohsel, Niels Annen, Björn Böhning, Marc Herter und Burckhard Zimmermann. Die DL21 freut sich über weitere Kommentare.

► Der Blog:

www.forum-dl21.de/blog/index.php

Neuer Vorstand der Parlamentarischen Linken Ernst Dieter Rossmann als Sprecher bestätigt

Die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion hat einen neuen Vorstand. Anfang Dezember bestätigten die Abgeordneten den bisherigen Vorsitzenden Dr. Ernst Dieter Rossmann als Sprecher des Leitungskreises. Rossmann ist zugleich Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des spw-Herausgeberkreises. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Klaus Barthel, Christine Lambrecht und Dr. Carsten Sieling gewählt. Petra Merkel wurde in Ihrem Amt als Kassiererin bestätigt. Dem erweiterten Leitungskreis gehören künftig Elke Ferner, Gabriele Hiller-Ohm, Burkhard Lischka, Mechthild Rawert, René Rösper,

Waltraud Wolff, Hilde Mattheis und Marlies Volkmer an.

Reinhold Rünker wechselt nach Erfurt

Der bisherige Geschäftsführer des Forums DL21 e.V, Reinhold Rünker, ist seit November Büroleiter von Matthias Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie des Freistaates Thüringen. Das Forum DL21 hat daher die Position des Geschäftsführers ausgeschrieben.

► Informationen zur Bewerbung:

www.forum-dl21.de

WSI-Befragung: Leistungspolitik stresst Belegschaft

In Deutschlands Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Leistungspolitik ausgebreitet – und mit ihr Zeitdruck und seelische Belastungen. Hektik, Überlastung und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes – solche Stressmomente sind in Unternehmen inzwischen weiter verbreitet als körperliche Belastungen. Selbst in Firmen mit einem hohen Anteil gewerblich Beschäftigter machen den Belegschaften vor allem psychische Probleme zu schaffen, berichtet Elke Ahlers. Die Arbeitswissenschaftlerin hat eine Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung von über 1.700 Betriebsräten zu Gesundheitsproblemen am Arbeitsplatz und den Ursachen ausgewertet. Dauerhafter Arbeitsdruck sei nicht mehr nur eine Angelegenheit der Führungskräfte. Er habe inzwischen den Kern der Belegschaft erreicht und erfasse vor allem mittlere Angestellte mit Fachausbildung. So arbeiten in 84 Prozent der Betriebe manche Beschäftigte ständig unter hohem Zeit- und Leistungsdruck; in 43 Prozent gilt das sogar für

große Teile der Belegschaft. Von starken körperlichen Belastungen berichtet dagegen nur jeder fünfte Arbeitnehmervertreter. Laut ihrer Studie erklärten 79 Prozent der Betriebsräte, dass die seelischen Belastungen in den vergangenen drei Jahren zugenommen haben.

Die Antworten der Arbeitnehmervertreter geben auch Aufschlüsse über die Gründe für zunehmenden Stress. In den Unternehmen habe sich in den vergangenen Jahren eine neue Leistungs politik etabliert, die das Entstehen von Arbeitsdruck und Stress erheblich fördere, erklärt Ahlers. Die Ergebnisse der Betriebsrätebefragung belegen erstmals, wie weit das Instrument der Zielvereinbarungen inzwischen in den Firmen verbreitet ist: In 39 Prozent der befragten Betriebe schließt der Arbeitgeber nicht nur mit einzelnen Führungskräften, sondern mit jedem Beschäftigten oder zumindest mit jedem mittleren Angestellten eine solche Vereinbarung ab. Die Beschäftigten werden auf Erfolgskriterien wie Kundenzufriedenheit oder Umsatz verpflichtet – und oft handelt es sich dabei um einseitige Vorgaben.

Wo Zielvereinbarungen gängig sind, da sprechen die Arbeitnehmervertreter deutlich häufiger von psychischen Belastungen. 79 Prozent berichten von Zeitdruck, 57 Prozent von besonders hohem Arbeitsvolumen, 37 Prozent von mangelnder Planbarkeit der Arbeit. All diese Werte liegen mindestens zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Betriebe. Außerdem arbeiten Beschäftigte mit Zielvereinbarungen besonders häufig übermäßig lange und unterlaufen Regeln zum Schutz der Gesundheit. Jeder vierte Beschäftigte mit Zielvereinbarung bleibt bei Krankheit nicht zu Hause.

In mehr als der Hälfte der Betriebe kommen zudem Instrumente wie intensives Controlling zum Einsatz oder werden so genannte Profitcenter geschaffen. Diese Veränderungen können dazu führen, dass in den Belegschaften ein individuelles Leistungsdenken die betrieb-

liche Solidarität verdrängt, warnt die Studie. Ahlers nennt ein Beispiel: Fast jeder dritte Arbeitgeber klassifiziert seine Belegschaft nach der Leistungsfähigkeit und verwendet dafür Begriffe wie „High-Performer“, „Low Performer“ oder gar „Mindestleister“. Solche Kategorien wirkten als Bedrohung und verstärken den Leistungsdruck.

► **Quelle und weitere Informationen:**
www.boeckler.de

Verschenkte Potenziale durch mangelnde Anerkennung

Die fehlende Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen erschwert die Erwerbsintegration von ALG II-BezieherInnen mit Migrationshintergrund. Dies zeigen Untersuchungen von Martin Brüssig, Vera Dittmar und Matthias Knuth vom Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen.

Einige zentrale Ergebnisse lauten: Über ein Viertel aller ALG II-BezieherInnen mit Migrationshintergrund hat im Ausland einen Berufs- oder Hochschulabschluss erworben, der in Deutschland nicht anerkannt ist. Dieses betrifft insbesondere MigrantInnen aus mittel- und osteuropäischen Ländern einschließlich der GUS sowie AussiedlerInnen. Die Beschäftigungschancen von ALG II-BezieherInnen mit einem ausländischen Abschluss, der in Deutschland nicht anerkannt ist, sind ebenso schlecht wie die Chancen von Personen, die überhaupt keinen Abschluss erwarben. Personen, deren ausländischer Berufsabschluss in Deutschland anerkannt wurde, haben um 50 Prozent höhere Beschäftigungschancen als Personen mit einem nicht anerkannten Abschluss.

► **Quelle und weitere Informationen:**
www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2009/report2009-o8.php



5 Fragen an... Konrad Gilges

☞ Konrad Gilges

Foto: privat

Konrad Gilges, Jahrgang 1941, Fliesenleger und Kriegsdienstverweigerer, ist seit 1960 SPD-Mitglied. Von 1973 bis 1979 war er Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und von 1977 bis 1979 Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes. Ab 1988 war Konrad Gilges Vorsitzender des DGB-Kreises Köln, Leverkusen, Erft und saß von 1980 bis 2002 für die SPD im Deutschen Bundestag.

spw: Du warst Bundesvorsitzender der Falken. Die SPD bedauert heute, den Kontakt zu „Vorfeldorganisationen“ verloren zu haben. Trifft das bei den Falken zu und was würdest Du raten, um die SPD wieder in der Gesellschaft zu verankern?

» **K.G.:** Noch zu meiner Zeit als Bundesvorsitzender der Falken in den 70iger Jahren haben hochrangige Parteifunktionäre Falkenkonferenzen besucht. Dies fand dann auch noch in den 80iger Jahren statt, aber schon mit abnehmender Tendenz. In den 90iger Jahren war das kaum noch der Fall. Du kannst an dieser Tatsache erkennen, dass die SPD auf allen Ebenen den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Falken reduziert hat. Trotz dieser Vernachlässigung durch die SPD stehen die Falken erstaunlicherweise noch uneingeschränkt in kritischer Solidarität zu ihr.

spw: Du bist anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Wie siehst Du den Kurs der SPD seit den ersten Auslandseinsätzen und wozu rätst Du der Partei bezüglich ihrer Haltung zu internationalen Militäreinsätzen?

» **K.G.:** Ich habe im Parlament als SPD-Linker immer davon abgeraten und dagegen gekämpft, dass die SPD bzw. Fraktion und Regierung sich in internationale kriegsrische Verwicklungen hineinziehen lässt. Trotz dieser politischen Niederlagen bin ich nicht der Meinung, dass man die politischen Tatsachen einfach zurückdrehen kann. Aber es ist die Aufgabe der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion, einen Ausstieg mit einem zeitlichen Rahmen aus den Einsätzen in Afghanistan, der somalischen Küste und im Mittelmeer an der libanesischen Küste einzuleiten. Heute kann die Forderung der SPD-Linken nur sein: Auslandseinsätze nur mit UNO-Mandat, personell und zeitlich begrenzt und mit Ausstiegsszenarien.

spw: Auf Dein Wirken geht wesentlich der Armuts- und Reichtumsbericht zurück. Wo siehst Du bezüglich Armutsbekämpfung Fehler der SPD und welchen Kurs sollte die Partei jetzt einschlagen?

» **K.G.:** Der Armuts- und Reichtumsbericht war für mich und viele Kolleginnen

und Kollegen der Bundestagsfraktion nur der Beginn und Auftakt für eine weitere Diskussion über die wirklichen Verhältnisse der Bundesrepublik. Wir waren uns immer im Klaren darüber, dass nach diesem Bericht in der SPD-Fraktion die Debatte über Verteilungsfragen beginnen muss. Leider hat dies nicht stattgefunden, im Gegenteil: Gegen die Wirklichkeit des Armuts- und Reichtumsberichtes wurde in der zweiten. Regierung Schröder und in der großen Koalition Sozialpolitik gemacht. Die Spaltung der Gesellschaft hat sich nicht nur verhärtet, sondern hat weiter zugenommen. Es wäre heute an der Zeit, endlich die Konsequenzen aus den Armuts- und Reichtumsberichten zu ziehen und eine politische Strategie zu entwickeln, die die Gesellschaft wieder zusammen führt und damit einen Beitrag zu Stärkung unserer Demokratie leistet.

spw: Du hattest maßgebliche Funktionen in der deutsch-deutschen Jugendbeziehung und bist vor und nach dem Mauerfall mit Egon Krenz zusammen getroffen. Welchen Eindruck hattest Du?

» **K.G.:** Als Bundesvorsitzender der Falken und als Vorsitzender des Bundesjugendringes war ich davon überzeugt, dass die Kontakte ein bedeutender Beitrag zur Überwindung der Existenz der beiden deutschen Staaten ist. Dies war bei Egon Krenz anders, er als 1. Sekretär der FDJ verstand diese Beziehung nicht als Auflösung von politischen Verhältnissen, die die 4 Alliierten nach 1945 geschaffen hatten, sondern zum Aufbau einer eigenen nationalen Identität, die ich aus vielerlei Gründen für absurd hielt.

spw: Du warst mit in Dresden. Wie bewertest Du den Parteitag?

» **K.G.:** Ich fand den Parteitag von Dresden gut. Insbesondere hat mir die Rede von Siegmund Gabriel gefallen. Ich hätte mir gewünscht, dass diejenigen, die vor Siegmund Verantwortung getragen haben in der SPD, mehr

Verantwortung und Demut gezeigt hätten. Ich hoffe, dass Siegmund den ich ja schon als Jugendlichen kennengelernt habe, die Kraft und die Freude aufbringt, durch das Tal mit uns zu schreiten. ■

➔ Das Interview führte Thomas Gutsche.

■ Armuts- und Reichtumsbericht

Auf Antrag der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen aus dem Jahr 2000 wurde im Jahr 2001 als erster von bisher dreien der Bericht „Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegt. Mit dem Bericht soll eine Gesamtschau der sozialen Wirklichkeit gegeben werden, die es ermöglicht, verschiedene Politikbereiche zu verzahnen. Es sollen Politikinstrumente aufgezeigt werden, mit denen Armut vermieden und beseitigt werden kann, die Eigenverantwortlichkeit gestärkt und die Polarisierung in der Gesellschaft vermindert werden kann. Eine wesentliche Rolle spielt der Begriff der „Lebenslagen“ in dem Bericht. Neben der an Einkommen und Vermögen bemessenen Wohlstandsposition umfasst die Lebenslage einer Person eine Vielzahl von Dimensionen wie z. B. Bildung, Erwerbsstatus, Gesundheit, Wohnsituation einschließlich Wohnumfeld, die Familiensituation und soziale Netzwerke. Der Lebenslagenansatz berücksichtigt die „individuelle Ausfüllung des Spielraums, der durch äußere Umstände bestimmt ist.“

Meinungsstark!

Links!

In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Demografischer Wandel
als Chance
C. Bogedan / T. Müller-Schoell /
A. Ziegler (Hrsg.)
196 Seiten | 14,80 €

Der Markt, der Mensch, die Schule
Hans-Peter Waldrich
174 Seiten | 13,90 €



Prämienpaket 2:

Herrschaft im Wandel
Andreas Fisahn
410 Seiten | 22,90 €

Im Sternzeichen des
Che Guevara
Romeo Rey
248 Seiten | 18,80 €



Prämienpaket 3:

Liberalisierung und
Privatisierung in Europa
H.-J. Bierling / C. Deckwirth /
S. Schmalz (Hrsg.)
356 Seiten | 29,90 €

Fast ganz unten
Stefan Selke
232 Seiten | 19,90 €

Abo per Fax: 030 / 4 69 2237 oder spw-verlag@spw.de

☐ Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

☐ Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

☐ Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

☐ Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

☐ Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

☐ Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

☐ Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____